Reinhold Macho †

Beherzter Kämpfer und Visionär

Bestürzung herrscht über das Ableben des Bürgermeisters von Furth im Wald. Er war der Inbegriff der deutsch-tschechischen Versöhnung. Seite 13

Ludwig Scholz †

Bürgernaher und jovialer Politiker

Trauer um Nürnbergs beliebten Altoberbürgermeister: CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann sprach der Witwe sein Beileid aus. Seite 13

Prof. Dr. Claus Grimm:

Was bewirken Landesausstellungen?

In einem Festvortrag erläuterte der Direktor des Hauses der bayerischen Geschichte das dezidierte Bildungsangebot des HdBG. Seite 3

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045 Geretsried, den 22. September 2005 56. Jahrgang / Nummer 18

Bauforscher Dr. Thomas Aumüller erläuterte Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel am Tag des offenen Denkmals anhand vorhandener Pläne, wie die Porta Praetoria in Regensburg zu Römerzeiten wohl ausgesehen hat. Foto: Ferstl

„Tag des offenen Denkmals“ 2005:

Krieg und Frieden

60 Jahre nach Kriegsende fand der bundesweite „Tag des offenen Denkmals“ als Teil der „European Heritage Days“ heuer zum Thema „Krieg und Frieden“ statt. In Bayern standen am 11. September rund 650 Objekte, Führungen und Ausstellungen zur Auswahl. Gerade zu diesem Thema gerieten auch zahlreiche Objekte in den Blickpunkt des Interesses, die nicht in der Denkmalliste verzeichnet sind, jedoch einen Bezug zu „Krieg und Frieden“ aufweisen.

Kriege bringen Tod, Leid und Zerstörung mit sich; viele Denkmäler gehen im Krieg unwiederbringlich verloren oder zeigen deutliche Wunden der Zerstörung. Zum Schutz vor Angriffen schufen die Menschen Palisaden, Wälle, Gräben, Burgen, Stadtmauern und Bunker. An die Schlachtfelder erinnern Denkmäler, Kapellen und Gefallenenfriedhöfe. In Friedenszeiten machte man sich daran, die Schäden des Krieges zu beheben. Wohnhäuser, Profanbauten und Kirchen, ja ganze Städte sind Zeugen des Wiederaufbaus.

Umfangreiches Programm

Vielen engagierten Mitarbeitern der Unteren Denkmalschutzbehörden und Regierungen, den Heimatpflegern sowie der Initiative vieler Privatleute ist es zu verdanken, dass auch in diesem Jahr ein umfangreiches Programm zustande kommen konnte.

Schätze aus dem Mittelalter

So lud das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege interessierte Besucher in sein Amtsgebäude, die „Alte Münze“, am Hofgraben in München ein. Der Landkreis Altötting wiederum veranstaltete eine „länderübergreifende Denkmalfahrt“ mit den Stationen Kath. Pfarrkirche St. Mariä Himmelfahrt in Alzgern mit Totenkapelle, ehemalige Leprosenkirche Hl. Kreuz in Burghausen, St. Radegund in Oberösterreich mit Gedächtnisstätte und Kirche St. Radegund.

Auch im Landkreis Mühldorf (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Mehr Geld für strukturschwache Gemeinden

Durch Einführung eines so genannten demografischen Faktors beim kommunalen Finanzausgleich werden künftig strukturschwache Gemeinden in Bayern mehr Geld erhalten. „Damit wird einer Forderung des Bayerischen Gemeindetags entsprochen, der sich beim Finanzminister für diese Lösung stark gemacht hat“ sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, zur Ankündigung von Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser.

Der Bayerische Ministerrat hat eine Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich beschlossen, die vor allen den strukturschwachen Gemeinden nutzt: Für die Schlüsselzuweisungen soll künftig die aktuelle Einwohnerzahl mit dem Durchschnitt der vorhergehenden fünf Jahre verglichen werden. Für die Berechnung der Schlüsselzuweisung soll die jeweils höhere Einwohnerzahl verwendet werden. ❐

Kommunale 2005 in Nürnberg:

Treffpunkt für Städte und Gemeinden

Tagung und Fachmesse für Kommunalbedarf
Erstmals mit dabei: Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung

Am 19. und 20. Oktober 2005 treffen sich politische Entscheider und Mitarbeiter aus Städten und Gemeinden auf der Kommunale in Nürnberg. Rund 160 Aussteller und 4.000 Besucher werden zur Fachmesse für Kommunalbedarf erwartet. Parallel zur Messe veranstaltet der Bayerische Gemeindetag einen Kongress zu aktuellen kommunalpolitischen Themen. Hochrangige Politiker wie die Staatsminister Dr. Günther Beckstein, Josef Miller, Christa Stewens und Dr. Otto Wiesheu haben ihren Besuch bereits angekündigt. Erstmals findet im Rahmen der Kommunale auch die „Virtuelle Behörde - Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung“ der Bayerischen Gemeindezeitung statt.

Die Kommunale bietet Besuchern ein breites Messeangebot, das von der Ausstattung für Gemeinden über Informations- und Kommunikationstechnik, Produkten und Dienstleistungen in den Bereichen Energie, Verkehr und Entsorgung bis hin zu Nutzfahrzeugen reicht.

Umfangreiches Angebot

Die Fachmesse mit begleitender Tagung richtet sich an Einkäufer, Beschaffungsverantwortliche und Verwaltungsangestellte der Kommunen sowie an politische Entscheider, wie Bürgermeister, Gemeinde- und Stadträte. „Was die Besucher an der Kommunale besonders schätzen, ist die Kombination aus Messe, Vortragsforen und Kongress“, weiß Friedhelm Lenz, Leiter CCN CongressCenter Nürnberg.

Bayerns Gemeinden wollen´s packen

Unter dem Motto „Mut zur Zukunft - Bayerns Gemeinden wollen’s packen“ steht in diesem Jahr der messebegleitende Kongress, der gemeinsam vom Bayerischen Gemeindetag (BayGT), dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) und dem

KOMMUNALE Kommunale 2005 NÜRNBERG

Verband kommunaler Unternehmen (VKU) gestaltet wird. „Diese Veranstaltung ist für alle kommunalen Entscheidungsträger ein absolutes Muss im Jahr 2005“, so Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, München.

Schwerpunkt-Themen

Schwerpunkt-Themen im Kongress sind: Interkommunale Zusammenarbeit, Entwicklung der kommunalen Finanzen, Neues bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz sowie Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts.

Ihren Besuch angekündigt haben hochrangige Politiker wie Dr. Otto Wiesheu, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Christa Stewens, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Josef Miller, Bayerischer Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten und Emilia Müller, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.

„Virtuelle Behörde“ ...

Ob Bürgerinformationssysteme, digitale Flurkarte oder Sitzungsdienste - der Bedarf an spezieller Hard- und Software für Kommunen ist groß. Einen guten Überblick über das aktuelle Angebot an entsprechenden Informations- und Kommunikationstechnologien bietet die Fachmesse Kommunale. Die Fachbesucher können sich bei Herstellern und Dienstleistern über neueste Produkte informieren und mit Experten ins Gespräch kommen.

... mit der GZ

Für Entscheidungsträger und EDV-Spezialisten aus Kommunen und Behörden gibt es aber noch mehr auf der Kommunale 2005. Im Rahmen der Fachmesse findet erstmals die „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung“ statt. Die Veranstaltung, (Fortsetzung auf Seite 2)

Kommunalwahlen im Freistaat

Vereinzelt fanden in Bayern neben der Bundestagswahl auch Kommunalwahlen statt. In den drei Landkreisen wurden die Amtsinhaber in ihren Positionen ebenso bestätigt, wie in den Gemeinden, wo sich Bürgermeister zur Wiederwahl stellten. Die Ergebnisse im einzelnen:

Im niederbayerischen **Landkreis Rottal-Inn** stand Bayerns dienstälteste Landrätin **Bruni Mayer** zum vierten Mal zur Wahl. Die 58-Jährige von der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) erhielt 66,9 Prozent der Stimmen, ihr Herausforderer Max Winkler von den Grünen kam auf 33,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 72 Prozent. 1987 eroberte Bruni Mayer erstmals den Chefsessel im Landratsamt.

Im **Landkreis Roth** südlich von Nürnberg konnte **Herbert Eckstein** von der SPD sein Amt als Landrat verteidigen. Er erzielte 71,8 Prozent der Stimmen. Sein Herausforderer Stefan Kuchenmeister (CSU) kam auf 28,3 Prozent. Eckstein ist bereits seit 1993 Landrat. Die Wahlbeteiligung lag bei 84,2 Prozent.

Im oberfränkischen **Lichtenfels** bleibt weiterhin **Reinhard Leutner** von der CSU Landrat. Der 62-Jährige erhielt 72,6 Prozent der Stimmen. Gegen den seit zwölf Jahren amtierenden Leutner kandidierte SPD-Herausforderer Hans Peter Marx, der auf 27,4 Prozent kam.

In **Aham** setzte sich **Elisabeth Kobold** (CSU) mit 61,3 Prozent gegen ihren Konkurrenten Michael Vogt von der Bürgerliste Aham durch. Die neue Bürgermeisterin tritt damit die Nachfolge ihres Ende Mai verstorbenen Ehemanns Helmut Kobold an. Die Wahlbeteiligung lag bei 84,3 Prozent.

In **Markt Falkenstein** wurde **Thomas Dengler** von der Wählergemeinschaft Au-Gfäll zum neuen Bürgermeister gewählt. Mit 80,4 Prozent der Stimmen wurde der bisherige zweite Bürgermeister nun zur Nummer Eins und will in der skandalgeschüttelten Gemeinde für einen Neuanfang sorgen. Der frühere erste Bürgermeister war wegen des Besitzes kinderpronographi- (Fortsetzung auf Seite 2)

Der Streit ums Büchergeld beherbergt nach Ansicht der Vorzimmerperle ein tiefer liegendes Problem: Wie kann den Deutschen klargemacht werden, dass die Zeiten der Rundum-Sorglos-Versorgung vorbei sind? Schon John F. Kennedy wusste: „Nur eines ist auf Dauer teurer als Bildung - keine Bildung.“ Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Deutschlandtreffen der Schlesier	2
Tag der Heimat in Straubing	3
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Schongau hat Franz Josef Strauß ein Denkmal gesetzt	3
Generationenstudie 2005	4
Neues Tarifrecht bei Bund und Kommunen	4
GZ-Fachthemen: EDV - Technik für die Kommunalverwaltung	5 - 10
Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung	11/12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Virtuelle Behörde - unsere Partner:

- ABIT AG, Meerbusch
- adKOMM GmbH, Stammham
- ADVANTIC Systemhaus GmbH, Lübeck
- All for One Systemhaus AG, Oberessendorf
- arf Gesellschaft für Organisationsentwicklung mbH, Nürnberg
- Bechtle AG, Neckarsulm
- CC e-gov GmbH, Hamburg
- DATEV eG, Nürnberg
- DISOFT EDV-Programme GmbH, Neubiberg / München
- EDV Ermtraud GmbH, Rheinbrohl
- euroGIS IT-Systeme GmbH, Vaterstetten
- Fujitsu Siemens Computers GmbH, Nürnberg
- geoinform AG, Würzburg
- GUC – Gesellschaft für Umweltplanung und Computergrafik mbH, München
- Hans Held GmbH, Stuttgart
- H&H Datenverarbeitungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Berlin
- Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München
- IBM Deutschland GmbH, Frankfurt
- idomeo GmbH, Landshut
- infas enermetric GmbH, Greven
- Infoma, Ulm
- InfraServ, Gendorf
- i-SYS Unternehmensberatung GmbH, Berlin
- kolibri software & systems GmbH, Gilching
- Komuna GmbH – EDV Beratung, Altdorf
- LexisNexis Deutschland GmbH, Münster
- mps public solutions GmbH, Koblenz
- Optro GmbH, Burscheid
- SynerGIS Informationssysteme GmbH, Wiesloch
- T-Systems, Deutsche Telekom AG, Würzburg
- Thermopatch Deutschland GmbH, Oldenburg
- Wenninger Ingenieurbüro für Geoinformatik, Ismaning
- Widemann Systeme e.K., Wiesbaden

Virtuelle Behörde - unsere Themen:

Im Bereich der „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung“ bieten wir während der Kommunale auf der NürnbergMesse folgende Vortragsthemen an:

- **Sicherheit der Bürgerdaten: Sie fängt bei der Datenerfassung an,** Professor Dr. Klaus Jamin;
- **e-learning: Unterstützung auf dem Weg in die Doppik,** Matthias Heinrich, arf Gesellschaft für Organisationsentwicklung mbH;
- **ALLRIS® - Vom Sitzungsdienst zum Ratsportal**
- **CC DMS® - Elektronische Aktenführung in der Kommunalverwaltung,** Andreas Dyck, CC e-gov GmbH;
- **Doppik mit DATEV** Rainer Trost, DATEV eG;
- **E-Vergabe - einfach, sicher, wirtschaftlich,** Thomas Holz, T-Systems, Deutsche Telekom AG
- **e-Traffic - Chancen für den öffentlichen Personennahverkehr,** Dr. Wolf Heine, T-Systems, Deutsche Telekom AG
- **FöV.de (Fachportal öffentliche Verwaltung) - eine Kooperation zwischen der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm und Juris,** Jochen Glaser, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH;
- **BayLearn** IBM Deutschland GmbH
- **InfraForms - Formularserver auf dem Weg zum Prozessmanagement,** Jürgen Ammon, InfraServ Gendorf;
- **Bürgerservice: Effizient und bürgernah durch vertikale Prozessintegration,** Heiko Altmann, Hermann Schurz, i-SYS Unternehmensberatung GmbH;
- **Die Zukunft mit GIS ist in Ingolstadt schon Gegenwart,** Angelika Pöschl, key account management, SynerGIS;
- **GIS für Behörden, Landratsämter und Kommunen - Vorstellung des bayer. Rahmenvertrages mit SYNERGIS** Angelika Pöschl, key account management, SynerGIS
- **CADdy EnerGIS - CADdy Kommunale neue webmapping Dienste und Software für Kommunen & Versorgungsunternehmen,** Johannes Gloßner, Ing.-Büro Wenninger;
- **Webbasierte Auskunftssysteme für die moderne Kommune** Britta Hermes, Widemann Systeme e.K.

Stand: 22. September 2005
Ergänzungen geben wir im Internet auf der Website der Bayerischen Gemeindezeitung unter **www.gemeindezeitung.de** „Virtuelle Behörde“ bekannt. ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG
Bürgermeister Gerhard Schaller
96160 Geiselwind
am 3.10.

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Gottfried Heigl
93468 Miltach
am 30.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Ernst Daiminger
93482 Pemfling
am 3.10.

Bürgermeister Norbert Probst
92272 Freudenberg
am 4.10.

Bürgermeisterin Waltraud Epp
97508 Grettstadt
am 27.9.

Bürgermeister Karl Wanninger
94356 Kirchroth
am 28.9.

Bürgermeisterin
Gunhild Wiegner
91099 Poxdorf
am 29.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Ludwig Göhl
96187 Stadelhofen
am 2.10.

Bürgermeister Anton Joachim
97633 Sulzfeld
am 4.10.

Oberbürgermeister
Wolfgang Heitmeier
83435 Bad Reichenhall
am 8.10.

Bürgermeister Fritz Haaf
86923 Finning
am 10.10.

Bürgermeister
Albert Höchstetter
93092 Barbing
am 29.9.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Norbert Bücherl
92271 Freihung
am 8.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG
Bürgermeisterin
Claudia Platzöder
91413 Neustadt a. d. Aisch
am 5.10.

Beckstein fordert Solidarität beim Deutschlandtreffen der Schlesier:

Gedenkstätte als gesamtstaatliche Aufgabe

Nürnberg (jdt). Der stellvertretende Bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein forderte in der Hauptkundgebung beim Deutschlandtreffen der Schlesier in Nürnberg einen „Nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung“ sowie eine Verbesserung der Situation der deutschen Volksgruppe in Polen. Schärfste Kritik an den allen Menschenrechte verletzenden Massenvertreibungen der Deutschen, aber auch an der Bundesregierung für ihre Politik des Wegschauens und Vergessens übte der US-Völkerrechtler Professor Dr. Alfred de Zayas. Die Vertreibung der Deutschen erfülle den Tatbestand des Völkermordes.

In seiner Rede in der Frankenhalle des Nürnberger Messezentrums, die immer wieder von Beifall und Zustimmungsbekundungen unterbrochen war, zitierte der Bayerische Innenminister den russischen Schriftsteller Fjodor Dostojewskij, der in Verbannung in Sibirien leben musste: „Ohne Heimat sein heißt leiden“. Den Heimatvertriebenen sei man verpflichtet, Mitgefühl und unsere Solidarität zu zeigen

Kritik an Schröder

Vor diesem Hintergrund, so Beckstein, sei es schmerzlich, wenn die Ostdeutschen und Sudetendeutschen und deren Schicksalsgefährten aus Ost- und Südosteuropa von der bisherigen Bundesregierung an den Rand gedrängt und missachtet würden. Die Kritik, die Bundeskanzler Schröder im Ausland an den Vertriebenen übte, nannte Beckstein „für mich in keiner Weise nachvollziehbar. Flucht und Vertreibung gehören für immer in unseren Erinnerungsbogen“.

„Jedes andere Land ...“

Eines Kulturstaates unwürdig sei, wie Beckstein herausstellte, dass es bis heute keine zentrale Gedenkstätte für Flucht und Vertreibung gebe. Das Gedenkjahr 2005 wäre geradezu ideal, das „Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin“ nach langer Diskussion endlich auf den Weg zu bringen. Jedes andere Land in Europa hätte bei historischem Geschehen dieser Dimension schon längst eine entsprechende Gedenkstätte. Diese habe den Rang einer gesamtstaatlichen Aufgabe. Er, Beckstein, werde sich, ebenso wie Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, für dieses Projekt weiterhin nachdrücklich einsetzen.

Der bayerische Innenminister mahnte dringend Fortschritte im deutsch-polnischen Verhältnis an. Dabei appellierte er an die polnische Seite, die Bemühungen zur Sicherung der Deutschen ostwärts der Oder-Neiße-Linie zu verstärken. Dr. Beckstein setzte sich dafür ein, zweisprachige Ortsschilder in den deutschen Siedlungsgebieten zu errichten. Von Bayern geförderte Einrichtungen der deutschen Minderheit - die Eichendorff-Kultur- und Begegnungsstätte im oberschlesischen Lubowitz und das „Haus Kopernikus“ im ostpreußischen Allenstein - erfüllten eine wichtige Brückenfunktion.

Anliegen Vertriebener verstärkt im Blickfeld

Klartext sprach Minister Beckstein im Blick auf „Europäische Einigung mit gesichertem Zusammenleben der Menschen durch Gerechtigkeit und Vertrauen“. Europäische Union werde erst dann Heimat für alle Völker und Volksgruppen, wenn das Recht auf die Heimat uneingeschränkt anerkannt werde: „Europäische Politik muss uneingeschränkt konstatieren: Vertreibungen sind Unrecht, mit der Notwendigkeit, Menschenrechtsverstöße dieser Art zu ächten, und zwar in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Vor diesem Hintergrund sei es dringend geboten, die Anliegen der Vertriebenen verstärkt ins Blickfeld zu rücken.

Landraub großen Stils

Der international bekannte amerikanische Historiker Dr. Alfred de Zayas bezeichnete es als „menschenverachtende Absurdität“, dass die deutschen Vertriebenen und Verschleppten und ihre Nachkommen kaum zur Kenntnis genommen würden.

Schlimmer noch müsse man den Tatbestand einordnen, dass diese Opfer des Unrechts heute noch diffamiert würden: „In der Bundesrepublik des Jahres 2005 wird von Politikern und Journalisten die Vertreibung eigentlich hingenommen, als wäre dieses Megaverbrechen eine logische Konsequenz des Krieges“. Die deutschen Politiker und Journalisten beteiligten sich, so der Völkerrechtler, in einem monströsen Chor der Verharmloser oder Verleugner, die die Vertreibung relativieren, bagatellisieren und schließlich akzeptieren“. Der Verfasser des Buches „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen“ und weiterer Publikationen nannte die Vertreibungen einen „Landraub im großen Stil, der keine historische, moralische oder juristische Berechtigung hatte“.

Gefährliche Doppelmoral

Professor Zayas erinnerte an den Nürnberger Prozess 1945/46 gegen Hauptverantwortliche des 3.Reiches. Diese seien verurteilt worden u.a. wegen Vertreibungen und Verschleppungen. Beobachter wie Robert Murphy, der politische Berater von Eisenhower, Bertrand Russell, der britische Philosoph, und Victor Gollancz, der berühmte Verleger, hätten dann nach Kriegsende bemerkt, dass die Vertreibung und Verschleppung der Deutschen „auch schwierige juristische und moralische Fragen aufwarfen, und dass eine gefährliche Doppelmoral im Spiele war“. Unter lauter Zustimmung beklagte Zayas, dass zur gleichen Zeit, als die Siegermächte die NS-Verbrechen verurteilten, die Polen und Tschechen Millionen von Deutschen vertrieben.

Der rot-grünen Bundesregierung machte Zayas schwere Vorwürfe wegen des ausbleibenden Widerstandes gegen Rechtsbrüche. Einen „merkwürdigen Anblick nannte er das Verhalten des Bundeskanzlers Schröder „bei den bizarren Moskauer Veranstaltungen am 9. Mai 2005. „Ihn dort zu sehen, freudig dreinschauend bei der Parade der uniformierten Kämpfer - unter ihnen auch Vergewaltiger, Mörder und Vertreiber von damals und ihre Nachfolger in Traditionsuniformen, die sich in Tschetschenien als würdige Nachfolger ihrer Großväter beweisen“.

Brückenbau von beiden Seiten nötig

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, mahnte an die Adresse Warschaus gerichtet, die Brücken der Verständigung müssten von beiden Seiten gebaut werden; „Wer unsere Landsleute in der Heimat wegen ihrer deutschen Abstammung nach wie vor unter Ausnahmerecht stellt, der zeigt, dass er in Europa noch nicht angekommen ist“. Beschämend seien für ein Kulturvolk die Verbrechen in der NS-Diktatur. Doch sich dem begangenen Unrecht an Deutschen gar nicht zu stellen, „wie es Polen tut, ist kein Weg für eine gedeihliche Zukunft“.

Dank an Bayern

Der Bayerischen Staatsregierung dankte Pawelka für die ideelle und materielle Unterstützung des Deutschlandtreffens. Christian K. Kunik, Obernburg, bayerischer Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, würdigte das anhaltend zuverlässige Engagement im Freistaat für die Vertriebenen. ❐

Jessica Sowa (rechts) und Sandra Mika von der Vereinigung „Silesia“ Wesel haben Innenminister Dr. Günther Beckstein (2. von rechts) und den Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, bei der Hauptkundgebung des Deutschlandtreffens der Schlesier in Nürnberg in die Mitte genommen. Bild: -jdt-

Treffpunkt von ...

(Fortsetzung von Seite 1)
die von der Bayerischen Gemeindezeitung seit 1997 jährlich mit großem Erfolg durchgeführt wird, ergänzt mit Fachvorträgen und Fachausstellern rund um das Thema „Virtuelle Behörde“ das Messeangebot in optimaler Weise. Für die wissenschaftliche Begleitung zeichnet erneut Prof. Dr. Klaus Jamin verantwortlich. Das Programm und die Ausstellerliste (vgl. Seite 2) werden im Internet unter www.gemeindezeitung.de permanent ergänzt und aktualisiert.

Offizielle Eröffnung

Offiziell eröffnet wird die Kommunale am 19. Oktober 2005, 10 Uhr, durch den Bayerischen Innenminister Dr. Günther Beckstein und den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl. Der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, wird im Rahmen der Eröffnung ein Grußwort sprechen.

Weitere Informationen zur Kommunale gibt es im Internet unter www.kommunale.de. ❐

Kommunalwahlen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
scher Fotos rechtskräftig verurteilt und des Amtes enthoben worden. Seitdem hatte Dengler die Amtsgeschäfte geführt. CSU-Kandidat Rudolf Six erreichte 19,6 % der Stimmen.

In der **Marktgemeinde Frammersbach** machte **Peter Franz** von den Freien Wählern mit 70,9 Prozent das Rennen gegen Alfred Moritz von der CSU. Beide Kandidaten kämpften das erste Mal um den Bürgermeistersessel, denn Amtsinhaber Adolf Rüth durfte aus Altersgründen nicht mehr antreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 86,6 Prozent.

Zu einer **Stichwahl** kommt es in **Güntersleben**: Auf Fabian Frühwirth von der CSU entfielen 33 Prozent der Stimmen, auf Ernst Joßberger von den Unabhängigen Bürgern 38,4 Prozent. SPD-Kandidat Dieter Melchig landete abgeschlagen bei 28,5 Prozent. Die Stichwahl findet am 2. Oktober statt.

In **Hösbach** heißt der alte und neue Bürgermeister **Robert Hain** (CSU). Bei einer Wahlbeteiligung von rund 80 Prozent sprachen sich 69 Prozent der Hösbacher für Hain aus, seine Herausforderin Karin Fassler von der SPD erreichte knapp 31 Prozent. In Jettenbach erhielt Alfons Obermaier 81,8 Prozent der Stimmen und ist damit Nachfolger des im Juni überraschend verstorbenen Reinhold Zettl. Obermaier gehört der Jettenbacher Wählergemeinschaft an und war einziger Kandidat.

In der Oberpfälzer **Marktgemeinde Kallmünz** wurde **Siegfried Bauer** von der SPD im Amt bestätigt. Er erreichte 81,4 Prozent der Stimmen und tritt damit die dritte Amtsperiode an. In Leinburg wurde Joachim Lang von der Freien Wählergemeinschaft zum neuen Bürgermeister gewählt. In einer Stichwahl erreichte er 53,8 Prozent, sein SPD-Gegenkandidat Oskar Perl konnte nur 46,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die Wahlbeteiligung lag bei 81,2 Prozent.

Peter Wiesner von der CSU hat in **Rückersdorf** mit 57,7 Prozent die absolute Mehrheit erreicht. Wiesner hatte die Bürgermeistergeschäfte bereits kommissarisch geführt, nachdem der bisherige Amtsinhaber Werner Pleyer (CSU) aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war. SPD-Gegenkandidatin Claudia Amm kam auf 26,9 Prozent, Gerlinde Weisel von den Unabhängigen Wählern auf 15,4 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 87,5 Prozent.

In **Schwabhausen** wurde der amtierende Rathauschef **Josef Mederer** von der CSU erwartungsgemäß im Amt bestätigt. Er war der einzige Kandidat und erhielt 97,4 Prozent der Stimmen. Daneben ist Josef Mederer Kreisrat, Bezirkstags-Vizepräsident des Bezirks Oberbayern, stellvertretender Kreisvorsitzender beim Bayerischen Gemeindetag und Mitglied im Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV).

Die Bayernwald-Stadt **Zwiesel** schließlich hat Bürgermeister **Robert Zettner** (CSU) im Amt bestätigt: Zettner setzte sich mit 52,9 Prozent gegen drei Mitbewerber durch. SPD-Kontrahent Alois Fuggenthaler erreichte 30,4 Prozent, Eberhard Kreuzer von den Freien Wählern 8,59 % und Ludwig Steckbauer von der Parteifreien Wählergemeinschaft 8,1 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 73,5 Prozent. **DK**

Prof. Dr. Claus Grimm:

Was bewirken Landesausstellungen?

Aus einem Festvortrag vor dem bayerischen Landesdenkmalrat

In seinem Festvortrag vor dem bayerischen Landesdenkmalrat bilanzierte der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte die Wirkungen der Bayerischen Landesausstellungen, die ein gezieltes Bildungsangebot zur bayerischen Geschichte und Kultur darstellen. Ein zusätzlicher Effekt liegt in der Imageförderung und touristischen Belebung für die veranstaltende Region.

„Was wir beeinflussen wollen, sind der Wissensvorrat und die Werthaltungen von Menschen", stellte Grimm eingangs fest. Es gehe darum, Kulturinteresse, heimatgeschichtliches Interesse sowie geschichtliches Interesse aller Art anzusprechen und vor allem ein ins heutige Leben reichendes Geschichtsbewusstsein zu wecken.

Neubearbeitung historischer Inhalte

Der besondere Aufwand für historische Ausstellungen liege in der Neubearbeitung der historischen Inhalte und deren Ausrichtung auf das jeweilige Thema - im Unterschied zu Kunstausstellungen, in denen die Objekte primär in ihrer sich überall gleich darstellenden Ästhetik gewürdigt werden. Im Gegensatz zu Ausstellungs- und Museumsräumen, in denen keine zusätzliche Gestaltung notwendig ist, erforderten historische Ausstellungen ein erhebliches Maß an „Ausstellungsarchitektur". Insbesondere in denkmalgeschützten Räumen sei eine eigene Raumschale notwendig. Die Gestaltung und der Aufbau einer Landesausstellung stellten einen erheblichen Kostenfaktor von etwa 20 bis 35 Prozent des Gesamtkostenvolumens dar. Dieser Aufwand hänge ab vom Ausstellungsort (Museum oder historisches Gebäude), von der Größe der Ausstellungsfläche, von den auszustellenden Exponaten und vom Zustand der Ausstellungsräume.

„Takes", Besucherzahlen, und Verkaufszahlen

Um die Tätigkeit des Hauses der Bayerischen Geschichte überzeugend zu legitimieren, müssten die Wirkungen bei den Nutzern der Ausstellungen erfasst werden. Primäres Indiz seien die Besucherzahlen, die Verkaufszahlen der Kataloge, die „Takes" im Internet. Damit möglichst allgemeingültige Aussagen getroffen werden können, wurde laut Grimm von Beginn an eine systematische Besucherforschung eingesetzt. Über diese, seit über 20 Jahren gängige Praxis, lässt sich eine Information bekommen, die zusammen mit den Äußerungen im persönlichen Gespräch, den Besucherbucheinträgen, wissenschaftlichen Rezensionen und Zeitungsberichten ein bestimmtes Bild über die Art und Qualität einer Ausstellung und ihr Publikum abgeben kann. Diese Erhebungen mittels Fragebogen sind sämtlich repräsentativ angelegt und verzeichnen mit zwischen 1.200 und 1.500 Befragten die selbe Aussagegenauigkeit wie Hochrechnungen bei Wahlen.

Bis heute konnten die Ausstellungen der vergangenen Jahre vor allem Besucher aus der Bildungsschicht, aber aufgrund breit ansprechender Themen und einer allgemein verständlichen Darstellung auch zahlreiche Menschen mit geringeren Bildungsabschlüssen anziehen. Ein Großteil der Besucher ist mittleren bis höheren Alters. Eine Ausnahme bildete die Landesausstellung zur Geschichte der „Frauen in Bayern" in Ingolstadt mit einem Durchschnitt von nur

Prof. Dr. Claus Grimm.

38,5 Jahren. Jeweils zwischen 80.000 und 200.000 Besucher nahmen die vielfältigen Angebote in den vergangen Jahren in Anspruch.

Werben für die Region

Wo eine bestimmte Identität angesprochen werden konnte - Franken, Bistum Bamberg, Herzogtum Coburg, Veste Kronach, aber auch Reichsstädte, Bauern und Frauen - war der Widerhall bei den betreffenden Gruppen besonders hoch. Darüber hinaus sprechen historische Ausstellungen eine bestimmte Bildungsschicht an. Diesen Referenzgruppen wird Ergänzung und Vertiefung von Wissen und - gegenüber dem bloß ästhetischen Erlebnis von „Kunst"-Ausstellungen - ein Hintergrundverständnis vieler Kulturobjekte geboten. So gesehen sind Landesausstellungen Grimm zufolge „kulturelle Events, die für die betreffende Region werben und erhebliche wirtschaftliche Effekte haben". Vor allem bei den Ausstellungen in Bamberg (Umsatzplus 5 Mio. Euro) und Forchheim (Umsatzplus 3,5 Mio. Euro) seien diese erheblich gewesen.

Stolz auf das Eigene

Freilich sei vor diesem Hintergrund eine wichtige immaterielle Wirkung zu beachten: Das Selbstbewusstsein und der Stolz der besuchten Orte auf ihre eigene Geschichte und ihre Denkmäler. Franz Stumpf, Oberbürgermeister der Stadt Forchheim, habe auf die gestiegene Bedeutung der „Kaiserpfalz" aufgrund der Landesausstellung hingewiesen. Die Bürger Forchheims erwähnten diesen Burgbau seitdem häufig als herausragendes Baudenkmal der Stadt, was vorher nicht der Fall war. Ähnliche Effekte des deutlicheren Stolzes auf das Eigene seien aus Kempten und Memmingen, Aschaffenburg und Lohr, Straubing und Amberg, sowie aus Kronach und Kulmbach berichtet worden.

Motivationstage des Publikums

Mit dem Ansprechen der eigenen Geschichte hängt die Motivationslage des Publikums zusammen; sie zeige sich an den Angaben zu ausgeprägtem historischen oder kunstgeschichtlichen Interesse, insbesondere wenn dieses mit einer niedrigen Selbsteinschätzung der bisherigen Kenntnisse zusammenfällt, erklärte der Direktor. Bei der Ausstellung „Bayern-Preussen" in Kulmbach, bei „Cranach" in Kronach und am deutlichsten bei der „Geschichte der Frauen in Bayern" in Ingolstadt sei diese Motivation hoch gewesen. Gerade bei der Betonung der regionalen Geschichte im Titel (Forchheim, Kulmbach, Kronach) kamen bis zu zehn Prozent der Besucher, die angaben, dass sie normalerweise nicht in Museen oder Ausstellungen gehen.

Wissen um Zusammenhänge

„Unser Auftrag geht über die konventionelle Präsentation historischen Materials hinaus", bemerkte Grimm. Es gebe kein statistisches Geschichtsbild und erst recht kein Publikum mit einheitlichen Vorstellungen. Die Beschäftigung mit Geschichte müsse deswegen weiter gehen als lieb Gewordenes aufzufrischen oder in den Bahnen vorhandener Betrachtungsweisen einige Neuentdeckungen zu ermöglichen. „Wir wollen das Wissen um Zusammenhänge vermitteln und zu immer wieder neuem Entdecken von Geschichte und Überdenken von Zusammenhängen zwischen einst und jetzt anregen. Das ist nur möglich, wenn bei den Ausstellungsmachern, den Katalog- und Textautoren bereits ein klärender Prozess stattgefunden hat und fruchtbare Ansätze zur Neuentdeckung entwickelt wurden. Diese müssen in der Objektauswahl und -präsentation ‚herüberkommen', stellte Grimm fest.

Verbindung von Regionalgeschichte und „großer" Geschichte

Dieses Zusammensehen verschiedener Lebensumstände, Handlungschancen und Deutungsperspektiven sei die besondere Chance historischer Ausstellungen. Diese könnten durch das Zusammenführen unterschiedlicher Überlieferungsgüter den gezeigten Geschichtszusammenhang dichter, farbiger und vorstellbarer machen. Vor allem werde dadurch die Verbindung der konkret belegten Lokal- und Regionalgeschichte mit den abstrakteren Ereignissen der „großen" Geschichte bewirkt. „Nur wo viele Funken überspringen, bewirken Ausstellungen etwas. Dass sie dies in erheblichem Maß tun, zeigen uns Nachfragen aller Art und eben auch die Statistik der Besucher", so Grimm in seinem abschließenden Fazit. **DK**

GZ Kolumne Luitpold Braun

Krieg konnte er jedes Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Die Jahresrechnungen schlossen sogar mit Überschüssen ab!

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Brennstoffen, mit Wohnungen und Bekleidung, gehörte zu seinen Hauptaufgaben. Er meisterte sie, eingeschränkt durch die damaligen Umstände, erfolgreich.

Ob seiner Verdienste setzten ihm die Schongauer vor der Dienststelle des heutigen Landratsamtes Weilheim-Schongau in Schongau ein Denkmal.

Schongau hat ein Denkmal für Franz Josef

unser früherer Ministerpräsident Franz Josef Strauß hätte vor wenigen Tagen seinen 90. Geburtstag feiern können. Leider ist er bereits vor 17 Jahren von dieser Welt abberufen worden.

Vielen von uns Heutigen ist aufgrund seiner großen politischen Karriere unbekannt geblieben, dass er nach dem Kriege auf Kommunalpolitiker Meriten erworben hat.

Die amerikanische Militärregierung in Schongau ernannte ihn Anfang Juni 1945 seiner Englischkenntnisse wegen zum stellvertretenden Landrat. Bei den ersten Kreistagswahlen im Frühjahr 1946 wählte ihn die Bevölkerung dann in den Kreistag des damaligen Landkreises Schongau. Die Landräte wurden seinerzeit von den Kreistagsmitgliedern gewählt. Sie waren es, die in Schongau Strauß in diese Position brachten. Er behielt sie bis zum 1. Januar 1949 und war anschließend bis 30.4.1952 wiederum stellvertretender Landrat.

Auch in seiner Zeit als Kommunalpolitiker hat Franz Josef Strauß durch seine Leistungen überzeugt. In den schwierigen Jahren nach dem

Luitpold Braun

Tag der Heimat in Straubing:

„60 Jahre Flucht und Vertreibung"

An Flucht und Vertreibung der Deutschen in Mittelosteuropa vor 60 Jahren erinnerte der Landesverband Bayern des Bundes der Vertriebenen (BdV) in einem zentralen Gedenkakt für den Freistaat Bayern, der in Straubing stattfand.

Unter dem Motto „Vertreibungen weltweit ächten" stand eine Reihe von Veranstaltungen: die Eröffnung des Ostdeutschen Heimat- und Kulturmarktes auf dem Stadtplatz (Theresienplatz) mit Trachten-, Musik- und Tanzgruppen verschiedener Landsmannschaften, heimatbezogene Darbietungen und landestypische Speisen, die Landesdelegiertenversammlung des BdV-Landesverbandes Bayern, die Enthüllung einer Gedenktafel der Heimatvertriebenen am Rathaus, ein Gedenkzug über den Stadtplatz zum Herzogsschloss an der Donau sowie schließlich die zentrale Gedenkfeier im Rittersaal des Herzogsschlosses mit einer Gedenkrede des bayerischen Innenministers Dr. Günther Beckstein.

Wichtige Solidarität

„Die Schicksalsgemeinschaft aller Vertriebenen steht seit jeher wie eine große Familie zusammen. Ich halte diese Solidarität auch für überaus wichtig, um die berechtigten Anliegen der Vertriebenen öffentlich kund zu tun, auf das andauernde Unrecht der Vertreibung hinzuweisen, für die Heilung des Vertreibungsunrechts einzutreten und die Hand zur Versöhnung und Verständigung auszustrecken. Ich versichere Ihnen ausdrücklich, dass der Freistaat Bayern sich ohne Wenn und Aber zu den berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen bekennt", betont Innenminister Dr. Günther Beckstein als stellvertretender Ministerpräsident anlässlich der Hauptkundgebung des zentralen Tages der Heimat des Bundes der Vertrieben am 3. September 2005 in Straubing.

Verzicht auf Rache und Vergeltung

Der Minister erinnert an die „Charta der Heimatvertriebenen" vom 5. August 1950, in der die Heimatvertriebenen erklären, dass sie auf Rache und Vergeltung verzichten, und dass sie mit allen Kräften die Schaffung eines geeinten Europas unterstützen, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. „Mit dieser großartigen Geste der Versöhnung haben die Ver-

(Fortsetzung auf Seite 4)

„Generationenstudie 2005“ der Hanns Seidel-Stiftung:

Wertorientierung und Grundeinstellungen

Aspekte der Entwicklung von Politik und Gesellschaft in der deutschen Bevölkerung lässt die Hanns-Seidel-Stiftung seit mehreren Jahren untersuchen. Die wichtigsten Resultate der neuen „Generationenstudie 2005“ der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung mbH, Hamburg, wurden nunmehr auf einer Expertentagung in München diskutiert. GMS-Geschäftsführer Dr. Helmut Jung stellte die Ergebnisse vor.

Im Vergleich mit den Generationenstudien 2001 und 2002 ergeben sich laut Jung einige bemerkenswerte Veränderungen. Vor allem Arbeit, aber auch Wirtschaft und sozialpolitische Themen bilden ungeachtet der Schwankungen in den Nennungshäufigkeiten unverändert die eindeutigen Schwerpunkte im Katalog der für die Bundesbürger relevanten Sachthemen. Neu ist jedoch, dass die bisher in den Generationenstudien gar nicht als eigenständiges Thema ausgewiesene Bildungspolitik wegen ihrer inzwischen auch von den Wählern erkannten strategischen Bedeutung (Konsequenz der Pisa-Debatte) nunmehr vor der Familien- und Jugendpolitik den vierten Rangplatz einnimmt und dass zudem das Thema EU/Osterweiterung/Türkei (10%) auf den sechsten Rang vorgerückt ist.

Keine grundlegenden Auffassungsunterschiede

Ungeachtet dieser Veränderungen gilt im Hinblick auf die politischen Sichtweisen und Einstellungen der Generationen weiterhin, dass es zwischen Alt und Jung in der Wahrnehmung der Wichtigkeit politischer Probleme und Aufgaben zwar graduelle, aber keine grundlegenden Auffassungsunterschiede gibt.

Die Einschätzung der Deutschen hat sich, bezogen auf die allgemeine wirtschaftliche Lage in den vergangenen vier Jahren, dramatisch verschlechtert. Die Gegenwart beurteilen inzwischen 55% eindeutig und weitere 30% teilweise negativ. Bei der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung rechnen 53% mit keiner Veränderung der ohnehin schlechten Lage, eine Verbesserung erwarten 23%, eine weitere Verschlechterung befürchten 22% der Befragten. Das für die meisten Bundesbürger wichtigste politische Thema der Arbeitslosigkeit (79%) löst massive Bedrohungsgefühle aus. So befürchten 38%, sie selbst oder ein Familienmitglied oder Freunde könnten in Kürze von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Die 16 bis 34-Jährigen fühlen sich mit 54% wesentlich häufiger bedroht.

Dr. Hans Zehetmair und Dr. Helmut Jung (v. l.): Die Menschen passen ihre Werte offenbar den veränderten Rahmenbedingungen an.

Auswirkungen auf den Nationalstolz

Die im Verlauf der vergangenen Jahre immer schlechter gewordene Stimmungslage ohne Aussicht auf eine bessere Zukunft hatte erhebliche Auswirkungen auf den Nationalstolz der Deutschen. Zwar sind 80% der Befragten wegen der schönen Landschaften, wegen der Kunst, Kultur und Technologie (jeweils 78%) stolz auf Deutschland. Weitere 75% nennen zudem die friedliche Wiedervereinigung und 73% die sportlichen Erfolge Deutschlands, während weit abgeschlagen auf dem letzten Platz aus verständlichen Gründen die deutsche Geschichte (35%) steht. Im Zeitreihenvergleich mit der Generationenstudie 2002 wird jedoch erkennbar, dass fast alle Gründe für Stolz auf Deutschland seltener genannt werden als 2002. Besonders dramatisch ist der Rückgang des Stolzes auf die wirtschaftlichen (minus 20%) und sozialstaatlichen Leistungen Deutschlands (minus 12%) - bisher zwei der wichtigsten Ankerpunkte für Nationalstolz in Deutschland.

Wertewandel

Auch der Wertewandel in der deutschen Bevölkerung steht unter Einfluss der allgemein negativen Stimmungslage im Land. Die Menschen passen ihre Werte offenbar den veränderten Rahmenbedingungen an. Sie streben zwar weiterhin nach Sicherheit und Geborgenheit, stellen neuerdings aber materielle Bedürfnisse wie z.B. das Streben nach Wohlstand und Besitz in den Hintergrund, während Religiosität an Bedeutung zulegen kann.

Nord-Süd- und Ost-West-Gefälle

Dass im Prinzip keine Partei eine Monopolstellung als Interessenvertreterin einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe für sich reklamieren kann, ist ein weiteres Ergebnis der Studie. Zwar bekunden fast 80% aller Befragten eine grundsätzliche Verbundenheit mit einer Partei. Diese dürfte aber im Regelfall nicht besonders intensiv sein und sich altersbedingt eher Richtung SPD und vor allem CDU/CSU verändern. Unabhängig vom Nord-Süd-Gefälle in Westdeutschland zu Gunsten der Union fällt auch ein Ost-West-Gefälle ins Auge, da der Erwerb einer Parteiidentifikation für eine Partei im Osten mit Ausnahme der PDS noch für lange Zeit schwerer fallen wird als im Westen. Die geschilderten generationenspezifischen und regionalen Unterschiede gehen zudem mit deutlichen Unterschieden im Hinblick auf die Bereitschaft zur regelmäßigen Wahlteilnahme und die Existenz von Stamm- und Wechselwähleranteilen in den einzelnen Parteianhängerschaften einher.

Konfliktpotenziale

Fazit: Der extrem rasche wirtschaftliche soziale und gesellschaftliche Wandel hat gerade in den letzten Jahren die Konfliktpotenziale zwischen und innerhalb der Generationen eher vergrößert. Apathie und Protest, aber auch reine Zweckbündnisse auf Zeit zwischen Wählern und Parteien werden weiter zunehmen. Links- wie auch rechtsextremistische Ideologien scheinen jedoch derzeit so gut wie keinen Nährboden zu finden, weil die Wähler bei so genannten großen gesellschaftlichen Entwürfen realistischer geworden sind.

Vorrangige Aufgabe der Politik muss es laut Dr. Helmut Jung sein, die Wende mit weiteren Reformen einzuleiten, die ein höheres wirtschaftliches Wachstum ermöglichen sowie den negativen Trend am Arbeitsmarkt beenden und umkehren. Die dringend notwendigen Veränderungen seien in der gegenwärtigen Ausgangslage nicht einfach und stellten eine große Herausforderung für die Politik dar, zumal Besitzstandsdenken und Besitzstandswahrung trotz der grundsätzlichen Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen weiterhin die Durchsetzung von Reformen erschweren. Anlass zur Hoffnung bestehe dennoch, da sich die Menschen in ihren Werten und Anforderungen den bescheideneren Möglichkeiten anzupassen beginnen.

Arbeiten an Verbesserung der Stimmungslage

Nachhaltigen Erfolg werde die Politik allerdings nur dann erzielen können, „wenn neben der Realisierung von Reformen auch an einer deutlichen Verbesserung der Stimmungslage gearbeitet wird“. Das Tempo von Fortschritten werde in großem Umfang auch von Optimismus und der Fähigkeit befördert, sich mit dem Staat, in dem man lebt, identifizieren zu können. **DK**

60 Jahre Flucht und ...

(Fortsetzung von Seite 3)

triebenen zu einer Zeit, in der noch alle Wunden offen lagen, einen Markstein zu Versöhnung und Frieden in Europa gesetzt. Wenn in Deutschland jemand den Friedensnobelpreis verdient hat, dann sind es unsere Heimatvertriebenen“, hebt Beckstein hervor. Weiter betont der Minister, dass das Gedenkjahr 2005 ideal wäre, das Zentrum gegen Vertreibung endlich auf den Weg zu bringen: „Das Gedenken an die eigenen Opfer und an das tausendfache Leid unseres Volkes bedeutet keine Relativierung der deutschen Schuld. Ein jedes Opfer von Gewalt steht in seiner Würde und in seinem Menschsein für sich. Unsere Trauer um unsere eigenen Opfer ist ganz natürlich und selbstverständlich. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit.“

Nationaler Gedenktag

Es sei ein weiteres Anliegen Bayerns, einen „Nationalen Gedenktag“ für die Opfer von Vertreibungen zu schaffen. Der Gedenktag solle an die Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen aus dem Jahr 1950 erinnern, in der fünf Jahre nach Kriegsende die Vertriebenen jeder Art von Rache und Vergeltung für das erlittene Leid eine Absage erteilt hatten. Außerdem soll mit diesem Gedenktag die Erinnerung an das Schicksal der 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen wachgehalten werden.

Beckstein befasste sich in aller Ausführlichkeit mit der wertvollen Kulturarbeit der Vertriebenen. Bedauerlicherweise habe die rot-grüne Regierung diese Arbeit radikal beschnitten und diesen Bereich um immerhin 47 Prozent gekürzt. Mit der Union werde es ein derartiges „Streichkonzert“ nicht geben. Dies gelte vor allem für die Haltung der Bayerischen Staatsregierung. Auch im Landtag stimmten die CSU-Politiker darin überein, dass die Kulturarbeit der Vertriebenen und ihrer Verbände wie BdV und Landsmannschaften verstärkt gefördert werden müsse.

Flagge zeigen

Aichachs-Friedbergs Landrat Christian Knauer, Landesvorsitzender des BdV, erinnerte an hunderttausende von Deutschen, die noch in Oberschlesien leben. Deutsche Politiker, so Knauer, täten gut daran, bei ihren Besuchen in Warschau auch einmal einen Abstecher nach Oppeln zu machen und dort Flagge zu zeigen. Der stellvertretende Vorsitzende des Bdv Bayern, MdL Josef Zellmeier, verwies auf die jüngste Erklärung der Prager Regierung, mit der sie sich bei den vertriebenen Sudetendeutschen, die aktiven Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet haben, entschuldigten. Er sehe darin eine Geste, auf die Sudetendeutschen zuzugehen. **DK**

Neues Tarifrecht bei Bund und Kommunen

Bund, Kommunen und Gewerkschaften haben in Berlin den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst unterzeichnet, der den Bundesangestelltentarif ablöst. Nach den Worten von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) würden damit Eigenverantwortung und Motivation der Mitarbeiter erheblich gestärkt. Er hoffe, dass die Länder nun dem Beispiel des Bundes und der Kommunen folgten. Mit dem Tarifvertrag, der am 1. Oktober in Kraft tritt, werden im Wesentlichen einheitliche Beschäftigungsbedingungen für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes geschaffen.

Wie der Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, Thomas Böhle, betonte, werde die Bezahlung künftig aufgaben- und leistungsbezogen sein, leistungsfremde Entgeltbestandteile wie Familienstand und Lebensalter entfallen. Die öffentlichen Arbeitgeber werden insoweit mit privaten Arbeitgebern gleichgestellt. Familienförderung sei Sache des Gesetzgebers und nicht der Tarifvertragsparteien.

Außerdem werden herausragende Leistungen honoriert, bemerkte Böhle. Die Wettbewerbsfähigkeit kommunaler Unternehmen und Betriebe wird verbessert. **DK**

Krieg und Frieden ...

(Fortsetzung von Seite 1)

am Inn hatten am 11. September wieder einige historische Gebäude und Bauwerke ihre Pforten für interessierte Besucherinnen und Besucher geöffnet. So konnten in Ampfing die Schweppermankapelle, im Mühldorfer Hart das ehemalige Rüstungswerk und in Kraiburg die Schuster Schleif, das Heimatmuseum und das Römermuseum sowie die Pfarrkirche St. Bartholomäus besichtigt werden. Darüber hinaus hatten in Ensdorf bei Kraiburg die Sax-Säge und in Maximilian bei Kraiburg die Hammerschmiede ihre Pforten geöffnet

Mittelalterliche Befestigungsanlagen

In Ingolstadt berücksichtigte das umfangreiche Programm in diesem Jahr die mittelalterliche Befestigung und die Befestigungsanlagen des 19. Jahrhunderts. Zudem konnten Gebäude besichtigt werden, die gerade umfassend instand gesetzt werden bzw. bei denen die Instandsetzung erst vor kurzem abgeschlossen wurde. Dazu gehören der Turm Triva an der Donaulände, das Feldkirchener Tor im Neuen Schloss, das Kreuztor oder das ehemalige Kasernengebäude. Außerdem gab es einen Vortrag zur Archäologie der Ingolstädter Stadtbefestigungen und Führungen entlang des Bereiches zwischen der ehemaligen Fronte Rechberg und dem Kavalier Heydeck. Darüber hinaus wurden Gebäude vorgestellt, die sonst der Öffentlichkeit nicht bzw. nur eingeschränkt zugänglich sind.

Schlossführungen

Das Schloss in Sulzheim stand im Landkreis Schweinfurt im Mittelpunkt des Interesses. Spezialist Dr. Erhard Rückert und seine Familie hatten bei den Schlossführungen durch die dreiflügelige Anlage mit dem Mittelpavillon ebenso viel zu tun wie Karl-Heinz Hennig bei seinen lebhaften Vorstellungen der Fotoausstellung im ehemaligen Zehntspeicher des Schlosses. Der Kreisheimatpfleger verstand es vortrefflich, den Besuchern Wissenswertes über die Untere Denkmalschutzbehörde des Landratsamtes und deren Arbeit zu erläutern und nicht nur einmal ein herzhaftes Lachen zu entlocken. So war das Thema „Denkmalpflege im Landkreis Schweinfurt“ alles andere als trocken.

Wie Landrat Harald Leitherer darstellte, verfolgt der „Tag des offenen Denkmals“ das Ziel, Interesse für das kulturelle Erbe zu wecken. Durch die Öffnung der „Kulturgüter unserer Vorfahren“ werde „Geschichte zum Anfassen“ geboten. Nur so könne das Anliegen des Denkmalschutzes, die Kulturdenkmäler zu erhalten, einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Zentralveranstaltung in Regensburg

„Barbaren und Sklaven hassen die Wissenschaften, zerstören die Kunstdenkmäler, die freien Menschen aber lieben und bewahren sie.“ Oberbürgermeister Hans Schaidinger zitierte mit diesen Worten bei der zentralen Eröffnungsveranstaltung, die heuer in Regensburg stattfand, einen Abgeordneten des französischen Nationalkonvents aus dem Jahre 1794. Wenn dieser Satz stimmt, dann gehören die Regensburger zu den freiesten Menschen überhaupt: Tausende nahmen das Programm des „Tages des offenen Denkmals“ wahr. Fast 50 verschiedene Baudenkmäler und Vorführungen standen in der Donaustadt zur Auswahl.

Publikumsrenner

Kulturreferent Klemens Unger und dessen Mitarbeiter koordinierten das Angebot. Zum absoluten Publikumsrenner avancierte bereits am Vormittag der „Römerturm“ am Alten Kornmarkt. Der über 1000 Jahre alte Wohnturm war erstmals für Besucher zugänglich. Eine zwei Meter dicke Betondecke machte den Besuch in den oberen Geschossen bisher unmöglich. Nur durch das Nachbarhaus gab es einen kleinen Zugang - durch eine Privatwohnung. Für zehn Uhr war die erste Führung angesetzt, bereits eine halbe Stunde vorher standen die Leute Schlange vor der Eingangstür. Ulrike Paulik und Markus Kühne vom Staatlichen Hochbauamt taten zwar ihr Bestes, doch den Andrang konnten sie kaum bewältigen. Die Neugier der Regensburger übertraf alle Erwartungen.

Höherer Stellenwert für den Denkmalschutz

Kritische Töne schlug Bayerns Generalkonservator Prof. Egon Johannes Greipl an, in dem er einen höheren Stellenwert für den Denkmalschutz in der Gesellschaft anmahnte. Seit 1990 seien die Mittel zum Beispiel für die bayerischen Baudenkmäler in privatem Eigentum schleichend um insgesamt rund 70 Prozent zurückgefahren worden. „Bei den operativen Mitteln muss eine Trendumkehr stattfinden, sonst geht der Denkmalschutz den Bach runter,“ erklärte Greipl . Der Denkmalschutz leiste mit der Pflege des baulichen und archäologischen Erbes einen Beitrag zur Standortstärkung, der gar nicht hoch genug veranschlagt werden könne. „Denn womit werben die Tourismusverbände in ihren Prospekten? Mit Bildern von Kulturdenkmälern und intakten Landschaften.“

Europäischer Rang

Wissenschafts- und Kunstminister Thomas Goppel lobte Regensburg seinerseits als Stadtdenkmal von europäischem Rang und erklärte, der „Tag des offenen Denkmals“ als Teil einer europaweiten Aktion sei stets aufs Neue Ansporn, sich mit der eigenen Vergangenheit zu befassen. Goppel hob die Bedeutung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege hervor. „Einige der im Lauf der Jahrhunderte zerstörten Gebäude wurden wieder aufgebaut, viele sind jedoch für immer verloren gegangen. Umso mehr sind wir heute aufgefordert, mit dem noch Vorhandenen verantwortungsvoll umzugehen. Denn die Menge an Denkmälern ist endlich“, sagte der Minister. Der Staat allein könne diese Aufgabe nicht erfüllen. Denkmalschutz und Denkmalpflege müsse auch von den Bürgerinnen und Bürgern, die oftmals Eigentümer des Denkmals sind, getragen werden“, so Goppel.

Denkmalschutzmedaille

Personen sowie Vereine und Institutionen, die sich besondere Verdienste um den Denkmalschutz und die Denkmalpflege erworben haben, wurden anschließend mit der Denkmalschutzmedaille ausgezeichnet. Sie stammen aus Dachau, München (Oberbayern), Arnbruck, Windberg, Bad Abbach, Passau (Niederbayern), Günzburg, Obergünzburg, Lechbruck (Schwaben), Willmering, Roding, Kulmain, Sulzbach-Rosenberg (Oberpfalz), Lichtenfels-Klosterlangheim, Marktrodach-Zeyern (Oberfranken), Greding, Offenhausen, Ellingen (Mitelfranken) und Gräfendorf-Weickersgrüben, Gemünden-Wernfeld (Unterfranken).

Die Denkmalschutzmedaille wird seit 1977 alljährlich auf Grund von Vorschlägen der Regierungen, Bezirke, Landkreise, Kirchen, des Landesamts für Denkmalpflege und privater Eingaben verliehen. Sie zeigt auf ihrer Vorderseite ein Portrait König Ludwig I., der in einer Zeit, in der die Menschen größtenteils noch sorglos mit den Zeugnissen der Vergangenheit umgingen, mit der Errichtung einer „Generalinspektion der plastischen Denkmäler des Reiches“ im Jahre 1835 den Grundstein für die staatliche Denk-

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu):

Mehr Effizienz, besserer Bürgerservice

Umfrage unter den Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages Städte arbeiten weiter an der Modernisierung ihrer Verwaltungen

Trotz großer finanzieller Engpässe, erheblicher Arbeitsbelastung durch die Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt und trotz fortgesetzten Personalabbaus verfolgen die deutschen Städte konsequent das Ziel, die Strukturen und Abläufe in ihren Verwaltungen zu modernisieren. Das zeigen die Ergebnisse einer Umfrage zum Stand der Verwaltungsmodernisierung, die der Deutsche Städtetag (DST) und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) unter den Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages durchgeführt haben. Einige zentrale Befunde der Umfrage sind im Folgenden dargestellt:

In 168 Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages, das sind 69 Prozent der an der Umfrage beteiligten Städte, finden derzeit konkrete Modernisierungsmaßnahmen statt. Die wichtigsten Ziele der Verwaltungsmodernisierung sind weiterhin die Erhöhung der Effizienz der Verwaltung sowie die Verbesserung der Bürgerorientierung. Die Verbesserung der Effizienz der Verwaltung ist für 138 Städte (84 Prozent) wichtigstes Ziel des Reformprozesses. Die Verbesserung der Bürgerorientierung wird von 129 Städten (78 Prozent) als zweitwichtigstes Ziel angesehen.

Schwerpunkt

Die Schwerpunkte der Reform liegen im Haushalts- und Rechnungswesen, in der Organisationsentwicklung und in der Personalentwicklung. Hauptbereich der Verwaltungsmodernisierung ist eindeutig das Haushalts- und Rechnungswesen. Die grundlegende Veränderung des kommunalen Rechnungswesens, die als Jahrhundertreform angesehen werden kann, ist bereits mit einer eindeutigen Ausrichtung eingeleitet: In zwei Dritteln der Städte ist bereits entschieden, dass in den kommenden Jahren mit der Reform des Gemeindehaushaltsrechts ein kaufmännisches Rechnungswesen, die Doppik, eingeführt wird. Während in 30 Prozent der Städte bisher keine Entscheidung in dieser Frage gefallen ist, gaben nur 3 Prozent an, dass sie sich für eine erweiterte Kameralistik entschieden hätten.

Erheblichen Einfluss auf den Erfolg der Verwaltungsmodernisierung haben organisatorische Veränderungen. Die gemeinsame DST/Difu-Umfrage ergab, dass sich insgesamt die Einrichtung zentraler Serviceeinheiten in 65 Prozent der deutschen Städten und Gemeinden durchgesetzt hat. Zentrale Serviceeinheiten sind Organisationseinheiten innerhalb der Verwaltung, in denen Querschnittsaufgaben (Finanzen, Personal, Organisation) zentral für andere Fachbereiche erledigt werden.

Erfolgsfaktor Personal

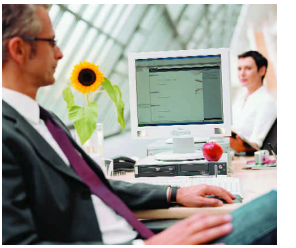
Die Bedeutung des Personals als entscheidender Faktor für den Erfolg von Reformen muss sich in einer stärkeren Betonung der Personalentwicklung und der Fortbildung niederschlagen. Hatten im Jahr 2000 erst 30 Prozent der Städte ihre Personalentwicklung und Fortbildung erfolgreich darauf ausgerichtet, so waren es im Jahr 2004 bereits 46 Prozent (77 Städte).

Die Erwartungen der Verwaltungsmodernisierung hinsichtlich der Verbesserung der Bürgerorientierung wurden in den meisten Städten weitestgehend erfüllt. Voll oder teilweise erfüllt wurden die Erwartungen hinsichtlich der Bürgerorientierung bei 90 Prozent der Städte. Im Hinblick auf eine Imageverbesserung der Stadt bei den Bürgern wurden die Erwartungen von 71 Prozent der Städte erfüllt.

Bibliographische Angaben:

„Verwaltungsmodernisierung in deutschen Kommunalverwaltungen - Eine Bestandsaufnahme", Bearbeiter: Rudiger Knipp. Bd. 6/2005, 180 S., 37 Abb., umfangreicher Tabellenanhang, Schutzgebühr Euro 20, ISBN 3-88118-367-1.

Die Veröffentlichung kann vom Buchhandel bezogen oder per Post beim Deutschen Institut für Urbanistik, Postfach 12 03 21, 10593 Berlin, Fax 030/ 39001-275, E-Mail: vertrieb@difu.de, bestellt werden. ❐



Modernste Technik - umweltfreundlich und preiswert: Die Fujitsu Siemens Computers Green PCs. Fujitsu Siemens Computers ist der führende europäische IT-Hersteller und zugleich Marktführer in Deutschland. Mit einer einzigartigen Bandbreite an Informationstechnologie ist das Unternehmen weltweit in allen Schlüsselmärkten präsent. **Foto: Weber Shandwick**

Grüne High-Tech im Empfangsbereich

Goethe-Institute setzen auf Green PCs von Fujitsu Siemens Computers

Modernste Technik und umweltverträgliches Design - diese Anforderung hatte das Goethe-Institut an die neuen Desktop PCs für seine Filialen weltweit. Die Wahl fiel auf die Green PC Familie von Fujitsu Siemens Computers. Seit Anfang 2004 wurden Institute in 48 Ländern auf allen Kontinenten mit insgesamt 300 Green PCs ausgestattet. Die Rechner sind vorwiegend in den Empfangsbereichen der Goethe-Institute im Einsatz. Außerdem werden sie als Internet-PCs oder für den Einsatz von Sprachlernprogrammen auf CD oder DVD in den Deutschklassen genutzt und von den Besuchern und Sprachlernenden selbst bedient.

Der Empfangsbereich eines Goethe-Instituts in einem der 80 Länder, in denen das Kulturinstitut der Bundesrepublik vertreten ist, ist immer auch ein wenig Aushängeschild für das Selbstverständnis Deutschlands. Hier melden sich die Teilnehmer für einen Sprachkurs an, sofern sie das nicht schon online erledigt haben, hier finden Interessierte Informationen über das vielfältige Angebot an kulturellen Veranstaltungen und hier werden Gäste begrüßt, die die Bibliothek oder Videothek oder einfach nur den Internetzugang nutzen wollen.

Besonderen Wert legt das Goethe-Institut deshalb auf die repräsentative Ausstattung der Empfangsbereiche und der Bibliotheken mit PCs. Die Wahl fiel 2004 auf die besonders umweltverträglichen SCENIC Green PCs von Fujitsu Siemens Computers, die Vorgänger der ESPRIMO Professional PC Familie - konkret: SCENIC E600, M65G mit 2,66 GHz Intel Pentium 4 Prozessor.

Beitrag zur Imagepflege

Karin Varga, die Leiterin des IT-Bereichs des Goethe-Instituts: „Als ich die Green PCs das erste Mal auf einer Computermesse gesehen hatte, war ich von der Idee sofort begeistert, weil sie modernste Technik mit einem umweltverträglichen Design verbinden." Schließlich habe der IT Bereich nicht alle Tage die Gelegenheit, einen unmittelbar sichtbaren Beitrag zur Imagepflege zu leisten. Dass der Preis der PCs dabei nicht höher lag als bei vergleichbaren herkömmlichen Geräten, habe ihr die Entscheidung leicht gemacht.

Angenehm leise

Karin Varga: „Nicht nur unsere Gäste, auch die Mitarbeiter in den Büros unserer Auslandsinstitute sind von den neuen Green PCs begeistert, denn sie sind nicht nur besonders umweltverträglich, sondern auch angenehm leise." Green PCs enthalten besonders leise Festplatten und verhindern mit der so genannten „Thermal-Management" Funktion die Entstehung unnötigen Lärms. Denn die Lüfter des Systems laufen nur dann mit voller Leistung, wenn die Prozessortemperatur dies erfordert. Die Lüfterdrehzahl lässt sich außerdem über Einstellungen im BIOS an die jeweiligen Erfordernisse anpassen.

Umweltfreundliche Beschaffung im Öffentlichen Dienst

Welchen Beitrag der Öffentliche Dienst für eine nachhaltige Beschaffung leisten kann, zeigen Studien der EU Kommission. Demnach wendet die Öffentliche Hand jährlich etwa 16 Prozent des Bruttoinlandproduktes der EU für die Beschaffung auf. Das entspricht einem Volumen von 1,5 Billionen Euro. Ein Forschungsprojekt der Europäischen Kommission kommt zu dem Ergebnis: Würden alle öffentlichen Stellen in der EU ihre herkömmlichen Computer durch umweltverträgliche Geräte ersetzen und würde dies auch bei der übrigen Bevölkerung in diesen Ländern zur Anschaffung umweltverträglicher Computer führen, könnten 830 Tausend Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxyd eingespart werden. Eine weitere Studie in den Mitgliedsstaaten der EU-15 zeigt, dass allerdings nur 19 Prozent aller öffentlichen Stellen in nennenswertem Umfang Umweltaspekte in ihrer Beschaffung berücksichtigen.

„Ein weit verbreitetes Vorurteil nicht nur im öffentlichen Dienst ist sicherlich, dass umweltverträgliche Produkte meist teuerer sind. Selbst wenn sie in der Anschaffung etwas höher im Preis liegen sollten als Billigprodukte, ergibt sich ein ganz anderes Bild, wenn man die Kosten über den gesamten Abschreibungszeitraum betrachtet und den Anschaffungspreis, den Unterhalt, den Stromverbrauch und die Kosten für die Entsorgung mit einbezieht", betont Karin Varga.

Energiesparfunktionen

Die Fujitsu Siemens Computers Green PCs verfügen beispielsweise über Energiesparfunktionen auf der Basis von ACPI und 1A-PC (Instantly Available PC), die den Stromverbrauch auf weniger als fünf Watt im Standby-Modus reduzieren. Wird der PC aus diesem Modus wieder eingeschaltet, kann der Nutzer ohne Verzögerung weiterarbeiten. Das Goethe-Institut spart so mit den 300 Green PCs jährlich etwa 10,5 Megawattstunden Strom. Zeichnet sich wie beim Goethe-Institut bereits ein Trend zu stärkerer umweltverträglicher Beschaffung ab? Vielleicht. Inzwischen hat auch die Umweltstiftung WWF Deutschland alle 120 Arbeitsplätze in Deutschland mit Green PCs von Fujitsu Siemens

Mobile Geräte gefährden die Sicherheit

Deutsche IT-Manager vertrauen Mitarbeitern

Die vermehrte Nutzung von Blackberrys, USB-Sticks und wiederbeschreibaren CDs stellt mehr als die Hälfte der IT-Manager vor Sicherheitsprobleme. Laut einer Studie des Marktforschers Dynamic Markets sehen 41 Prozent der Befragten das Vertrauen in die Mitarbeiter als besten Sicherheitsansatz. Um ihnen die Brisanz des Themas bewusst zu machen, bieten die Verantwortlichen entsprechende Trainings an und geben Leitfäden sowie Richtlinien heraus.

Allerdings gaben 64 Prozent an, dass sie nicht ganz sicher sind, ob die Richtlinien auch tatsächlich befolgt werden. Das bestätigen auch Branchenexperten: „Auch wir hatten bei der Umsetzung der internen IT-Sicherheit anfangs den Trainingsaufwand unterschätzt. Am Ende wurden aber alle Mitarbeiter verpflichtend durch dieses Training geschleust. Eine 100prozentige Garantie gibt es nicht. Und ohne Vertrauen funktioniert kein Unternehmen", so die Erfahrung von Helmut Reisinger, Geschäftsführer des Stuttgarter IT-Dienstleisters NextiraOne.

Nach der Dynamic Markets-Umfrage gewähren viele IT-Manager ihren Mitarbeitern nur einen eingeschränkten Zugriff auf Dateien im Netzwerk. Die Verantwortlichen gaben an, dass sie teilweise auch Unternehmens-IP-Adressen sperren. In Frankreich setzen 70 Prozent auf diese sichere Methode, die mit starken Einschränkungen für die Angestellten verbunden ist. „Letzteres gründet wahrscheinlich auch darin, dass die französische Unternehmenskultur viel hierarchischer aufgebaut ist und die Kommunikationsströme auch horizontaler in den verschiedenen Ebenen der Hierarchie laufen. Die Durchdringung zwischen den Hierarchien von kritischen Informationen ist im Vergleich zu den Niederlanden oder dem angelsächsischen Kulturkreis deutlich geringer. Insofern, lassen sich wahrscheinlich auch in Frankreich stärker derartige engen Schranken ziehen", resümiert Reisinger. ❐

Neues NKF-System jetzt im Echtbetrieb

Die Stadt Ratingen hat mpsNF in der Komplettversion implementiert - und setzt auf MS-SQL-Datenbanken

Die Stadt Ratingen steuert zukünftig ihr Finanzmanagement mit dem neuen Software-System mpsNF und ersetzt damit das bisherige kamerale Verfahren MPS-Kommunal. Begleitet wurde das umfangreiche Projekt direkt von der mps-Unternehmenszentrale in Koblenz. Nach gründlicher Organisationsberatung und Konzepterarbeitung Mitte 2004 folgten die technischen Vorbereitungen und erste Datenkonvertierungen.

Im September 2004 wurden umfangreiche Schulungen für alle Bereiche und bereits erste Testläufe durchgeführt. Erste Module des Komplettsystems nahm man bereits 2004 in Betrieb, so dass die Haushaltsplanung 2005 bereits mit neuer Software erstellt werden konnte. Nach verschiedenen Software-Anpassungen folgten. Im Frühjahr 2005 weitere Implementierungen, Schulungen und Probeläufe - so dass die Stadtverwaltung im Juli 2005 den Echtbetrieb des neuen Software-Systems starten konnte.

Doppik in Teilschritten

Ratingen entschied sich für den Umstieg auf die kommunale Doppik in Teilschritten. Zunächst arbeitet man mit mpsNF weiterhin im kameralen Rechnungsstil, testet und überwacht in Teilbereichen aber parallel die doppischen Buchungen, um sich

Über Ratingen

Ratingen ist eine der vier alten Bergischen Hauptstädte, liegt im Kranz der großen Städte an Rhein, Ruhr und Wupper. Die mit etwa 92.000 Einwohnern größte Stadt im Kreis Mettmann ist durch ihre günstige Lage, die hervorragenden Verkehrsanbindungen, die Nähe zum Flughafen Düsseldorf und die ausgeprägte Infrastruktur ein attraktiver Gewerbestandort für viele namhafte Unternehmen.

Viele der ansässigen Unternehmen zählen zum aufstrebenden Sektor Informationstechnologie. ❐

dann in 2006, wenn man mit dem neuen Rechnungsstil soweit vertraut ist, komplett von der Kameralistik zu verabschieden.

Leistungsfähige Server

Zum Einsatz kommen heute bereits alle Module von mpsNF, womit alle Bereiche des neuen Kommunalen Finanzmanagements abgedeckt sind: Haushalts-, Budget- und Produktplanung, Kosten- und Leistungsrechnung, Mittelbewirtschaftung, Kasse, Vollstreckung, Steuern- und Abgabewesen sowie Vermögensverwaltung.

Die Stadt Ratingen ist eine der ersten größeren Kommunen unter den mps-Kunden, die mit mpsNF auf MS-SQL-Datenbanken arbeiten. Ratingen setzt auf SQL-Server, weil sie sehr schnell und leistungsfähig sind - und das einfache Verwalten vieler Clients ermöglichen.

Komplexe Strukturen

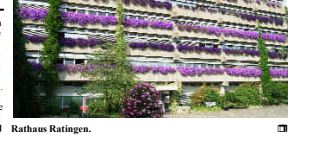
Geschäftsführer Frank Penkert äußert sich zufrieden nach dem erfolgreichen Start des Echtbetriebs: „Kommunale Finanz-Software ist keine Plug & Play-Lösung - und soll es auch nicht sein. Zu komplex sind die Strukturen und Abläufe in einer Verwaltung. Die Software muss sich diesen Strukturen anpassen, nicht die Verwaltung der Software. Ratingen hat viel dazu beigetragen, die Software in einigen Punkten weiterzuentwickeln - und gemeinsam haben wir ein gutes Ergebnis erzielt."

Flexibel einsetzbar

Zahlreiche Kommunalverwaltungen wissen die entscheidenden Vorteile von mpsNF zu schätzen: Das umfassende Software-Paket deckt sowohl die kameralen als auch die betriebswirtschaftlichen Anforderungen ab und ermöglicht auf Wunsch den schrittweisen oder auch direkten Übergang zum neuen kommunalen Finanzmanagement in Form der Doppik. Das System ist durch Standard- und spezielle mps-Module äußerst flexibel in Verwaltungen und Betrieben einsetzbar, die verschiedenen Rechnungsstile sind parallel möglich. So ist die Lösung für die Gesamtbilanzierung aller Aktivitäten einer Kommunalverwaltung und ihrer Eigenbetriebe/Gesellschaften durch ein gemeinsames Buchhaltungssystem optimal geeignet. Basis der Lösung ist Microsoft Business Solutions-Navision, das sämtliche Anforderungen in punkto Flexibilität, Sicherheit, Erweiterbarkeit und zukünftige Weiterentwicklung erfüllt. mps und Microsoft können damit Investitionssschutz garantieren.

Weitere Informationen im Internet: www.mps-solutions.de

Außerdem bietet mps Kunden und Interessenten auf den Messen KOMCOM Ost (12.-13. Oktober, Messe Leipzig, Stand E07) und Kommunale (19.-20. Oktober, Messezentrum Nürnberg, Halle 12, Stand 613) die Gelegenheit, die mps-Kommunalsysteme kennen zu lernen: ❐



Rathaus Ratingen. ❐

Verwaltung der VG Benediktbeuern:

Vertrauen in die adKOMM-Stadtlizenz

Im Rahmen einer budgetierten Ermächtigung konnten die Verwaltungskräfte der VG Benediktbeuern die Software ihrer Wahl beschaffen und haben sich für die adKOMM Kommunalsoftware entschieden.

Nach Erhalt von Information über die Leistungen und kommunalen Fachprogramme als auch der einheitlichen Softwaregrundlage, besuchte die VG Benediktbeuern einen Ausstellungsstand der adKOMM GmbH auf einer Tagung der ARGE GL Bayern.

Einheitliche kommunale Softwarelösung

Anschließend besuchten Wolfgang Vollnhals und Thomas Singer die Verwaltungsgemeinschaft und erörterten die örtlichen Ansprüche. Entscheidend für die Verwaltung war eine tatsächlich einheitliche kommunale Softwarelösung. Die adKOMM-Repräsentanten präsentierten schlüssig die Softwarephilosophie ihres Hauses mit ihrer einheitlichen Objekthaltung, einheitlichen Adresse und fachbereichsübergreifenden Programmen sowie Informationssystemen.

Im Sommer 2005 folgte - trotz einer bereits bestehenden Vorauswahl im Rahmen der bayerischen Wettbewerber - eine umfassende Softwarepräsentation über alle Fachbereiche durch Florian Rehrl (adKOMM TRA), Thomas Liepold (adKOMM ÖSI), Frank Heller und Thomas Singer (adKOMM NKF und klassisch).

Einwohnermeldewesen und GIS

Die Benediktbeurer stellten viele qualifizierte Fragen insbesondere zum Bereich Einwohnermeldewesen und den damit verbundenen Realisierungen im bayerischen und bundesweiten Datenaustausch. Auch der Bereich Technisches Rathaus (GIS) wurde erörtert.

Am 19. August 2005 unterschrieben die Verwaltung der VG Benediktbeuern und die adKOMM GmbH die gemeinsamen Verträge. Neben Huglfing (NKF/ÖSI), Wessling (NKF, ÖSI und TRA) und Feldafing (Gewerbewesen) ist die VG die vierte Verwaltung in der Region, die die einheitliche adKOMM Kommunalsoftware nutzt.

Weitere Informationen:
KOB EDV-Systeme GmbH
www.mehr-als-verwalten.de
und auf der Kommunale in Nürnberg, Stand 806. ❐

Städtische Pflegeberatung besser organisieren

Studierende der FH Münster haben Modellprojekt entwickelt

Im Rahmen ihres Pflegemanagement-Studiums haben vier Studierende der Fachhochschule (FH) Münster ein innovatives Modell für kommunale Pflegebüros entwickelt. Daraus ist in Zusammenarbeit mit dem Dortmunder Software-Unternehmen Lämmerzahl GmbH ein schlagkräftiges Konzept für Kommunen entstanden. Wir sprachen mit Professor Dr. Rüdiger Ostermann von der FH Münster, Fachbereich Pflege, über das Pflegebüro der Zukunft.

GZ: Warum haben Sie mit Ihren Studierenden gerade den Bereich der kommunalen Pflegeberatung aufgegriffen?

Ostermann: *Die Kommunen sind gesetzlich verpflichtet, eine unabhängige Pflegeberatung anzubieten und müssen zudem einen Teil der Pflegekosten über die Sozialhilfe finanzieren. Da lag es auf der Hand zu untersuchen, wie man beide Bereiche so optimal zusammenbringt, dass Pflegebedürftige eine integrierte Beratung erhalten und die Kommune gleichzeitig Geld einspart.*

GZ: Wie kann eine Kommune durch bessere Beratung Geld einsparen?

Ostermann: *Ganz einfach: Nehmen wir die Einsparung eines Landkreis mit ca. 300 000 Einwohnern. Dort bezahlen die Sozialämter in der Regel zusammen rund 12 Millionen Euro pro Jahr für die stationäre Pflege von Hilfeempfängern. Bei diesen Menschen reicht der Zuschuss der Pflegekasse und das eigene Einkommen zur Deckung der monatlichen Heimkosten nicht aus. Im Schnitt schießt der Landkreis hier monatlich 1000 Euro pro Pflegebedürftigem zu.*

Wir gehen davon aus, dass in einigen Fällen eine stationäre Pflege, sprich die Unterbringung in einem Pflegeheim, aber eigentlich überflüssig ist. Durch eine bessere Beratung der Betroffenen und ihrer Angehörigen könnten individuell Alternativen gefunden werden, wie zum Beispiel die ambulante Pflege kombiniert mit dem Hilfsangebot. Das ist unter dem Strich in jedem Fall preiswerter.

GZ.: Das heißt im Klartext, der Pflegebedürftige wird schlechter versorgt?

Ostermann: *Nein, im Gegenteil. Durch die individuelle Beratung können die Wünsche und Bedürfnisse des Einzelnen viel besser berücksichtigt werden. Die meisten älteren Menschen möchten lieber in ihrer gewohnten und Umgebung bleiben, können sich aber nicht mehr allein versorgen. Wir denken hier an ein Paket von Hilfen: der ambulante Dienst für die tägliche Körperpflege, das Essen auf Rädern, die Putzhilfe und dazu noch ein seniorengerechter Umbau der Wohnung. Wenn durch nur ein Pflegebedürftiger sechs Monate länger zu Hause bleiben kann, hat unsere Beispielkommune schon 6000 Euro gespart.*

GZ: Wie wollen Sie denn die Beratung verbessern?

Ostermann: *Erst einmal muss jede Kommune eine qualifizierte Person einstellen, die sich in dem weiten Feld der Pflege richtig auskennt. Die finanziert sich dann über die Einsparungen durch die bessere Beratung quasi von selbst. Darüber hinaus muss der Berater Zugriff auf alle relevanten Daten über den Pflegebedürftigen und alle Informationen über das Pflegeangebot vor Ort haben.*

GZ: Und wie funktioniert das in der Praxis?

Ostermann: *Wir haben zusammen mit dem Software-Hersteller Lämmerzahl ein Dortmund eine Pflegedatenbank entwickelt. Sie basiert auf der bereits in vielen Sozialverwaltungen eingesetzten und bewährten Software-Lösung LÄMMkom. Der Berater kann am PC die Daten, Fähigkeiten und Wünsche des Pflegebedürftigen eingeben und sich dann per Mausklick das dazu passende Pflegeangebot mit den entsprechenden Preisen aufrufen. Im Idealfall findet er in der Datenbank für alle Bereiche mehrere Anbieter und kann so gleich auch das kostengünstigste Angebot ermitteln.*

GZ: Bei diesem Modell sind Sie aber auf die Mitwirkung der Anbieter im Pflegemarkt angewiesen. Was passiert, wenn die nicht mitspielen?

Ostermann: *Wir gehen davon aus, dass sich die Wettbewerbssituation auf dem Pflegemarkt drastisch verschärfen wird. Derzeit werden viele neue Heime gebaut, dadurch erhöht sich die Anzahl der Pflegeplätze. Wie auf dem Wohnungsmarkt wird es auch hier bald ein Überangebot geben. Das verschärft den Wettbewerb und dann kann es sich kein Anbieter mehr erlauben, nicht in unserer Pflegebank präsent zu sein.*

Weitere Informationen:
Internet: www.laemmerzahl.de

Internet-Megatrends

Feldafinger Kreis: Automatisierung wird zunehmen

Das Internet ist ein wesentlicher Pfeiler für die weitere Entwicklung der Gesellschaft, für technische Innovationen und für die industrielle Wertschöpfung. Der Feldafinger-Kreis http://www.feldafinger-kreis.de hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Internet-Forschung in Deutschland voranzutreiben und Impulse zur besseren Nutzung von Innovationspotenzialen zu geben.

Die Mitglieder des Feldafinger Kreises erarbeiten mit Spitzenforschern aus Wissenschaft und Wirtschaft Strategien für den Forschungsstandort Deutschland. Nach Ansicht von Professor Wolfgang Wahlster, Sprecher des Feldafinger Kreises, gibt es sechs Internet-Megatrends: sich selbst organisierende Systeme, Software-Agenten, Webservices, vernetzte Smart Labels, Grid Computing und Peer-to-Peer-Kommunikation.

Mehr Automatisierung

Vor drei Jahren definierten die Feldafinger Sicherheit, mobile Anwendungen, die Konvergenz der Medien, das intuitive Agieren zwischen Mensch und Maschine, elektronische Prozesse und die Weiterentwicklung des Bildungssystems als wegweisend in der Internettrends, schreiben die VDI-Nachrichten. Aus dem Forschungsministerium verlautete, man werde die aktuellen Prognosen der Forscher zugreifen; zum Beispiel sei die Bedeutung sich selbst organisierender Systeme erkannt worden. Ziel sei es, dass die Netze unter anderem automatisch Virenattacken erkennen und ihre Weiterleitung an den Nutzer unterbinden, so die VDI-Nachrichten.

Die Trendaussagen gehen in Richtung mehr Automatisierung. So sollen in Zukunft intelligente Software-Agenten vermehrt Routineaufgaben übernehmen, beispielsweise die Planung und Organisation einer Reise inklusive der nötigen Buchungen. Besonders vorteilhaft sei die Fähigkeit dieser Technik, aus Erfahrung zu lernen und ihr Vorgehen daran anzupassen. „Als buchstäblich lebenswichtiges Anwendungsbeispiel für die Peer-to-Peer-Kommunikation der Zukunft ist die Warnung eines Motorradfahrers vor Aquaplaning durch ein vorausfahrendes Fahrzeug via mobilem Internet denkbar", schreibt die Wirtschaftszeitung.

Bei einigen Zukunftstrends sind die Deutschen führend, zum Beispiel bei automatisierten Sprachdiensten. Deutsche Sprachforschung ist Weltspitze und den amerikanischen Systemen deutlich überlegen, sagte Professor Wahlster im Gespräch mit dem Fachmagazin Teletalk. Deutsches Sprachverständnissystem habe eindeutig das Zeug zu einem Exportartikel, meinte der Forscher, der als international bekannter und anerkannter Experte für Sprachapplikationen gilt und das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz GmbH. Außerdem ist er das einzige deutsche Mitglied im Nobelpreiskomitee der Royal Swedish Academy of Science. Beim so genannten Voice Day am 20. und 21. Oktober 2005 in Bonn wird Wahlster die Laudatio auf die diesjährigen Preisträger halten. Er ist Schirmherr der Initiative Voice Business, die den Kongress ausrichtet. ❐

Fujitsu Siemens Computers und SYNERGIS:

Zukunftsorientierte Kooperation

„Das Ganze muss mehr sein als die Summe der Einzel-komponenten." Unter diesem Motto vereinbarten Fujitsu Siemens Computers GmbH und SYNERGIS Informationssysteme GmbH eine enge Kooperation im Bereich Geoinformationssysteme.

Qualifizierte und perfekt zugeschnittene Systemlösungen aus SYNERGIS Produkten und Fujitsu Siemens Computers Hardwaresystemen bieten den Kunden den entscheidenden Mehrwert einer durchgängigen und skalierbaren IT-Infrastruktur mit explizit aufeinander abgestimmten Komponenten. Systembetreuer und -anwender profitieren dadurch von der höherer Leistungsfähigkeit, den übergreifenden Synergieeffekten bei gleichzeitig geringerem Administrationsaufwand und geringeren Kosten.

Ab sofort steht Kunden von Fujitsu Siemens Computers und SYNERGIS eine gezielte Palette abgestimmter Systemkonfigurationen zur Verfügung, sei es für den mobilen Einsatz, für den normalen Arbeitsplatz oder auch für High-End-Webserverlösungen.

Weitere Informationen sind erhältlich bei:
SYNERGIS Informationssysteme GmbH
Gerbersruhstr. 2; 69168 Wiesloch
Telefon 06222 5731-0; Fax 06222 5731-31
Mail: office@synergis.de; Internet: www.synergis.de ❐

Stadt Ingolstadt:

Geoportal und Bürgerservice mit SYNERGIS WebCity

Die Stadtverwaltung Ingolstadt hat mit SYNERGIS Web-City ein umfassendes, geodatenbasiertes Bürgerserviceportal geschaffen.

Vielfältige Palette an Themen

Aktuell umfasst das Portal die Themen interaktiver Stadtplan, Baustellen, Bauplätze, Parkmöglichkeiten, Museen, Schulen, Kindertageseinrichtungen, Luftbilder, Mobilfunk, Natura2000, Wasserschutzgebiete, Biotopkartierung, Biotoperlebnispark, Schutz- und Hochwassergebiete. Zudem ist der gesamte Bereich der Abfallwirtschaft mit interaktiven Karten abfragbar.

Weitere Themen sind in der Planung. ❐

GIS-Lösungen von SYNERGIS:

Rahmenvertrag mit dem Freistaat Bayern

Vorzugskonditionen für die öffentliche Verwaltung
Kostenfreie GIS-Einstiegslösung „easy4bayern"

Die öffentliche Hand in Bayern kann sich freuen. Wieder einmal beweist der Freistaat Weitblick und Innovation, ermöglicht er doch über den Rahmenvertrag mit der Firma SYNERGIS (Wiesloch, Landshut, Freiburg) seinen öffentlichen Verwaltungen den Zugriff auf eine der leistungsfähigsten GIS-Systemlösungen zu kleinen Preisen.

Nicht nur die äußerst attraktiven Vorzugskonditionen auf SYNERGIS-Produkte oder SYNERGIS-Internetdienste (Hosting) zeichnen diesen Rahmenvertrag aus; auch die Verbreitung und Nutzung von innovativen und kostensenkenden Geoinformationssystemen (GIS) mit hohem Nutzwert sollen maßgeblich vorangetrieben werden. Hierzu wurde vom Freistaat Bayern und SYNERGIS eine kostenfreie GIS-Einstiegslösung - die Sonderedition „easy4bayern" - im Rahmenvertrag verankert. Damit kann jede öffentliche Verwaltung umgehend ohne Softwarekosten, einfach über den Beitritt zum Rahmenvertrag, in die GIS-Technologie einsteigen und die Modernisierung der Verwaltung auf Basis exzellenter Werkzeuge weiter vorantreiben.

Praxisorientierte Funktionalität und Betreuung

In nur fünf Jahren konnte sich SYNERGIS im gesamten Bundesgebiet als einer der führenden GIS-Lösungsanbieter etablieren. Ein perfekter, integrativer und skalierbarer Ansatz, die konsequente Umsetzung praxisorientierter Funktionalität, die umfassende Betreuung durch lokale und regionale Partner schaffen wertvolle Synergien, hohe Nutzwerte und realisieren damit die dringend benötigten wirtschaftlichen GIS-Systemlösungen in der öffentlichen Verwaltung.

Feine Skalierbarkeit

Die feine Skalierbarkeit der SYNERGIS-Lösungen erlaubt einen zielgerichteten Einsatz in jeder Organisationsgröße, von der Kleinkommune über Städte und Landratsämter bis hin zu übergeordneten Verwaltungen.

Reibungsloser Datenfluss

Leistungsfähige Fachsysteme aus den Bereichen Verwaltung, Technik, Planung und Umwelt erlauben einen reibungslosen Datenfluss. Ein breites Angebot an Hostingdiensten ermöglicht eine professionelle GIS-Nutzung über das Internet. ❐

SYNERGIS-Produktgruppen

Um eine breite, fachübergreifende und fachspezifische Nutzung von GIS-Lösungen in den öffentlichen Verwaltungen Bayerns zu ermöglichen, wurden sämtliche Produktlinien von SYNERGIS in den Rahmenvertrag integriert:

- **SYNERGIS GemGIS**
  Desktop- und Weblösung speziell für kleinere Kommunen. Mit zahlreichen Fachmodulen für alle wesentlichen Bereiche der kommunalen Verwaltung sowie fertiger Integrationswerkzeuge beispielsweise Amtliches Liegenschaftsbuch (ALB).
- **SYNERGIS GeoOffice**
  Skalierbare GIS- und Fachlösungen auf Basis von ESRI Aro GIS als einfache Auskunfts- oder Bearbeitungsplätze bis hin zum Profifachsystem. Perfekte Fachwerkzeuge zur direkten Nutzung mit ArcView.
- **SYNERGIS WebOffice**
  Komplett serverbasierte, skalierbare Weblösung für den Einsatz im Intra-, Extra- oder Internet. Leistungsfähige Zusatzmodule wie beispielsweise Web-Editieren, Benutzer- und Rechteverwaltung, Nachweisführung, Dokumentenverwaltung, webbasierte Fachlösungen zu ALB, Kanal, Wasser oder Bauleitplanung erlauben den Aufbau eines modernen Web-Geoinformationssystems.

Entscheidender Mehr- und Nutzwert

- **SYNERGIS WebCity**
  Ob zur einfachen Publikation von GIS-Daten im Internet, zum Aufbau von Bürgerservicelösungen oder zur Realisierung kreisweiter Bürger, Freizeit und Tourismusportale - SYNERGIS WebCity ist in jedem Fall die perfekte Systemumgebung und bietet durch dynamische Kartendienste den entscheidenden Mehr- und Nutzwert.
- **SYNERGIS GeoChange**
  Datenkonverter, Schnittstellen und Integrationswerkzeuge zum einfachen, aber professionellen Einsatz für einen perfekten Datenfluss auch über Organisationsgrenzen hinweg.
- **SYNERGIS Geoserver**
  Für größere Organisationen ist der Aufbau und Betrieb schlagkräftiger Geodatenserver ein zentrales Thema. SYNERGIS Geoserver sind leistungsfähige Serverkomponenten auf Basis ESRI ArcSDE mit hervorragenden Tools für Administration und Datenmanagement. ❐

Microsoft und Stadt Nürnberg:

Partnerschaft für mehr Wirtschaftswachstum

Stadt Nürnberg und Microsoft werden bei Projekten zur Stärkung des Standortes, insbesondere im Bereich Förderung technologischer Innovationen, der Nutzung von IT in der frühkindlichen Erziehung sowie der Aus- und Weiterbildung und bei der Entwicklung von bürgernahen eGovernment-Dienstleistungen zusammenarbeiten. Vorrangiges Ziel der Partnerschaft ist es, gemeinsam nachhaltige Initiativen zu entwickeln und zu fördern, die die technologische Kompetenz der Unternehmen, Bürger und Verwaltung erhöhen, das Potenzial der Region für mehr Wirtschaftswachstum stärken und Arbeitsplätze schaffen.

Drei konkrete Projekte stehen dabei im Vordergrund. Zum einen wird der Software-Anbieter zusammen mit dem Amt für Wirtschaft der Stadt Nürnberg Existenzgründer im IT- und Mediensektor in der Region Nürnberg mit vielfältigen Maßnahmen unterstützen. Zum anderen wird Microsoft mit der Stadt Nürnberg und ihrer Tochter Curiavant Internet GmbH künftig noch enger bei der Entwicklung von interoperablen eGovernment-Lösungen zusammenarbeiten. Darüber hinaus sollen bis zum Juni 2005 mindestens zehn weitere Kindergärten in das Schlaumäuse-Programm zur Förderung der Sprach- und Lesekompetenz im Vorschulalter aufgenommen werden.

„Die Förderung der technologischen Kompetenz von Bürgern und Unternehmen ist ein zentraler Faktor, um das wirtschaftliche Potenzial der Region nachteiligten Gruppen mit Hilfe von Informationstechnologie optimale Bedingungen zum Leben und Arbeiten bieten zu können", betonte Jürgen Gallmann, Vorsitzender der Geschäftsführung Microsoft Deutschland.

Vorreiterrolle

Die Halbmillionenstadt nimmt schon heute eine Vorreiterrolle bei der Nutzung des Internets für eine bürgernahe Verwaltung ein. Diese Position will sie weiter ausbauen und in Zukunft auch verstärkt als Standortfaktor nutzen. Für die Entwicklung innovativer eGovernment-Lösungen wird Microsoft eng mit der Stadt Nürnberg und ihrem eGovernment-Dienstleister Curiavant zusammenarbeiten. Vorgesehen ist unter anderem die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Implementierung von eGovernment-Standards wie OSCI sowie bei der Förderung des Einsatzes digitaler Signaturen, der Technologie-Transfer im Rahmen von Workshops und die gemeinsame Durchführung von Veranstaltungen in Nürnberg.

Standort stärken

„Bildung, Innovation und Informationstechnologie gehören für uns untrennbar zusammen, wenn es darum geht, den Standort Deutschland zu stärken. Deshalb möchten wir innovative Städte und Kommunen wie Nürnberg dabei unterstützen, Bürgern, Unternehmen und be-

Training und Qualifizierung

Für benachteiligte Arbeitslose, insbesondere Jugendliche und Alleinerziehende, wird ein Netzwerk von Trainingsangeboten und Qualifizierungsangeboten geschaffen. Hierfür sollen eine Reihe von Stadtteileinrichtungen zu IT-Bildungszentren ausgebaut werden. Die Stadt Nürnberg wird zusammen mit Microsoft je nach Bedarf Jobtrainingsprogramme entwickeln, zentrale Zertifizierungsstätten für Computerkenntnisse aufbauen oder spezielle Angebote für Jugendliche über die Microsoft-Zertifizierungsplattform Lernscouts.de anbieten.

Zur Unterstützung von Existenzgründern in der Region Nürnberg im IT- und Medienbereich wird Microsoft in Abstimmung mit dem Amt für Wirtschaft unter anderem Gründerworkshops, Coaching von jungen Unternehmern, Gründer-Produktpakete und Support für Entwickler anbieten. Zudem soll die Region bei der Identifizierung zukunftsweisender Technologien und Technologieanwendungen durch Informati-on und Wissensaustausch in ausgewählten Technologiefeldern wie IT-Sicherheit, Automatisierung, Intelligentes Bauen oder der Automobilelektronik unterstützt werden.

Bildungsprogramm „Schlaumäuse"

Kindergärten der Stadt Nürnberg nutzen bereits ein bundesweiten Bildungsprogramm „Schlaumäuse" teil, mit dem der frühkindliche Spracherwerb per Computer gefördert werden soll. Im Rahmen der Kooperation werden nun zehn weitere Kindergärten in das Schlaumäuse-Programm aufgenommen und kostenlos mit Computern und Software ausgerüstet. Microsoft organisiert darüber hinaus Begleitende Workshops zum Einsatz der Schlaumäuse-Software für Eltern, Erzieher und Lehrer.

Mittelfristig sollen auch Kooperationsverbünde zwischen Grundschulen sowie Kinderhorten und nahe gelegenen Kindergärten aufgebaut und für eine Teilnahme am Projekt gewonnen werden. **DK**

Startklick zum Internetportal www.intakt.info durch Ministerialrätin Gisela Deuerlein-Bär (links). An dem gemeinsamen Chat im Eltern-Forum beteiligten sich spontan auch Würzburgs Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann, Intakt-Projektleiterin Hildegard Metzger und die FDK-Vorsitzende der Diözese Würzburg, Uschi Kriener. Text und Foto: wkn

Schnelle Antworten auf drängende Fragen

Internet-Portal für Eltern behinderter Kinder

Würzburg - Eltern von behinderten Kindern werden oft von Rechtsunsicherheit geplagt, finden keine Anlaufstelle, die konzentriert in allen fachlichen Fragen berät und fühlen sich mit ihren Problemen alleingelassen. Hilfe bietet seit mehr als drei Jahren das Modellprojekt „INTAKT" (Information und Kontakt für Eltern von Kindern mit Behinderung) des Familienbundes der Katholiken (FDK) in der Diözese Würzburg. Jetzt wurde das Projekt dank der Förderung durch das Sozialministerium auf ganz Bayern ausgeweitet.

Gisela Deuerlein-Bär, Ministerialrätin im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen, gab den Mouse-Klick zum bayernweiten Start des Internet-Portals www.intakt.info. Wie die Ministerialrätin anmerkte, erfülle das bisher nur in Unterfranken angelaufene Projekt die Anforderungen an ein Eltern-Bildungsprojekt in hervorragender Weise. INTAKT sei niederschwellig angelegt, also einfach zu handhaben, anonym, immer erreichbar und spreche somit jeden Interessierten an und das in einer allgemein verständlichen Sprache.

Direkter Austausch

Über den schnellen Zugriff zu umfassenden Informationen und den Kontakt zu nunmehr 4.300 Anlaufstellen in ganz Bayern hinaus biete es den direkten Austausch mit anderen Betroffenen und die Chance zur Beratung durch Fachleute. Ziel sei eine Vernetzung von Eltern, Schulen und Therapeuten. Deuerlein-Bär dankte allen Projektpartnern, darunter vielen ehrenamtlich Tätigen und Mitarbeitern der Universität Würzburg, für ihr Engagement. Zwei Jahre lang wird ihr Ministerium jeweils 30.000 Euro für eine Halbtags-Fachkraft zur professionellen Betreuung des Internet-Portals investieren.

Große Entlastung

Angestoßen wurde INTAKT bereits im Oktober 2001. Die damalige FDK-Vorsitzende und heutige Würzburger Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann geht davon aus, dass die Hilfe über das Internet den Eltern, oft aber auch den Behörden selbst, große Entlastung bringen kann: „Immer wieder treffen Eltern auf die gleichen Barrieren", weiß Beckmann. Seit Einrichtung der Internetseite seien die Wege für die Betroffenen jedoch kürzer geworden. Darüber hinaus betonte sie den emotionalen Rückhalt, den Menschen sich gegenseitig geben könnten. Als Beispiel erwähnte sie einen dramatischen Fall. So habe sich eine werdende Mutter eines als behindert diagnostizierten Kindes nicht zuletzt auf Grund der dichten Informationen von INTAKT und der großen Anteilnahme und Hilfestellung der Menschen über den Chat-Room für das Kind und gegen eine Abtreibung entschieden. Beckmann geht davon aus, dass INTAKT dazu geeignet ist, den Kommunen in Bayern als Glied in der Kette von Hilfe zur Selbsthilfe der Bürger zu dienen. Dazu müsse das Internet-Portal aber noch deutlich an Bekanntheitsgrad gewinnen.

Aber auch so einfache Fragen wie die nach einem Zahnarzt, der die nötige Geduld für ein behindertes Kind aufbringt, könne kein Ministerium und kein Berufsverband sondern eben nur die Erfahrung anderer Eltern beantworten, fügte die Ministerialrätin an.

Verständliche Aufbereitung

INTAKT bereitet sozialgesetzliche Sachverhalte verständlich auf, gibt Rat und hilft bei häufig auftretenden Problemen, schafft Kontakte zu gewünschten Anlaufstellen und verbindet die verschiedenen Institutionen untereinander und mit der Wissenschaft. Im Chat-Room treffen sich Eltern zum Erfahrungsaustausch; Fachleute können sich dazuschalten. Zuletzt wurden pro Monat mehr als 20.000 Besucher gezählt. Dabei fühlten sich die meisten Eltern schon lange nicht mehr wie auf einer einsamen Insel. Nicht nur mit Menschen aus ganz Bayern und darüber hinaus aus dem ganzen Bundesgebiet, sondern auch aus dem deutschsprachigen Ausland, kam Internet-Kommunikation zustande.

Begeistertes Echo

Zu den regelmäßigen Nutzern gehört auch Dagmar Regh aus Niedernberg bei Aschaffenburg. Sie sei von Anfang an begeistert gewesen, sagt die Mutter eines behinderten Sohnes. Ihr sei klar geworden, dass sie am meisten von anderen betroffenen Eltern und deren Erfahrungen profitieren könne. So habe sie im Chat erstmals gehört, dass Krankenkassen mit bestimmten Windelherstellern Verträge geschlossen haben, die zu deutlichen Kostensenkungen auch in ihrem Fall führen. Mit anderen Betroffenen, die sie über das Internet kennengelernt habe, seien sogar schon gegenseitige Besuche mit Kaffee und Kuchen zustandegekommen, berichtet sie. Seither sei der Chat, ein bis zwei Mal in der Woche, zu einer festen Einrichtung für sie geworden. ❐

Neuer Internetauftritt der Stadt Fürth

Mehr Bürgernähe mit Mit .NET CMS contentXXL

Städte und Kommunen müssen sich auch im Internet modern und bürgernah präsentieren. Mit ihrem Internetauftritt zeigt die Stadt Fürth, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hat, und bietet ihren Bürgern viele neue Funktionalitäten und Services. Dabei setzt Fürth, genau wie die Stadt Erlangen und der Landkreis Roth, auf das zu 100 Prozent auf Microsoft .NET basierte Business Content Management System contentXXL der Nürnberger Kommunikationsagentur portamundi. Die einfache Bedienbarkeit des Systems ermöglichte es dem Webteam der Stadt Fürth, die Website größtenteils in Eigenleistung zu erstellen.

Das Business Content Management System contentXXL ermöglicht den Redakteuren der Stadtverwaltung das Bearbeiten von Inhalten direkt auf der Website. Dabei ist keine Installation zusätzlicher Software nötig. Auch die optische Gestaltung der Website erfolgt völlig eigenständig durch die Stadt Fürth: Dank der einfachen Bedienbarkeit des Systems konnten Internetteam der Stadt nach einer kurzen Schulung die dafür nötigen Vorlagen im System selbstständig erstellen.

Mit contentXXL lassen sich Inhalte wie Artikel, Dokumente, Kontakte oder Links in verschiedenen Kategorien bündeln und ausgeben. Damit ist es dem Besucher möglich, sich den Informationen auf verschiedene Weise zu nähern. Auf einer solchen Kategorienavigation basiert das Herzstück der neuen Fürther Website - der Rathauswegweiser. Über verschiedene Suchfunktionen soll der Bürger sofort erkennen, welche Behörde für sein Anliegen zuständig ist. Das Amter A-Z listet alle Ämter alphabetisch auf. Das ist nützlich wenn man bereits weiß, von welcher Dienststelle man Informationen benötigt. Das Stichwortverzeichnis bietet eine problemorientierte Herangehensweise nach Lebenslagen. Natürlich ist auch eine Volltextsuche möglich. Zudem lässt sich der Veranstaltungskalender nach Veranstaltungsart und Zeitraum durchsuchen.

In der Rubrik „eDienste" bietet www.fuerth.de den Bürgern Formulare zum Download und Online-Anwendungen an. Die Kombination aus Ressourcenmanager und Dokumentmodul von contentXXL macht's möglich. Schnell und komfortabel können die Redakteure damit Downloads bereitstellen. Die Möglichkeit, zu jedem Objekt zusätzliche Schlagworte einzugeben sowie die Indizierung der Inhalte von PDF- oder MS Office-Dokumenten erleichtern dem Nutzer das schnelle Auffinden.

Mit dem Fürther Internetauf tritt stellte portamundi wieder einmal die Erfahrung mit kommunalen Dienstleistungen im Internet unter Beweis und bietet den Kommunen, die contentXXL nutzen, eine Anwendung auf deren Basis eine interkommunale Zusammenarbeit stattfinden kann. Bereits bei der Umsetzung ihrer Mitarbeiterportale konnten die Stadtverwaltungen von Fürth und Erlangen durch den Einsatz von contentXXL und die Zusammenarbeit mit portamundi Synergien nutzen. ❐

Gemeinden erhalten Zugang zu Top-Rechtsdatenbank

Bayerischer Gemeindetag und Verlag C.H. Beck schließen Rahmenvertrag über Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus

Bayerns Gemeinden erhalten Zugang zu einer Top-Rechtsdatenbank. Nördlich unterzeichneten Gemeindetags-Präsident Dr. Uwe Brandl und der Inhaber des Verlags C.H. Beck, Dr. Hans Dieter Beck, einen Rahmenvertrag über die Nutzung des neuen Online-Produktes Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus. Der Verlag C.H. Beck bietet den Mitgliedern des Bayerischen Gemeindetages eine umfassende und regelmäßig aktualisierte Online-Datenbank. 2000 bayerische Gemeinden und alle weiteren Mitglieder des Bayerischen Gemeindetags können ab sofort das Online-Produkt Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus zu Sonderkonditionen nutzen.

Das Modul Beck-KOMMUNALPRAXIS plus ist gezielt auf die Kommunalverwaltung und deren tägliche Arbeit ausgerichtet. Behandelt werden alle praxisrelevanten Rechts- und Arbeitsgebiete der kommunalen Verwaltung, bearbeitet von kompetenten Praktikern aus den zuständigen Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Bayerischen Praxis. Inhaltlich deckt das Werk Bundes-, Landes- und Kommunalrecht - in bestont praxisnahen Kommentaren und Darstellungen - bis in die kleinsten Nischen ab. Beispiele, Muster, Formblätter, Organigramme, Anmerkungen und Verweise und weitere praktische Umsetzungshilfen runden das Produkt ab.

Standardwerk als Basis

Die Basis des neuen Online-Produktes bildet das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk „PRAXIS DER KOMMUNAL-VERWALTUNG", herausgegeben von dem traditionsreichen Kommunal- und Schul-Verlag bzw. Gemeinde- und Schulverlag Bavaria, der seit dem letzten Jahr zur Beck-Gruppe gehört. Diese in zwölf Landesausgaben mit durchschnittlich 28 Bänden erscheinende Printausgabe (mit einem Gesamtvolumen von über 160.000 Seiten) wird nun bei beck-online als länderspezifisches Modul angeboten.

Ergänzungen

In dem neuen elektronischen Fachmodul wird das Standardwerk um weitere Beck'sche Inhalte (Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften, Fachnews, ...) ergänzt. Verfügbar sind schon jetzt die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die weiteren Bundesländer folgen in den nächsten Monaten.

Vielfalt an Information

Speziell das Modul Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus beinhaltet mehr als 36.000 Seiten zu den Rechts- und Arbeitsgebieten in der Kommunalverwaltung, von denen über 16.000 Seiten reine landesspezifische Kommentierungen und Darstellungen sind. Diese Vielfalt fachspezifischer und praxisnaher Informationen ist in fünf Bereiche, namentlich „Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines", „Wirtschaft, Vergabe und Verkehr", „Sicherheit und Ordnung", „Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur" sowie „Bauwesen, Umwelt und Natur" gegliedert.

Verlinkte Inhalte

Die Nutzer haben mit dem neuen Modul jedoch nicht nur Zugriff auf diese Inhalte, sondern zusätzlich auf die umfassende Gesetzessammlung „Becksche Gesetze Digital Bayern" mit Bundes-, Landes- und Europarecht, auf die einschlägige Rechtsprechung, auf die Zeitschriften NVwZ, NVwZ-RR und LKV sowie auf Fachnews zum Verwaltungsrecht. Die Inhalte sind allesamt miteinander verlinkt und können über komfortable Suchmasken zielsicher erfasst werden. Außerdem können die Nutzer in der gesamten Datenbank beck-online „recherchieren, insbesondere im Fachmodul Verwaltungsrecht plus.

Fortlaufende Aktualisierung

Ein besonderer Vorteil des neuen Werkes ist schließlich dessen fortlaufende Aktualisierung und Erweiterung: die Nutzer von „Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus" sind durch ständige Online-Aktualisierungen immer auf dem Laufenden. Damit auch in Zeiten von Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand alle Mitarbeiter Zugriff auf die Informationen haben, kann eine unmittelbare Nutzung gleichzeitig an beliebig vielen Plätzen einer Kommune erfolgen, wobei auch Intranet-Lösungen möglich sind. ❐

Bayerischer Innovationsring:

Doppikgruppe tagte im Landratsamt Mühldorf

Vertreter aus zwölf bayerischen Landkreisen, die dem Bayerischen Innovationsring angehören, trafen sich zur Sitzung der Doppik-Projektgruppe im Landratsamt Mühldorf. Der Landkreis Mühldorf a. Inn ist seit Anfang März 2005 Mitglied des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistages, in dem sich 21 reformfreudige Landkreise aus ganz Bayern zusammengeschlossen haben, um die weitere Modernisierung der Landratsämter tatkräftig anzupacken.

„Wir im Landratsamt Mühldorf sind mit der Einführung des Neuen kommunalen Finanzwesens bereits relativ weit. Anfang nächsten Jahres werden wir ein neues Rechnungslegungssystem, dem zum einen ein Ressourcenverbrauchskonzept zugrunde liegt (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung), und das zum anderen betriebswirtschaftliche Elemente wie Budgetierung, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Controlling und Berichtswesen integriert, einführen", so Reinhard Deinböck, Leiter des Sachgebiets Betriebswirtschaftliches Management und Controlling im Landratsamt.

Auf der Tagesordnung der Doppikprojektgruppe standen vor allem der Informationsaustausch zu Fragen wie Kontenplänen, Bewertungsrichtlinien und Produktkatalogen. Landrat Georg Huber freute sich über die Tagung der Doppik-Projektgruppe in seinem Hause: „Die Mitgliedschaft im Bayerischen Innovationsring ist für den Landkreis Mühldorf eine gute Gelegenheit, einen weiteren Beitrag zu den übergeordneten Zielen Wirtschaftlichkeit und Dienstleistungsorientierung der Verwaltung zu leisten. Wir können uns mit eigenen Ideen einbringen und neue Ideen aus anderen Landkreisen erhalten." Neben der Doppik-Projektgruppe ist der Landkreis Mühldorf a. Inn auch Mitglied in den Projektgruppen eGovernment, interkommunaler Leistungsvergleich, Weiterentwicklung betriebswirtschaftlicher Elemente und Entwicklung eines Organisationsmodells für Landratsämter (Mustergeschäftsverteilungsplan). **DK**

INFOMA® auf der KOMCOM OST 2005:

Komplettlösung newsystem® kommunal

Neue integrierte Module für Kameralistik und Doppik

Auch der letzte Termin der KOMCOM-Trilogie steht bei der INFOMA® Software Consulting GmbH, Ulm, ganz im Zeichen der integrierten Komplettlösung newsystem® kommunal für das Neue Kommunale Finanzwesen. In Leipzig präsentiert der führende Anbieter von Kommunallösungen auf dem Stand B 09 den Besuchern der KOMCOM OST, die am 12. und 13. Oktober stattfindet, das umfassende Leistungsportfolio des spezialisierten Verfahrens für kommunale Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem in newsystem® kommunal vollständig integrierten doppischen Modul Vollstreckung.

Gleichzeitig kündigt das Unternehmen einen neuen Baustein für das kameralistische Rechnungswesen an. In Kürze steht Anwendern der Kameralistik - wie auch im doppischen NKR/NKF-system von newsystem® kommunal angeboten - ein vollständig integriertes Modul für das Liegenschafts- und Gebäudemanagement zur Verfügung.

newsystem® kommunal erweist sich aufgrund seiner modernen und flexiblen Programmarchitektur mit ihren Wahlmöglichkeiten zwischen Kameralistik und Doppik als besonders kunden-, projekt- und lösungsorientiert. Die Anwender können auf ein fertiges und aufgrund der Bandbreite der Lösung zukunftssicheres Produkt zugreifen, das alle kommunalen Anforderungen erfüllt und einen reibungslosen Umstieg auf die Doppik als führende Buchungssystematik gewährleistet.

Mit dem neuen Modul Vollstreckung haben jetzt auch Doppik-Anwender die Möglichkeit der rationellen Verwaltung von Vollstreckungsvorgängen - unabhängig davon, ob ihr Ursprung in newsystem® kommunal, einem Fachverfahren oder einem manuell zu erfassenden Amtshilfeersuchen liegt.

Vollständig in das NKR/NKF-system integriert, bietet das Verfahren die einheitliche Datenhaltung von Finanzwesen und Vollstreckung. Vielfältige weitere Leistungsmerkmale, wie unter anderem ein aktueller Katalog der Vollstreckungsbehörden für die Bearbeitung von Amtshilfeersuchen, ein Maßnahmenkatalog für verwaltungsspezifische Arbeitsabläufe, die Berechnung von Verzugszinsen, Säumniszuschlägen, Gebühren, Auslagen und Vollstreckungskostenpauschalen sowie umfangreiche Online-Statistiken und Auswertungen sorgen für komfortable Arbeitsprozesse in der Vollstreckung. Einer der ersten Anwender des Moduls ist die Samtgemeinde Dannenberg. Die Niedersachsen starteten in der Kernverwaltung Anfang 2004 mit newsystem® kommunal in den doppischen Echtbetrieb und nutzen als Pilotanwender seit 1. Juli 2005 auch erfolgreich die integrierte Vollstreckung.

Ab Ende des Jahres steht das bisher nur in der doppischen Buchungssystematik von newsystem® kommunal vollständig integrierte Modul Liegenschafts- und Gebäudemanagement auch im kameralistischen HKR/HÜL-system zur Verfügung. Mit diesem Baustein erhalten die Verwaltungsbereiche für Liegenschaften und Gebäude effiziente Unterstützung bei der Erledigung der täglichen Arbeiten. Das Modul übernimmt die Verwaltung der Basisdaten (Informationen zu den Liegenschaften und Gebäuden, Stammdaten- sowie Anlagen- und Inventarverwaltung) und bildet alle Prozesse im Rahmen der Bewirtschaftung von Liegenschaften und Gebäuden ab. Damit können Gemeinden, Städte oder Kreise nun auch in der Kameralistik ein einheitliches und durchgängiges Funktions- und Datenmodell nutzen, mit dem Schnittstellenproblematiken oder manueller Abstimmungsaufwand vollständig entfallen. Der einfache Zugriff auf umfassende, konsistente Daten ermöglicht eine durchgängige Belegverfolgung bis hin zum Ursprungsbeleg. Jederzeitige Auskunftsmöglichkeiten sind so garantiert.

Aktuell hat sich bereits die baden-württembergische Stadt Aalen entschieden, ihr Liegenschafts- und Gebäudemanagement in der kameralen Version künftig mit Unterstützung des INFOMA®-Moduls abzuwickeln. ❐

Doppik im Application Service Providing:

Gemeinde Titz entscheidet sich für DATEV

Die nordrhein-westfälische Gemeinde Titz im Kreis Düren stellt auf Doppik um. Besonderheit des Projekts, das seit Januar 2005 läuft: Die Anwendungen des Softwarepakets DATEVkommunal wird Titz im Application Service Providing (ASP) nutzen. Die Gemeinde ist der erste Anwender aus dem kommunalen Umfeld, der sich auf die umfangreiche ASP-Erfahrung der DATEV verlässt.

Den Umstieg auf ein doppisches Rechnungswesen wird die Kommune gemeinsam mit ihrem Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Hans-Jörg Schreiber von der Kanzlei „VBR Dr. Paffen Schreiber & Partner", Aachen, und der Nürnberger DATEV eG vollziehen. Bereits von Januar 2006 an wird Titz kaufmännisch buchen.

Klare Alternative

Für Josef Nußer, Bürgermeister der Gemeinde mit rund 8.900 Einwohnern, ist das ASP-Angebot eine gute Alternative zum Eigenbetrieb von Servern und Software: „Wir benötigen die DATEV-Programme an etwa 20 Arbeitsplätzen zuzüglich eines Servers für die Datenhaltung. Im Rahmen der ASP-Leistung kümmert sich die DATEV darum, diese Systeme alle auf aktuellem und gleichem Stand zu halten." Mit ausschlaggebend war auch, dass Datenschutz und Datensicherheit bei DATEV oberste Priorität haben. Da für DATEVasp ein monatlicher Festbetrag anfällt, sind außerdem die anfallenden Kosten für die Gemeinde präzise kalkulierbar.

DATEVasp enthält als Komplettlösung Dienstleistungen von der Bereitstellung der Server und des Betriebssystems im Nürnberger Rechenzentrum der DATEV bis zum Management der IT-Infrastruktur. Dazu gehören beispielsweise die Wartung und Administration der Server genauso wie das Einspielen der Software-Updates und die Datensicherung. Die PCs in der Gemeinde speichern auf ihren lokalen Laufwerken weder Anwendungen noch Daten. Die von Titz benötigte Hardware steht schon in Nürnberg bereit, auch die DSL-Leitungen zur Kommune sind eingerichtet. Aus Gründen der Lastverteilung und der Ausfallsicherung werden mehrere Server für die Gemeinde betrieben. Derzeit wird die Software des DATEVkommunal-Pakets installiert und eingerichtet.

Kompetentes Team

Im Vorfeld der eigentlichen Umstellung wurde bereits der Produktrahmen für die Gemeinde festgelegt, der Kontenrahmen für die Finanzbuchführung angepasst und die Haushaltsplanung nach doppischen Gesichtspunkten ausgerichtet. Derzeit wird die Anlagenbuchhaltung eingerichtet, so dass zum 1. Januar 2006 die Eröffnungsbilanz der Gemeinde Titz erstellt werden kann. Für diese Aufgaben steht mit den Fachleuten der Gemeinde, der Kanzlei „VBR" und den DATEV-Consultants ein kompetentes Team bereit.

Das Zusammenspiel zwischen Kommune, steuerlichem Berater und DATEV hat sich bereits in anderen Doppik-Projekten bewährt - beispielsweise im nahe gelegenen Brühl. Denn die Kombination von Steuerberater-Fachwissen, verwaltungsrechtlicher Erfahrung der Kommune und methodischer Expertise der DATEV-Consultants bildet eine ideale Basis für einen erfolgreichen Projektverlauf. ❐

komuna Kunden Forum 2005:

Verbindung schafft Erfolg

Das komuna Kunden Forum stand heuer unter dem Motto „Verbindung schaffen - heute für morgen, 10 Jahre komuna". Auch in diesem Jahr war die dreitägige Veranstaltung mit über 400 teilnehmenden Kunden für das Altdorfer EDV-Unternehmen wieder ein großartiger Erfolg.

Den Schwerpunkt bildeten aktuelle Sachthemen, die hochkarätige Referenten beleuchteten. So zeigte Heinz Strobl, Leitender Ministerialrat a.D. und Wegbereiter der IMK-Beschlüsse zum Neuen Kommunalen Finanzwesen NKF, den Zuhörern die Gründe, Hintergründe und Notwendigkeit der Reform auf.

NKF-Einführung

Aus der Praxis und über ihre Erfahrungen bei der Einführung des NKF mit komuna berichteten Bürgermeister Franz Josef Hofstetter und sein Kämmerer Karlheinz Miksch von der Gemeinde Taufkirchen/Vils. Hauptgrund für die Gemeinde, den Finanzbereich gerade jetzt zu reformieren, war, dass der Verwaltungsleitung und der Politik hiermit bessere und aussagekräftigere Informationen zur Verfügung gestellt werden. Laut Hofstetter und Miksch bedeutet dies mehr Transparenz für entsprechende Konsequenzen.

Step by step

Die von der komuna aufgezeigte „Schritt-für-Schritt-Methode" sieht eine bereichsweise Umstellung vor. Neben dem Aufbau einer Anlagenbuchhaltung, der Einrichtung einer Kosten- und Leistungsrechnung und der Anbindung des Referenzmoduls zu CIP-KD ist u. a. die Umstellung auf ein rein doppisches Rechnungssystem und Controlling vorgesehen. Hier gibt es keine Zeitvorgabe, allerdings ist die Umsetzung voraussichtlich 2006/2007 möglich, so die Gemeindevertreter.

Rathausmanagement

Als Gesamtlösung für das zukunftssichere Rathausmanagement ist ramiris konzipiert, wie komuna-Mitarbeiter Ferdinand Beer erläuterte. Durch den modularen Aufbau sei es für alle Verwaltungen jeder Größenordnung schrittweise oder auch nur in Teilen einsetzbar. Die Kommunikation innerhalb der Verwaltung und die Kommunikation nach außen wird wesentlich vereinfacht und die Vorgangsbearbeitung effizienter. Dafür sorgen ein einheitliches Ordnungs-, Organisations- und Ablagesystem. ramiris sei mehr als nur Dokumentenverwaltung und Sitzungsdienst, es stelle ein umfassendes Organisations- und Vorgangsmanagementsystem für die gesamte Verwaltung dar.

Einwohnermeldewesen

Am zweiten Veranstaltungstag war das Einwohnermeldewesen zentrales Kernthema. Dr. Eugen Ehmann, Dozent bei der Bayerischen Verwaltungsschule, zeigte auf, was die Wirtschaft wirklich braucht und schon heute nutzt. Neben der Forderung nach rathausinternen Online-Zugriffen für u. a. Kasse, Steueramt und Standesamt sowie einem verschärften Tempo bei einfachen Auskünften (Zielvereinbarungen mit Mitarbeiterinnen, ausreichende Vertretungsregeln, Auspurzen der Auskunftssperren) wurde der Ruf nach einer konsequenten Einführung von DIGANT, einem Antragsverfahren zur Beantragung von digitalen Personalausweisen, Reisepässen, vorläufigen Personalausweisen und Kinderreisepässen laut.

Technischer Schutz

Klaus Echtle, IT-Leiter des „Konzerns Stadt Gengenbach" in Baden-Württemberg und Matthias Brunner, stellvertretender Leiter des Bürgerbüros der Stadt Hersbruck, berichteten aus der Praxis. Für die Administratoren war durch den Vortrag der Linogate GmbH für Spannung gesorgt. Ein Entwickler zeigte die aktuellen Bedrohungsszenarien und den möglichen technischen Schutz davor auf.

Datensicherheit und Datenschutz

Am dritten Tag standen schließlich Datensicherheit und Datenschutz im Fokus des Interesses. Udo Höhn, Referent beim Bayerischen Datenschutzbeauftragten, präsentierte den interessierten Zuhörern die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für den IT-Betrieb. Stephan Gerhager, Chief Information Security Officer der Audi AG, ließ die Besucher über den „Tellerrand der Verwaltung" schauen. Eindrucksvoll demonstrierte er dem staunenden Publikum, wie einfach viele Webseiten und die dahinter liegenden Datenbanken „angezapft" werden können und wie sich ein Konzern wie Audi davor zu schützen versucht.

„Transparenz für Konsequenz"

Wolfgang Goletz, Leiter der Abteilung Finanzwesen bei der komuna GmbH, zeigte seinerseits den Weg zum Neuen Kommunalen Finanzwesen auf. Kurz und prägnant stellte er dar, dass die Devise „Transparenz für Konsequenz" lauten und das NKF neue Steuerungsmechanismen und Informationssichten für die politisch Verantwortlichen bieten muss. Die Frage des Buchführungsstils, ob kameral oder doppisch, könne nicht länger das Kernthema sein.

Sanfte Umstellung

Anlagenbuchführung, Kostenrechnung, 3-Komponenten-Rechnung und doppische Rechnungs-, bzw. Abschlussbuchungen führte Goletz neben der Erläuterung der dabei bestehenden kameralen bzw. kaufmännischen Sichtweise vor. Deutlich kam dabei zum Ausdruck, dass ein Umstieg auf die neue Welt des kommunalen Finanzwesens von heute auf morgen kaum sinnvoll ist. Hoher Kostenaufwand, organisatorische Probleme, Widerstände des Personals und die Ungewissheit, ob die gesteckten Ziele erreicht werden können, müssten dabei in Kauf genommen werden. Eine sanfte Umstellung mit „Jearning-by-doing", bei der man bereichsweise die Instrumente des Neuen Finanzwesens einsetzt, um damit auch Erkenntnisse und Erfahrungen für weitere Bereiche zu sammeln, ist der Vorschlag der komuna.

Ein „Schreckgespenst"?

Die Einführung des NKF, für viele Kämmerer ein „Schreckgespenst", verliert jegliches Entsetzen, wenn man in erster Linie erst einmal die Verwaltungsleute mit den notwendigen einzusetzenden Mechanismen vertraut macht und die neuen Darstellungsformen für die Politik transparent aufbereitet. „Nur wer Bewährtes und Bekanntes nicht gleichzeitig verliert, lässt sich offen auf Neues und bisher Unbekanntes ein", meinte Goletz.

Viele Jahre wurde nur von Visionen und individuellen Lösungen im Bereich des eGovernments gesprochen, jetzt stellte komuna-Mitarbeiter Marco Vogl zum ersten Mal ein integriertes Gesamtpaket vor, das sowohl dem Bürger als auch der Verwaltung nur Vorteile bringt.

Mehr Effizienz und Bürgernähe

Mit dem neuen Rathaus Service-Portal wird durch optimierte Abläufe ohne Medienbruch vom Bürger bis zur Endanwendung für mehr Effizienz und Bürgernähe gesorgt. Dem Bürger werden damit Dienstleistungen geboten, die in der freien Wirtschaft schon lange üblich sind.

Zu den bekannten „Online-Anwendungen" wie DIGANT, der elektronischen Datenübermittlung und komuna.NET, der universellen Datentransportplattform, kommen jetzt mehr als 40 elektronische Vorgänge wie z. B. Online-Anträge, Meldungen und gerade die arbeitsentlastenden Online-Auskünfte.

Sinnvolles eGov

„So macht eGovernment endlich Sinn," so der Kommentar eines Bürgermeisters, „weil es durch die medienbruchfreie Integration in die Fachverfahren erhebliche Erleichterungen für die Verwaltung bringt und sich bei dem vorgestellten Preismodell sofort amortisiert." **DK**

Über 400 Teilnehmer zählte das komuna Kunden Forum 2005 - Grund zur Freude für das Altdorfer EDV-Unternehmen. ❐

„Lichtenfelser Modell":

KommInfo geht in Betrieb

Ein Kommunales Informationsnetz für seine Städte, Märkte und Gemeinden (kurz: KommInfo) hat der Landkreis Lichtenfels in Betrieb genommen. Ziel dieses neuen Angebotes ist es, die Kommunen schnell und umfassend über aktuelle Fragen und Entwicklungen zu informieren.

So stehen für die Rathäuser jetzt Rundschreiben des Landratsamtes, von Ministerien und Fachbehörden zum Download bereit. Gleichzeitig werden diese Informationen elektronisch archiviert, so dass jederzeit darauf zugegriffen werden kann. Das Kopieren von oft sehr umfänglichen Schriftstücken und das Versenden auf dem normalen Postweg wird damit entbehrlich. Ein weiterer Zusatznutzen besteht darin, dass die umfangreichen Informationen aus dem Intranet des Landratsamtes mitbenutzt werden können.

Kostengünstige Alternative

Alle Fachinformationen für die Rathäuser sind über das Internet mit einem Zugangspasswort abrufbar. Dieses „Lichtenfelser Modell" des Kommunalen Informationsnetzes ist nach dem gegenwärtigen Entwicklungsstand eine kostengünstige Alternative zum Landkreisbehördennetz. Die ersten Planungen im Jahr 2000 für ein Landkreisbehördennetz gingen von Gesamtkosten im sechsstelligen Bereich aus, weshalb der Landkreis, in Absprache mit den Gemeinden, aus Wirtschaftlichkeitsgründen den Aufbau eines gesonderten Landkreisbehördennetzes bisher nicht favorisierte. Ein Großteil des elektronischen Geschäftsverkehrs zwischen Landratsamt und Gemeinden lässt sich auch über das Internet abwickeln. Voraussetzung dafür sind aber einheitliche Sicherheitsstandards, worüber bei der Bürgermeisterdienstbesprechung ebenfalls informiert wurde.

Konkreter Nutzen

Aktuell forciert das Landratsamt die elektronische Abwicklung des Baugenehmigungsverfahrens. Hier erfolgt bereits jetzt die Beteiligung der Fachstellen im Hause mit E-Government-Lösungen, also auf elektronischem Wege. Demnächst soll auch die Einbindung der Gemeinden in dieses Konzept des Landratsamtes erfolgen. Dies hat dann auch einen konkreten Nutzen für den Bürger, da dadurch die Genehmigungszeiten für Bauanträge verkürzt werden können.

„Das Projekt hat Versuchscharakter und wir betreten hier Neuland", so Landrat Reinhard Leutner, der die Gemeinden gleichzeitig aufforderte, von diesem Angebot rege Gebrauch zu machen. „Dies ist zudem eine gute Möglichkeit für die gesamte Kommunalverwaltung, die Effizienz zu erhöhen und gleichzeitig Kosten zu sparen. Dies kommt dann unseren Bürgerinnen und Bürgern auch indirekt zu Gute, da wir damit die Verwaltungskosten in diesem Bereich senken können", erklärte Leutner abschließend. **DK**

Ratgeber von Microsoft zu NKF

Unter dem Titel „Neues Kommunales Finanzwesen - Ratgeber für den erfolgreichen Umstieg" gibt Microsoft einen kostenlosen Ratgeber zum Umstieg von der kameralen auf die doppische Buchführung heraus. Der Ratgeber beleuchtet auf 80 Seiten die Grundlagen des Reformkonzepts, gibt Tipps zum Projekt- und Changemanagement und stellt erfolgreiche Referenzprojekte vor. Der Ratgeber kann kostenlos unter www.microsoft.com/germany/government/nkf.mspx bestellt werden. ❐

IT-Beschaffung in Behörden:

Langfristig planen und operativ flexibel agieren

Comprendium Leasing: Rechtsgutachten bescheinigt vergaberechtliche Durchführbarkeit des neuen Finanzierungsangebotes ComSelect

Öffentliche Institutionen haben es nicht leicht: Zum einen steht mit den zahlreichen E-Government Initiativen eine regelrechte administrative Revolution ins Haus, zum anderen unterliegt die Beschaffung den allgemeinen Richtlinien für den Erwerb von Waren, Bau- und Dienstleistungen. Und genau hier liegt das Problem: Die Anforderungen an die IT-Infrastruktur ändern sich momentan so schnell, dass die herkömmlichen Nutzungsprofile in Ausschreibungen der Entwicklung nicht gerecht werden können.

So erfordert die Umstellung der Systeme aufgrund rechtlicher Vorgaben - wie zum Beispiel das Online-Handelsregister - weitaus mehr Rechnerleistung als momentan vorhanden ist. Die Vorgabe bei öffentlichen Ausschreibungen, an denen jeder Anbieter teilnehmen kann, orientiert sich allerdings ausschließlich am Endpreis und nicht an den tatsächlich enthaltenen Leistungen und Optionen. Deshalb bieten sich Verhandlungsverfahren an, um im Gespräch nicht nur den Wert der Investition, sondern auch die Rahmenbedingungen zu erörtern.

www.kommunalia.de:

Portal für interkommunalen Handel mit Verkehrszeichen und Stadtmöbeln

In fast allen deutschen Städten und Gemeinden werden immer wieder Änderungen bei der Straßenbeschilderung vorgenommen, z. B. wegen Änderung von Vorfahrtsregelungen, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Ersatz von Ampeln durch Kreisverkehre, Änderungen bei Halte- und Parkverboten usw. Dabei müssen die Kommunen für ein paar tausend Euro Verkehrszeichen einkaufen. Bei Teilnahme an der ADAC-Initiative „Schilderwald" werden überflüssige Verkehrszeichen abgebaut.

Die Kehrseite der Medaille: Bei solchen Um- bzw. Abbaumaßnahmen bleiben oft große Mengen von Verkehrszeichen, Parkuhren und Stadtmöbeln übrig. Sogar komplette Ampelanlagen, Parkautomaten usw. stapeln sich in deutschen Bauhöfen. Daher handelt es sich oft um erhebliche Werte. Verkehrszeichen und Stadtmöbel sind für die Einlagerung zu schade. Vor allem, wenn sie noch in einwandfreiem Zustand sind und auf absehbare Zeit in der Kommune voraussichtlich keine Verwendung mehr finden werden.

Innovative Dienstleistung

Genau hier setzt eine völlig neue, sehr innovative Dienstleistung der Fa. Kommunalia an, die es bisher in dieser Form nicht gibt. Unter www.kommunalia.de können Kommunen ihre Artikel in einer Datenbank zum Verkauf anbieten und so zusätzliche Einnahmen für die oft leeren Gemeindekassen erzielen. Umgekehrt können auch Gesuche eingestellt werden, ob nicht andere Kommunen die gewünschten Artikel anbieten können. Die Anzeigen in der Datenbank sind im Internet für jedermann zugänglich. Die Abwicklung des Handels erfolgt direkt zwischen den beteiligten Kommunen, sie kennen also ihre Handelspartner bei Geschäftsabschluss.

Genügend Interessenten

Interessenten für einen vergünstigten Einkauf sind genügend vorhanden. Als Käufer dieser Artikel kommen neben Kommunen auch Straßenmeistereien, Baufirmen, Straßenbaufirmen, Speditionen, Autokranfirmen oder Firmen mit großen Werksgeländen in Betracht. Das Problem ist nur, wie findet man einen Käufer oder Verkäufer? Bisher bestand für diese Artikel praktisch kein Markt.

Geringe Jahresgebühr

Wie kann man bei Kommunalia mitmachen? Kommunen, die Inserate in diese Datenbank einstellen wollen, schließen gegen eine geringe Jahresgebühr (ab 19 Euro) einen Abonnentenvertrag ab. Nach der Freischaltung für die Datenbank können die Abonnenten via Internet beliebig viele Inserate (Angebote und Gesuche) unbefristet in die vorgegebenen Rubriken der Datenbank einstellen. Bei Bedarf können die Inserate jederzeit geändert (z. B. Mengenanpassung nach Teilverkäufen) bzw. nach Verkauf der Artikel wieder gelöscht werden. Alle Eingaben sind sofort im Internet aktuell abfragbar.

Vorteile liegen auf der Hand

Dieses neue Angebot hat klare Vorteile für Käufer und Verkäufer, in der Regel Kommunen, die eigentlich alle über knappe Finanzmittel klagen:

- die Verkäufer erzielen zusätzliche Einnahmen, wenn sie ihr „totes Kapital" in bare Münzen umwandeln können und gewinnen durch den Verkauf auch noch freie Lagerflächen
- für die Käufer bietet sich eine verbilligte Einkaufsmöglichkeit gegenüber dem Einkauf neuer Artikel direkt beim Händler und damit schonen sie ihr Einkaufsbudget.
- Stets aktueller Stand der Datenbank im Internet, auch im Interesse der Abonnenten. Erfassung, Änderung und Löschung der Inserate direkt durch den Abonnenten im Internet möglich.
- Die Artikel werden nicht unter Wert verkauft, da der Verkäufer die Preise vorgibt. Es handelt sich um keine Versteigerung.
- Die Inserate sind zeitlich nicht befristet.
- Klarer Aufbau der Datenbank, einfache Bedienung und mit umfangreichen Suchfunktionen kann gezielt nach einem bestimmten Verkehrszeichen gesucht oder die Suche zusätzlich nach Postleitzahl-Bereichen regional beschränkt werden.
- Die Jahresgebühr hat sich durch die zusätzlichen Einnahmen bzw. die erzielte Ersparnis bereits nach wenigen Artikeln amortisiert. Außer der Jahresgebühr fallen keine weiteren Kosten an.
- Zusätzlich können auch Fotos bei den Inseraten mit aufgenommen werden, auch dies ohne weitere Kosten.

Erste Verkäufe

Das Angebot unter www.kommunalia.de wird oft mit ebay verglichen, aber genau die oben beschriebenen Vorteile bietet ebay nicht. Kurz nach dem Start von Kommunalia sind schon eine Reihe von Inseraten mit einigen hundert Verkehrszeichen in der Datenbank enthalten und es sind auch schon die ersten Verkäufe erfolgt. Mit zunehmendem Bekanntheitsgrad wird die Anzahl der Inserate und die Vielfalt der angebotenen Artikel wachsen, ist Geschäftsführer Bernhard Asemann überzeugt. www.kommunalia.de soll die preisgünstige Alternative vor dem Neukauf beim Händler werden. Schließlich ist es auch ein Beitrag zum Umweltschutz und zur Schonung unserer Rohstoffe (Agenda 21), wenn nicht mehr benötigte Verkehrszeichen und Stadtmöbel in anderen Kommunen weiterverwendet werden. ❐

Publikation zum Dienstleistungscontrolling

Das Buch „Dienstleistungscontrolling - Liquidität sichern, Effizienz steigern, Kosten senken" von Professor Dr. Anna Nagel und Diplomkauffrau Verena Rath ist im Haufe Verlag erschienen und von zwei Fach-Frauen geschrieben, die ihre Anleihen recht deutlich aus dem Management von privatwirtschaftlichen Unternehmen genommen haben.

Gerade deshalb ist die Publikation aber interessant, denn sie stellt wieder einmal deutlich dar, wie sehr sich der Dienstleistungssektor in den vergangenen Jahren gewandelt hat, wie sehr er die modernen Instrumente der Steuerung, also des Controllings, ursprünglich überwiegend in der Industrie angewandt, übernommen hat. Das wurde auch Zeit, denn in vielen Dienstleistungsunternehmen wird heute beispielsweise noch das Qualitätsmanagement als störender Faktor gesehen.

Im Vordergrund des Buches steht aber deutlich die Strategie, den Kunden, also unsere Mitbürger, zufrieden zu stellen. Ein sehr empfehlenswertes Buch für jeden Mitarbeiter im kommunalen Bereich. **Klaus Jamin**

Individuelle Ausrichtung

Comprendium Leasing (Deutschland), ein Unternehmen der Comprendium Financial Services Gruppe, hat sein neues Finanzierungsprodukt ComSelect speziell an den Erfordernissen von Behörden ausgerichtet. Es ist weit mehr als reines Leasing: Der gesamte Bedarf an IT-Investitionen wird individuell ermittelt und auf der Basis der neuen, flexiblen Finanzierungsmodelle ermöglicht. Dabei wird der komplette IT-Life Cycle Prozess vom Bestell- und Bestandsmanagement bis zur Rückführung abgedeckt. Insbesondere die Re-Invest-Option kommt dem schnellen Wandel entgegen: Innerhalb des Finanzierungsrahmens und der Laufzeit können Tausch- und Neu-Anschaffungen unabhängig von dem ersten Gerät getätigt werden. So ist es zum Beispiel möglich, einen PC in ein Notebook zu „verwandeln", ohne dass sich der ursprüngliche Vertrag ändert.

Besondere Eignung

Ein Rechtsgutachten bestätigte nun die besondere vergaberechtliche Eignung von ComSelect für die Finanzierung von IT in öffentlichen Einrichtungen. Rechtsanwältin Andrea Kullack von der Kanzlei kullackrechtsanwälte aus Frankfurt am Main untersuchte ComSelect jenseits der Marketingversprechen. Was genau steckt hinter den Aussagen im Vertrag? Welche Konsequenzen sind damit für die Ausschreibenden verbunden? In einem Gespräch erläuterte Rechtsanwältin Kullack das Gutachten genauer.

Frau Kullack, Sie sind Expertin auf dem Gebiet der Ausschreibungen. Was sind aus Ihrer Sicht die Besonderheiten bei IT-Investitionen in öffentlichen Einrichtungen? Welche Aspekte müssen dabei besonders beachtet werden?

Kullack: *Die Soft- und Hardware unterliegt einem rasanten technologischen Wandel. Der Austausch der Produkte hat aus technologischer Sicht unter Umständen schneller zu erfolgen, als die normale Abschreibungszeit dauert. Wenn sich die Verträge in Behörden nicht daran orientieren, leidet die Flexibilität und Qualität der Arbeitsplätze. Die Konsequenz für die Beschaffung ist eine angepasste Ausschreibung, die einen flexiblen Austausch der Produkte ermöglicht: Da die Art und der Umfang vor der Vergabe nicht eindeutig festgelegt werden können, bietet sich das Verhandlungsverfahren an.*

Wenn die Entscheidung für ComSelect gefallen ist, wird innerhalb der Laufzeit die IT-Infrastruktur angepasst. Wie wirken sich Neuanschaffungen auf den bestehenden Vertrag aus?

Kullack: *Die Austauschoption beginnt ein halbes Jahr nach Vertragsbeginn. So wird die vorhandene IT-Struktur nach Belieben des Auftraggebers durch Neuanschaffungen ausgebaut und zum Bestandteil des bestehenden Vertrages gemacht. Bei dieser Möglichkeit handelt es sich gerade um das vorteilhafte flexible Element des ComSelect-Modells. Wird der ursprünglich ausgeschriebene Finanzierungsrahmen innerhalb der ReInvest-Option nicht überschritten, ist eine erneute Ausschreibung nicht notwendig. Ein Unterschied besteht allerdings bei Investitionen, die den ursprünglichen Rahmen überschreiten. In diesem Fall müssen die Neuanschaffungen wiederum ausgeschrieben werden. Auch eine Erhöhung des Austauschvolumens - der ReInvest-Option - erfordert ein neues Vergabeverfahren.*

Muss eine Vertragsverlängerung ebenfalls ausgeschrieben werden?

Kullack: *Prinzipiell müssen Vertragsverlängerungen erneut ausgeschrieben werden, da das automatische Weiterlaufen dem Wettbewerbsrecht widerspricht. Es gibt jedoch eine Ausnahme: Ist die Verlängerung bereits im ersten Vertrag berücksichtigt, entfällt die erneute Ausschreibung. Damit erhält die Behörde mehr Flexibilität und Verhandlungsspielraum. Hinzu kommt, dass der Abschluss von Finanzierungsverträgen über einen längeren Zeitraum durchaus üblich ist, so dass einer Verlängerung grundsätzlich keine vergaberechtlichen Bedenken entgegenstehen. Um aber nicht dem Vergaberecht zu widersprechen, ist eine maximale Laufzeit zu vereinbaren.*

Wie kann eine Vertragsverlängerung bereits bei der Ausschreibung angekündigt werden?

Kullack: *Die Option zur Vertragsverlängerung muss bei Abschluss bereits enthalten sein und kann nicht nachträglich eingefügt werden. Für eine Formulierung in der Ausschreibung kommt zum Beispiel folgendes in Frage: „Die Auftraggeberin hat die Möglichkeit den Vertrag durch einseitige schriftliche Erklärung bis 2 Monate vor Vertragsablauf um weitere .... Monate zu verlängern."*

Im Ergebnis kann ich somit festhalten: Der Ausschreibung und insbesondere der Beauftragung der Leistungen des ComSelect-Modells durch einen öffentlichen Auftraggeber stehen keine vergaberechtlichen Bedenken entgegen.

Vielen Dank für das Ge-

Das LRA Starnberg investiert in EDV, Telefon-Software und Organisation:

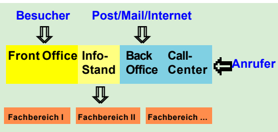
Bürgerservice liegt bundesweit an der Spitze

Von Heinrich Frey, Landrat des Landkreises Starnberg und Hermann Schurz, i-SYS Unternehmensberatung

Eine wirklich innovative Umsetzung des Begriffes „Bürgernähe“ können die Einwohner des Landkreises Starnberg in Bayern seit dem 6. Mai 2005 erleben, wenn sie eine von mehr als 50 Dienstleistungen ihres Landratsamtes in Anspruch nehmen. Das von i-SYS gemeinsam mit einer siebenköpfigen Projektgruppe des Landratsamtes entwickelte Konzept basiert auf den Bedürfnissen der nutzenden Bürger, einer Analyse der Verkehrsströme und den Erfahrungen der Beschäftigten des Landratsamtes.

Durch die Berücksichtigung der Vorschläge und Wünsche aller Beteiligten wurde ein Konzept mit hohem Nutzen für Bürgerinnen und Bürger, die Mitarbeiter und die Behörde selbst realisiert:

- Erweiterte Öffnungszeiten
- Deutlich verbesserte telefonische Erreichbarkeit
- Entlastung der Fachabteilungen des Landratsamtes Starnberg
- Umsetzung eines kompetenzorientierten Mitarbeiterkonzeptes
- Kostengünstigere Abläufe durch vertikale Integration von Dienstleistungen.



Inwieweit ein zentrales Bürgerservice-Büro die optimale Lösung ist, hängt von den Ergebnissen der Organisationsuntersuchung ab. Jede Landkreisverwaltung hat ihre individuellen Besonderheiten. Weitere Organisationsformen sind:

- **Dezentraler Bürgerservice mit identischen Service-Angeboten;**
- **Mischformen mit unterschiedlichen Service-Angeboten; Bürgerservice mit Zentralstandort und Nebenstellen; Dezentraler Bürgerservice mit unterschiedlichen Service-Angeboten; Verlagerung von Bürgerservices auf Gemeindebehörden (interkommunale Zusammenarbeit)**
- **Betrieb des Call-Centers am Zentralstandort oder dezentral.**

Der Bürger im Mittelpunkt

Die Bedürfnisse der Bürger wurden zunächst durch eine telefonische Befragung ermittelt. Dabei wurde vor allem der Wunsch nach längeren Öffnungszeiten deutlich. Auch die Möglichkeit, das Landratsamt auf unterschiedlichen Wegen kontaktieren zu können, hatte bei den Befragten eine hohe Priorität. Neben dem persönlichen Aufsuchen des Landsratsamtes wollten die Bürger ihre Anfragen ebenfalls telefonisch und schriftlich, aber immer häufiger auch per EMail oder über das Internet zur Bearbeitung weitergeben. Die Bürger machten auch Vorschläge zur Verbesserung der Abläufe oder gaben ihre Wünsche nach weiteren Serviceleistungen an. Äußerst positiv wurde von den Befragten im Landkreis aufgenommen, dass das Landratsamt Optimierungen nicht nur von „innen nach außen“ vornimmt, sondern die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Verbesserung seines Dienstleistungsangebotes einbezieht.

Nach der Kundenbefragung wurde die Häufigkeit der Vorgänge pro Wochentag, die Verteilung im Tagesverlauf und der Bearbeitungsaufwand je Dienstleistung ermittelt, um die exakte Berechnung der Stellenanteile und Mitarbeiteranzahl des neuen Bürgerservices durchführen zu können. Der häufig genutzte Kommunikationskanal ‚Telefon’ wurde besonders eingehend analysiert, eine Verkehrsmessung der eingehenden telefonischen Anfragen beim örtlichen Telekom-Dienstleister in Auftrag gegeben. Die Prozessanalysen in der Behörde erfolgten mittels Primär- und Sekundärerhebungen sowie einer darauf aufbauenden Prozessmodellierung. Vor allem diejenigen Mitarbeiter, die viel Erfahrung im Umgang mit

Heinrich Frey.

dem Bürger und seinen Anliegen haben, lieferten hierzu wertvolle Informationen und Anregungen.

Erfahrungen der Mitarbeiter wurden berücksichtigt

Im Rahmen der Prozessanalysen wurden Reibungspunkte und - größtenteils historisch gewachsene - Schwachstellen aufgedeckt. Bereits zum Start der neuen Bürgerservice-Einrichtung wurden die vom Bürger überdurchschnittlich häufig abgerufenen Dienstleistungen rund ums Auto optimiert. Gleiches gilt für bargeldlose Bezahlvorgänge, die nun direkt am Arbeitsplatz der Mitarbeiter erledigt werden können, damit eine zügige fallabschließende Bearbeitung garantieren und vor allem unnötige Wege im Hause ersparen.

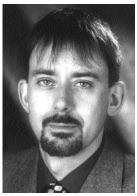
Mit Best-Practice-Vergleichen zur optimalen Lösung

Mit Hilfe der im ersten Konzeptschritt erarbeiteten Daten konnte nun die Entscheidung über die optimale Organisation des Bürgerservices erfolgen. Dem Aufbau einer speziellen Bürgerservice-Einrichtung stand als Alternative die Entwicklung des gesamten Landratsamtes zu einer „großen Bürgerservice-Einrichtung“ gegenüber. Um die mit dem Projekt verbundenen Zielsetzungen zügig erreichen zu können, fiel die Abwägung bei der Alternativen eindeutig aus. Die Anforderung nach vermehrter Entlastung der Spezialisten in den Fachabteilungen war von hoher Bedeutung. Ihr konnte nur durch eine vorgelagerte Organisationseinheit mit Generalisten Rechnung getragen werden. Eine eigene Bürgerservice- Einrichtung, die sämtliche bürgernahen Abläufe vertikal integriert, war daher die optimale Organisationsform. Darüber hinaus wäre bei der das gesamte Landratsamt umfassenden Lösung der Schulungsaufwand für alle 330 Beschäftigten enorm gewesen.

Die speziell auf den Tätigkeitsbereich der Bürgerservice-Einrichtung abgestimmten Maßnahmen zur Personalauswahl, Teambildung und Personalentwicklung konnten dagegen in weniger als vier Monaten abgeschlossen werden. Zur Abrundung des Konzepts tauschte die Projektgruppe auch Erfahrungen mit anderen Behörden aus. So wurden der Bürgerservice der Stadt Schweinfurt und die Bürgerservice-Einrichtungen der Landkreise Soest und Harburg besucht.

Technische Innovationen als Grundlage für leistungsfähigen Bürgerservice

Für die drei Teilorganisationseinheiten der neuen Bürgerservice-Einrichtung - Front-Office, Back-Office und Call-Center - wurden moderne Informations- und Kommunikationstechnologien beschafft, um die ablaufseitig optimierten Prozesse noch besser zu unterstützen. Hierzu zählen ein Anruf-Verteil-System (ACD) für das Call-Center, eine mit allen Geschäftsbereichen des Landratsamtes vernetzte Wissensdatenbank, ein System für die Personaleinsatzplanung und ein integriertes Controlling-System zur Messung der Servicequalität sowie zur stetigen Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Bürgerservice-Einrichtung.



Hermann Schurz.

ACD-System

Mit dem Einsatz eines ACD-Systems, das eingehende Anrufe zügig auf die Mitarbeiter des neugeschaffenen Call-Centers verteilt, beschritt das Landratsamt Starnberg vollkommen neue Wege. Im Gegensatz zu früher werden Anrufer nicht mehr in einer Warteschleife geparkt und danach lediglich weitervermittelt. Die Mitarbeiter des Call-Centers erkennen vielmehr bereits bei der Entgegennahme des Anrufs, welche Rufnummer der Anrufer gewählt hat: Die Vermittlung des Landratsamtes, eine spezielle Bürgerservice- Rufnummer oder die der früheren Kfz-Zulassung.

Der Anrufer wird freundlich begrüßt und nach seinem Anliegen befragt. In den meisten Fällen können die Anliegen - häufig unter Zuhilfenahme der Wissensdatenbank - sofort und abschließend beantwortet werden. Bei Bedarf vermitteln die Beschäftigten den Anrufer qualifiziert, das heisst unter Nennung seines Namens und einer kurzen Beschreibung seines Anliegens, an nachgelagerte Fachabteilungen. Sollten diese nicht erreichbar sein, wird eine elektronische Anrufnotiz erstellt und der Rückruf der Fachabteilung veranlasst. Nimmt die Zahl der eingehenden Anrufe zu und kommt es ausnahmsweise zu Wartezeiten, wird dies sowohl den Mitarbeitern am Telefon als auch dem Call-Center-Supervisor signalisiert. Dieser kann bei Bedarf weitere Mitarbeiter zuschalten.

Die Beschäftigten sind in der Lage, bereits bei Entgegennahme des Anrufs die Wartezeit anzusprechen und damit den Kontakt zum Anrufer von Beginn an aktiv und positiv zu beeinflussen. Sämtliche Arbeitsplätze sind mit Headsets ausgestattet, so dass die Mitarbeiter des Call-Centers parallel zur Bearbeitung eines Anrufs in der Wissensdatenbank recherchieren können. Nach Beendigung eines Telefonats wird der Anrufinhalt in der Wissensdatenbank statistisch erfasst.

Effizienzsteigerung

In Kombination mit sehr umfangreichen statistischen Auswertungsmöglichkeiten des ACD-Systems, die Rückschlüsse auf anrufstarke und -schwache Zeiten, Warte- und Gesprächszeiten sowie die Anzahl der täglich eingehenden Anrufe ermöglichen, können die definierten Servicegarantien damit taggenau überprüft werden. Darüber hinaus wird auf dieser Grundlage der Personaleinsatz kontinuierlich an die erwartete Anrufsituation angepasst. So verwundert es nicht, dass die Effizienz signifikant gesteigert werden konnte und Prozesskosten reduziert wurden. Der telefonische Kontakt zum Bürger wird konsequent für die Darstellung der Serviceorientierung genutzt.

Ideen- und Beschwerdemanagement

i-SYS hat bei der Entwicklung des Starnberger „Bürgerservice-Konzeptes“ einen deutlichen Schwerpunkt auf innovative Aspekte der Kundenorientierung gelegt. So wurde zum Beispiel mit Start der Bürgerservice-Einrichtung ein Ideen- und Beschwerdemanagement eingeführt, das vom Leiter der Bürgerservice-Einrichtung betreut wird. Die Einrichtung fungiert damit als zentrale Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger mit Anregungen, Wünschen und Beschwerden.

Raumkonzept

Durch die Entscheidung für eine eigene Bürgerservice-Einrichtung war es notwendig, entsprechende Räumlichkeiten zu schaffen. Im Zuge einer dreimonatigen Umbauphase wurden in den Räumen der ehemaligen Kfz- Zulassungsstelle eine zentrale Informationsstelle und zehn flexibel nutzbare Arbeitsplätze geschaffen, an denen jeder Mitarbeiter das volle Dienstleistungsspektrum der Bürgerservice-Einrichtung anbieten kann. Die einzelnen Arbeitsplätze werden in einem rollierenden System optimal genutzt.

Die Einwohner des Landkreises Starnberg können mehr als 50 Dienstleistungen ihres Landratsamtes in Anspruch nehmen.

Erweiterte Öffnungszeiten, hohe Erreichbarkeit

Der Bürgerservice des Landratsamtes Starnberg jetzt von Montag bis Donnerstag zwischen 7 und 18 Uhr und freitags zwischen 7 und 16 Uhr geöffnet. In dieser Zeit sind achtzehn speziell geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter telefonisch und persönlich für die Bürger erreichbar. Via Internet und E-Mail können Anfragen rund um die Uhr abgegeben werden. Eine schnelle Reaktionszeit ist dank des rollierenden Personaleinsatzsystems garantiert, da eingehende Anrufe und Mails automatisch dorthin verteilt werden, wo freie Kapazitäten bestehen.

Entlastung durch Generalisten, Erhöhung der Servicequalität

Beim Besucherverkehr in den Fachabteilungen gab es in der Vergangenheit bisweilen Verbesserungsbedarf sowohl auf Bürger- als auch auf Mitarbeiterseite. Das neue Bürgerservice-Konzept sieht fachübergreifend ausgebildete Mitarbeiter für den Bürgerkontakt vor. Die Spezialisten können ihre Aufgaben, für die besondere Kenntnisse erforderlich sind, in den Fachabteilungen erledigen. Diese Entlastung wird ermöglicht durch die vertikale Integration der Abläufe im Bürgerservice. Im Ergebnis führt dies zu einer erheblichen Steigerung der Servicequalität und Kundenorientierung, da die Vorgänge jetzt schneller, sicherer und freundlicher bearbeitet werden.

Umsetzung eines kompetenzenorientierten Mitarbeiterkonzepts

Die Mitarbeiter für den Kundenkontakt wurden nach einem kompetenzenorientierten Verfahren ausgewählt. Dabei waren die Fähigkeiten und das Interesse am Umgang mit den Bürgern als auch das Fachwissen die Auswahlkriterien. Durch Schulungen wurden die Mitarbeiter des Bürgerservice als kundenorientierte Generalisten qualifiziert. Mittels spezieller Coaching- Maßnahmen werden die Beschäftigen der Bürgerservice-Einrichtung auch weiterhin betreut.

Mit Eröffnung erste Erfolge

Die telefonische Erreichbarkeit des Landratsamtes wurde binnen der ersten vier Wochen nach Aufnahme des Betriebs bereits um 20 Prozentpunkte auf über 90 % gesteigert, die Wartezeiten für Besucher verkürzt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurden bis Ende Juli 2005 ca. 10 % mehr Dienstleistungen rund ums Kfz erbracht und damit signifikante Mehreinnahmen erwirtschaftet.

Weitere Informationen: berlin@i-SYSBeratung.de oder hermann.schurz@i-SYSBeratung.de Internet: www.i-SYS-Beratung.de Landrat Heinrich Frey Hermann Schurz, i-SYS Unternehmensberatung. ❐

Zum Tode von Reinhold Macho:

Beherzter Kämpfer und Visionär

„Verkörperung der deutsch-tschechischen Versöhnung"

Trauer und Bestürzung in der kommunalen Familie herrscht über das plötzliche Ableben von Reinhold Macho, Bürgermeister im oberpfälzischen Furth im Wald. Der 63-jährige CSU-Politiker hatte die Geschicke der Stadt im Landkreis Cham seit 1984 mit großem Einsatz und Erfolg gelenkt. Vor seiner Tätigkeit als Rathauschef war Macho in der Zentrale der Siemens AG in München im Bereich Information und Gesellschaftspolitik tätig.

1942 in Obermoldau (Bohmerwald) geboren, begann der Verstorbene seine politische Arbeit mit dem Eintritt in die CSU 1960. Von 1972 bis 1984 war er Mitglied des Stadtrats und Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion. 1984 wurde Macho erstmals in den Chamer Kreistag gewählt, dem er bis zuletzt angehörte. Aufgrund seiner großen kommunalpolitischen Erfahrung hatten ihn die Bürgermeister der Städte der Oberpfalz 1990 zu ihrem Vorsitzenden im Bayerischen Städtetag bestimmt. Seit sechs Jahren gehörte Macho zudem dem Vorstand des Bayerischen Städtetages an, darüber hinaus dem Landesvorstand der KPV. Auch hier vermochte er, wie KPV-Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun, betonte, wertvolle Akzente zu setzen.

Reinhold Macho† ❐

Bewegende Trauerfeier

In einer bewegenden Trauerfeier würdigten Politiker und Freunde die Persönlichkeit des beliebten Politikers, der nicht nur Rathauschef einer kleinen Grenzstadt war, sondern sich auch als couragierter Kämpfer für eine deutsch-tschechische Zukunft, für ein vereintes Europa, einsetzte. So initiierte er eine Partnerschaft mit vier Städten in Frankreich, Österreich, Deutschland und Tschechien.

Den politischen Visionär Reinhold Macho würdigte der Regensburger Oberbürgermeister und Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Hans Schaidinger, wie folgt: „Wenn man an ihn denkt, weiß man, wie es sen, der sich niemandem unterordnen wollte: „Die Interessen seiner Stadt kannen zuerst." Dr. Klaus Rose, CSU-Bundestagsabgeordneter und Ehrenpräsident der Deutsch-Tschechischen und -Slowakischen Gesellschaft, betonte: „Der Verstorbene hat es geschafft, mit Sachlichkeit Grenzen zu überwinden. Und das bereits zu einer Zeit, als sich viele noch nicht trauten, über die Grenze hinweg zu arbeiten."

ist, wenn jemand über den Tag hinaus denken kann, das Herz in die Hand nimmt und sich engagiert für etwas, was andere nicht einmal für möglich hielten." Macho sei ein Mensch gewesen, sich niemandem unterordnen wollte: „Die Interessen seiner Stadt kamen zuerst." Dr. Klaus Rose, CSU-Bundestagsabgeordneter und Ehrenpräsident der Deutsch-Tschechischen und -Slowakischen Gesellschaft, betonte: „Der Verstorbene hat es geschafft, mit Sachlichkeit Grenzen zu überwinden. Und das bereits zu einer Zeit, als sich viele noch nicht trauten, über die Grenze hinweg zu arbeiten."

„Unfassbarer Verlust"

Als „unfassbaren Verlust" bezeichnete denn auch Jan Latka, Bürgermeister von Domazlice (Tschechien), das Ableben dieses „großen Symbols für die Entwicklung der partnerschaftlichen Beziehungen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit". Exemplarisch stünden hierfür die bereits seit 15 Jahren andauernde Partnerschaft der Gemeinden Furth im Wald und Domazlice wie auch die exzellente Zusammenarbeit mit weiteren Gemeinden des Partnervierecks - das österreichische Furth bei Göttweig und das französische Ludres. Nicht nur wegen den sorgfältig gepflegten Kontakten der Partnergemeinden, sondern vor allem Dank des herzlichen, aufrichtigen und freundschaftlichen Auftretens Reinhold Machos hätten in den vergangenen Jahren zahlreiche kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen durchgeführt werden können.

Weitblick und Noblesse

Ivan Kalina, Rathauschef von Zelezná Ruda, hob seinerseits Machos „Vitalität, Weitblick, Vernunft und Noblesse" hervor, „die weit über die anderen herausragte". Seine Fähigkeit, die deutsch-tschechischen Beziehungen zu knüpfen und zu normalisieren, entbehre entlang der gesamten deutsch-tschechischen Grenze eines ebenbürtigen Vergleichs. Oft sei es ihm gelungen, die von hohen Politikern verursachten Konflikte zu beseitigen und die Menschen wieder zusammenzuführen. „Die ser Verlust ist unersetzbar", betonte Kalina, der sich gemeinsam mit Reinhold Macho auch in dem deutsch-tschechischen Informations- und Dokumentationszentrum zur regionalen Zusammenarbeit IDOR engagierte (siehe Kasten).

Prägende Persönlichkeit

Mgr. Hynek Riha, Bürgermeister von Pobezovice, bezeichnete den Verstorbenen als einen „sehr aufrichtigen Mann, dessen Wort immer galt, einen Ritter, der die gegebenen Versprechen immer hielt, einen Politiker, der zur prägenden Persönlichkeit wurde, die sich an der Annäherung und Entwicklung der Zusammenarbeit des deutschen und tschechischen Volkes im Grenzgebiet des Böhmerwalds nach dem Ende des eisernen Vorhangs am meisten verdient gemacht hatte". „Für mich", so Riha, „stellte er die Verkörperung der deutsch-tschechischen Versöhnung dar."

Herber Verlust für die Kommunalpolitik

Dass Macho bei aller Aussöhnung zu jeder Zeit vor allem die Entwicklung seiner Heimatregion am Herzen lag, darauf verwies Vizelandrat Michael Dannl: „Er hat die Probleme beim Namen genannt, Lösungen aufgezeigt. Der Tod dieser starken Persönlichkeit ist ein Verlust für die Kommunalpolitik."

Für seine Arbeit erhielt Reinhold Macho in den vergangenen Jahren eine Reihe von Auszeichnungen. In Würdigung seiner Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft wurde er beispielsweise von der Republik Frankreich mit der Nationalen Verteidigungsmedaille in Gold ausgezeichnet. Von Ex-Bundespräsident Roman Herzog erhielt der nunmehr Verstorbene das Bundesverdienstkreuz am Bande. **DK**

Vollkommen neue Akzente werden in der Ausstellung des Bezirks Schwaben „village global" im Schloss Höchstädt gesetzt. Im Bild (von rechts): Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl, Professor Ludwig John (Kurator der Ausstellung), Mdl. Georg Winter, Bettina Neumann (Laborleiterin für „Usability"), Bürgermeisterin Hildegard Wanner, der Präsident der FH Augsburg, Professor Dr. Hans-Eberhard Schurk, Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, Thomas Krach, Geschäftsführer von „allevia" Augsburg. Bild:-jdt-

Nürnberger Alt-OB Ludwig Scholz gestorben

Tiefe Betroffenheit bei CSU-Fraktionsvorsitzendem Joachim Herrmann

Groß ist beim CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, die Bestürzung über den plötzlichen Tod des Nürnberger Alt-Oberbürgermeisters Ludwig Scholz.

„Diese Nachricht hat mich umso mehr berührt und überrascht, als ich Ludwig Scholz erst vor kurzem gut gelaunt auf dem Gastspielorganisatorin Maria Bruckbauer vom gleichnamigen KulturBüro zahlreiche dankende und lobende Zuschriften und Anrufe und auch immer wieder die Anfrage, ob bereits für das nächste Jahr gebucht werden kann.

Dies aber liegt in den Händen der Bezirksräte, die in einer der nächsten Ausschusssitzungen entscheiden werden, ob es mit KULTURmobil im nächsten Jahr weitergeht. ❐

Gemeinschaftsprojekt IDOR

Aufgabe von IDOR ist es, die Bevölkerung in den Grenzregionen besser auf die EU-Erweiterung vorzubereiten. Das grenzüberschreitende Gemeinschaftsprojekt wird unterstützt durch das Auswärtige Amt und die Robert Bosch Stiftung.

IDOR versteht sich nicht als Konkurrent, sondern als Multiplikator der bisherigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Folgende Projekte sind in Arbeit:

- zweisprachiges Internetportal: Vernetzung und Bündelung grenzüberschreitender Informationen, verständliche Aufbereitung von Erweiterungsfragen, Förderwegweiser, Projektdatenbank und Online-Kontaktbörse, jährliche Prämierung von best-practice-Projekten
- Medienarbeit: Kontextisieren von Chancen und Risiken der Osterweiterung in Fernsehen, Funk und Presse (Fernsehreihe: Interkulturteller Vergleich der Deutschen und Tschechen in den Grenzregionen, Pressereihe: Erweiterungs-FAQ mit prominenten Politikern)
- Podiumsdiskussionen, Informationsveranstaltungen unter Teilnahme regionaler und überregionaler Experten
- Beratungsgespräche vor Ort: individuelle Projekt- und Fördermittelberatung, kompetente Weitervermittlung an entsprechende Ansprechpartner
- Seminare zum Erfahrungsaustausch über interregionale Zusammenarbeit, Kontaktbörsen
- Unterstützung bilateraler Pilotprojekte (z.B. Deutsch-tschechische Fußballschule, deutsch-tschechisches Wirtschaftsportal Bayerischer Wald/Böhmerwald)

Um seine Aufgaben professionell zu bewältigen, ist IDOR direkt in den Grenzregionen ansässig und kontinuierlich dort aktiv, konsequent zweisprachig sowie überregional auf den gesamten deutsch-tschechischen Grenzraum ausgerichtet. Mittel- und langfristig ist IDOR damit in der Lage, die bestehenden Kooperationsstrukturen entlang der Grenze interregional und interinstitutionell zu vernetzen, gerade benachteiligten Regionen und Gemeinden die Möglichkeit zu bieten, vom Erfahrungsschatz anderer Regionen zu profitieren, bestehende regionale Unterschiede anzugleichen sowie allen Akteuren grenzüberschreitender Zusammenarbeit eine höhere, überregionale Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zuteil werden zu lassen - in Deutschland und in Tschechien. **DK**

Landkreis Fürth:

Großes Lob für Präventionsarbeit

Die von den mittelfränkischen Landräten erarbeiteten Vorschläge für das Gesetz zur Entlastung der Kommunen im Sozialen Bereich (KEG) sollen im Bundestag wieder aufgegriffen und noch einmal behandelt werden. „Dies hat uns die Bundestagsabgeordnete Maria Eichhorn bei ihrem Besuch im Landratsamt in Fürth zugesichert", freute sich Landrätin Dr. Gabriele Pauli. Außerdem gab es ein dickes Lob für den Landkreis Fürth. Die Präventionsarbeit sei hervorragend, attestierte Maria Eichhorn im Goldenen Buch des Landkreises. Letzterer sei sogar ein Vorreiter in Bayern, nicht zuletzt auch wegen des Vereins „1-2-3", dessen Vorsitzende die Landrätin ist.

Die Möglichkeiten für Präventionsmaßnahmen standen denn auch im Mittelpunkt des Treffens, an dem der Leiter des Unterausschusses Jugend & Familie im Landkreis Fürth, Rößtals Bürgermeister Maximilian Gaul, der 2. Vorsitzende von „1-2-3", Werner Gloss, der Leiter der Erziehungsberatungsstelle sowie zahlreiche Mitarbeiter des Landratsamtes aus allen relevanten Bereichen vertreten waren.

Erziehungskompetenz

Zahlreiche Fragen wurden intensiv mit den Anwesenden besprochen. Zum Beispiel: Wie kann man Familie und Erwerbstätigkeit unter einen Hut bringen? Wie wird ein Wiedereinstieg in das Berufsleben nach der Geburt eines Kindes, zum Beispiel durch flexible Arbeitszeiten und finanzielle Unterstützung, möglich? Einig war sich die Runde, dass die Erziehungskompetenz von Familien gestärkt werden müsse.

Traditionelle Modelle

Nicht immer sei dabei aber die Politik gefragt, auch traditionelle Modelle seien in der heutigen Zeit wieder wichtig, zum Beispiel die früher übliche Nachbarschaftshilfe. „Das theoretische Wissen zur Erziehung von Kindern ist vielmals vorhanden, wichtig ist aber der emotionale Bereich innerhalb der Erziehung", betonte MdB Maria Eichhorn.

Werner Gloss konnte aus dem Polizeialltag berichten, dass es leider weiterhin viele Probleme mit Alkoholkonsum bei jungen Menschen gibt. Kirchweihen eskalierten oft, da Jugendliche schon angetrunken kämen und viel zu schnell viel zu viel Alkohol zu sich nehmen würden.

Seniorenarbeit

Im Landkreis Fürth versuchen zahlreiche Präventionsangebote wie „Alkoholfrei, wir sind dabei" oder die Aufklärung von Gastronomen die Situation zu verbessern. Ab diesem Schuljahr soll außerdem die Suchtprävention des Gesundheitsamtes flächendeckend an allen Hauptschulen, Gymnasien und der Realschule angeboten werden - Maßnahmen, die in anderen Regionen Bayerns noch nicht üblich seien, wie die Bundestagsabgeordnete feststellte. Die Seniorenarbeit dürfe aber nicht vergessen werden, betonte Eichhorn. So seien Seniorenbüros als Anlaufstationen für alte Menschen eine gute Sache.

Konnexitätsprinzip

Maria Eichhorn sicherte abschließend zu, dass sie nach der Wahl das Konnexitätsprinzip auf Bundesebene weiter forcieren werde. Das betrifft vor allem das Gesetz zur Entlastung der Kommunen im Sozialen Bereich. „Wer anschafft, muss auch zahlen", meinte Maria Eichhorn und stellte in Aussicht, dass die Kommunen über eine Gesetzesänderung entlastet werden könnten. ❐

KULTURmobil 2005:

Steigende Besucherzahlen

Die achte Saison von KULTURmobil, dem fahrenden Sommertheater des Bezirks Niederbayern, ist in Böbrach erfolgreich zu Ende gegangen. Trotz vieler Regenschauer, trotz Gewitter und Hochwasser, musste nur eine Abendveranstaltung ganz abgesagt, einige wenige natürlich unterbrochen werden.

Die meisten Gastspielgemeinden waren aber fündig auf der Suche nach befahrbaren Hallen, so dass auch bei Regen und Gewitterwarnung gespielt werden konnte. Nicht nur Bauhöfe und örtliche Feuerwehren stellten die Hallen zur Verfügung, auch private Firmen sprangen ein: Busunternehmen, Brauereien oder sonstige Gewerbebetriebe.

KULTURmobil hat sich über die Jahre hinweg zu einer festen Größe in den kommunalen Sommer-Kultur-Kalendern entwickelt. Längst können mit den 30 Spielterminen nicht mehr alle interessierten Gemeinden bedient werden. Umso besser hat es währen sich nachbarschaftliche Absprachen: Immer mehr Gemeinden buchen KULTURmobil im zweijährigen Wechsel mit der Nachbargemeinde.

Das diesjährige Programm, nachmittags die Pantomime „Einemsprabene" von und mit Ingrid Irrlicht, abends „Der zerbrochene Krug" von Heinrich Kleist in der bayerischen Fassung von Leopold Ahlsen (Regie: Konstantin Moreth, Musik: Michael Bauer) war ein voller Erfolg. Die Schauspieler und Musiker, in diesem Jahr viele davon zum ersten Mal mit KULTURmobil unterwegs, erwiesen sich alle als „tourneetauglich" und waren begeistert von der Atmosphäre, der freundlichen Aufnahme in den Gastspielorten, dem Interesse gerade auch in den kleinen Gemeinden und davon, nun Niederbayern besser zu kennen.

Schön ist es, wenn man bei der Derniere im Bayerischen Wald Gäste aus Deggendorf begrüßen kann, die berichten: „In Winzer musste doch abgebrochen werden, weil's regnete. Jetzt wollen wir unbedingt noch den Schluss von zerbrochenen Krug sehen."

Das Resumée in Zahlen: 2005 erreichte KULTURmobil fast 10.000 Kinder und Erwachsene. Aus den Gemeinden erhalten der Projektleiter, Bezirksheimatpfleger Dr. Maximilian Seefelder und die Gastspielorganisatorin Maria Bruckbauer vom gleichnamigen KulturBüro zahlreiche dankende und lobende Zuschriften und Anrufe und auch immer wieder die Anfrage, ob bereits für das nächste Jahr gebucht werden kann.

Dies aber liegt in den Händen der Bezirksräte, die in einer der nächsten Ausschusssitzungen entscheiden werden, ob es mit KULTURmobil im nächsten Jahr weitergeht. ❐

Wirtschaftsausstellung des Landkreises Donau-Ries:

„Schwäbische Zuversicht“

Wirksamer Publikumsmagnet - 388 Aussteller und rund 50.000 Besucher

Donauwörth (jdt). Eine positive Bilanz wurde zum Abschluss der fünftägigen Donau-Ries-Ausstellung des Landkreises von Landrat Stefan Rößle und Oberbürgermeister Armin Neudert gezogen. Registriert werden konnten 49.390 Besucher, rund 10.000 an jedem Messetag.

Den stärksten Andrang gab es - trotz des ausstellungsfeindlichen hochsommerlichen schönen Wetters - am Sonntag mit rekordverdächtigen 15.280 Besuchern. Die vielseitige Leistungsschau auf insgesamt 96.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche, zu der 15 Hallen (mit allein 8500 Quadratmetern) gehörten, erwies sich als wirksamer Magnet für Besucher aus nah und fern.

Der Schirmherr, Landwirtschaftsminister Josef Miller, betonte in seiner Eröffnungsansprache, gerade Regionalmessen wie die Donau-Ries-Ausstellung (nach Augsburg und Kempten die drittgrößte in Schwaben) dokumentierten eindrucksvoll die Stärken Bayerns. Verdeutlicht werde hierbei auch der gemeinsame Wille, mit dem dringend notwendigen Optimismus Zukunft und ansteckenden Aufschwung zu gestalten. Miller lobte die hier präsentierte „schwäbische Zuversicht“, die hervorragende Leistungskraft der mittelständischen Unternehmen, des „Rückgrats der Wirtschaft“, auch im Zeitalter der Globalisierung.

Menschen brauchen Heimat

Die Menschen spürten, so Miller, angesichts des Tempos, in dem sich die Welt wandle, immer stärker, „dass sie Verwurzelung, ganz konkret Heimat brauchen“.

Im Landkreis Donau-Ries werde mit deutschlandweitem Vorbild erfolgreich daran gearbeitet, dass Einsatz für regionale Kultur und gute Traditionen in Verbindung mit technologischem Fortschritt keine Gegensätze seien, hob der Minister hervor. Hingewiesen wurde von ihm im Blick zurück auf 1945 auf die beispielhaften Aufbauleistungen in Donauwörth, das im Jahr 1945 durch Bombenangriffe zu dreiviertel zerstört war, auf die positive Bevölkerungsentwicklung im Kreis Donau-Ries seit 1987 (mit einem Zuwachs um fast 12 Prozent) und den vielbeneideten Spitzenplatz mit nur rund 5,1 Prozent Arbeitslosen in Deutschland.

Zuckerfabrik sichern

Sonderbeifall erntete Josef Miller, als er scharfe Kritik an von der EU durchgesetzten oder geplanten Reformen äußerte, einschließlich der unverständlichen finanziellen Förderung der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Deutschland (dem größten Beitragszahler) in ehemalige Ostblockländer und Bekleidungsvorschriften für Beschäftigte in der Gastronomie. Mitunter komme der Eindruck auf, Europa sei „führungslos geworden“. Vorrangig nannte der Minister den Einsatz für die Sicherung eines vitalen und attraktiven ländlichen Raumes, beispielsweise die Erhaltung der Zuckerfabrik Rain am Lech. Die EU dürfe funktionierende Einheiten nicht zerstören.

„Salz in der Suppe“

Landrat Stefan Rößle betonte den besonderen Rang der wohl einmaligen Ausstattung der Landkreis-Ausstellung mit zahlreichen Sonderschauen („...das Salz in der Suppe“). Stolze 70,2 Prozent aller Aussteller kämen aus dem Landkreis.

Welch enorme Bedeutung die Besinnung auf eigene Stärken habe, merkte der Donauwörther Oberbürgermeister Armin Neudert an („Die Ausstellung ist ein treffliches Beispiel für eine zukunftsorientierte regionale Wirtschaftsplattform“).

Fünf Sterne

Der Vorsitzende des Industrie- und Handelsgremiums Donau-Ries, Norbert Dantonelle, machte u. a. auf kreative Projekte der City-Initiative Nordschwaben aufmerksam, mit deren jüngstem Kind: „Fünf Sterne für Nordschwaben“. Aktuelle Sorgen des Handwerks umriss stellvertretender Kreishandwerksmeister Werner Luther. Wie Staatsminister Miller warnte er vor Fehlentscheidungen der EU: „Enorme Summen werden von unserem Staat nach Brüssel bezahlt, um Subventionen in den neuen EU-Ostländern zu finanzieren, mit dem Ergebnis, dass entweder unsere Arbeitsplätze in diese Länder verlagert werden oder die Firmen dieser Länder mit billigen Dumpinglöhnen unsere heimischen Arbeitsplätze vernichten.“

Einhellig war die Anerkennung der „perfekten Organisation“ der Ausstellung durch die Josef Werner Schmidt GmbH, Mörslingen.

Mit bemerkenswerten Sonderschauen beeindruckten alle Bereiche der Wirtschaft, des Handels und des Handwerks. Bauen und Wohnen gehörten ebenso dazu wie Mode und Sport, Freizeitgestaltung, die Präsenz der Kommunen (unter Einbeziehung von acht Partnerstädten), der Arbeitsgemeinschaft Schlösser und Museen, der Gastronomie ... und des Clubs der Köche. Bauernverband, Amt für Landwirtschaft, eine sehr sehenswerte Tierschau, Imker und Selbstvermarkter machten wirkungsvoll darauf aufmerksam, dass der mit einer leistungsfähigen bäuerlichen Struktur ausgestattete Kreis Donau-Ries zu den Regionen Bayerns zählt, in denen im übertragenen Sinne „noch Milch und Honig fließen“.

Blüten- und Garten-Zaubereien

Nicht weniger als 28 Gartenbauvereine sorgten für Blüten- und Garten-Zaubereien, mit der Vorstellung der Schwäbischen Rosenkönigin Maria Roßkopf und der Rosenprinzessin Monika Schneid. Der Kreisjagdverband, unter Leitung des Vorsitzenden Waldemar Kalchgruber, erregte Aufsehen mit einer großen Sonderschau mit präparierten Tieren aus der freien Wildbahn (darunter zwei kämpfenden starken Keilern), Falknervorführungen und Jagdhornbläsern. ❐

Ein großer Erfolg wurde die Wirtschaftsausstellung des Landkreises Donau-Ries im Stauferpark Donauwörth. Hier beim Start mit dem Durchschneiden des „Eröffnungsbandes“ (von links): Landtagsabgeordneter Helmut Guckert, Staatssekretär Georg Schmid, Oberbürgermeister Armin Neudert, ein „Römer“ vom Historischen Bürgerverein und den Museumsfreunden Mertingen, Staatsminister Josef Miller, Landrat Stefan Rößle, Bundestagsabgeordneter Hans RaideI, stellvertretender Landrat Franz Oppel.

Festredner und Ehrengäste waren voll des Lobes über das großartige Gemeinschaftswerk der Grimoldsrieder: von links Walter Lämmermeyer, Landrat Dr. Karl Vogele, Stefan Frühwald, Staatsminister Josef Miller, Architekt Stefan Weißbrod, Kreisbrandrat Georg Anzenhofer, Bürgermeister Anton Müller und Johann Huber. wkl

Gemeinschaftshaus und Dorfplatz feierlich eingeweiht:

„Grimoldsried leuchtet!“

Dieser Tag wird den Grimoldsriedern noch lange in Erinnerung bleiben: Nach zweieinhalbjähriger Bauzeit wurde das neue Ortszentrum - das Gemeinschaftshaus und der Dorfplatz - mit einem großen Fest eingeweiht und offiziell seiner Bestimmung übergeben. Landrat Dr. Karl Vogele fasste die Festtagsstimmung in einem Wort zusammen: „Grimoldsried leuchtet!“

In der Tat: Der kleine, knapp 200 Einwohner zählende Staudenort hatte allen Grund zum Feiern. In einer beispielhaften Gemeinschaftsaktion haben die Bürgerinnen und Bürger des Mickhausener Ortsteils, allen voran die Dorfjugend, angepackt und - buchstäblich aus Ruinen - einen schmucken Dorfmittelpunkt geschaffen. Gut 70 Helferinnen und Helfer haben über 10.000 freiwillige Arbeitsstunden in ihr neues Haus und den Dorfplatz investiert. Mit finanzieller Unterstützung durch die Gemeinde Mickhausen, den Freistaat Bayern und die Diözese Augsburg konnte das neue Zuhause für die Vereine, die Feuerwehr, die kirchlichen Gremien und die Dorfgemeinschaft verwirklicht werden.

Eingerahmt von den Schmuttertaler Musikanten und den Fahnenabordnungen der Mickhausener Vereine zelebrierten Abt Dr. Emmeram Kränkl vom Augsburger Benediktinerstift St. Stephan, Ortspfarrer Stefan Gast und Diakon Gerhard Habla auf dem Dorfplatz einen feierlichen Freiluftgottesdienst.

Stolz auf „seine“ Grimoldsrieder zeigte sich Mickhausens Bürgermeister Anton Müller: „Ihr habt Wort gehalten und mit Eurem Einsatz das vereinbarte Soll an Eigenleistung noch weit übertroffen!“Ein dickes Kompliment des Rathauschefs galt Drittem Bürgermeister Walter Lämmermeyer, dem unermüdlichen Organisator und „Macher“ vor Ort. Der Vorsitzende der „Eintracht“-Schützen habe es verstanden, seine Leute immer wieder zu motivieren und für den kollektiven Arbeitseinsatz zu begeistern.

Weil Dorfplatz und Gemeinschaftshaus in enger Kooperation mit dem Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben (Krumbach) und der Teilnehmergemeinschaft des fast abgeschlossenen Flurneuordnungsverfahrens errichtet wurden, ließ es sich Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Miller nicht nehmen, sich persönlich vom Ergebnis zu überzeugen.

Goldene Spuren

In seiner Festansprache machte Miller deutlich, dass die Gelder, die der Freistaat für Flurneuordnung, Dorferneuerung und Ländliche Entwicklung ausgebe, gut und hochverzinslich angelegt seien. Der Landkreis Augsburg sei ein Schwerpunkt, wenn es um die Stärkung des ländlichen Raumes gehe. Miller: „Wir möchten gleichwertige, nicht gleichartige Lebensbedingungen für die Menschen in Stadt und Land schaffen.“ Mit dem Bau ihres neuen Gemeinschaftshauses, so der Minister, hätten die Grimoldsrieder für die nachfolgenden Generationen goldene Spuren hinterlassen und ein gutes Stück schwäbisch-bayerische Heimat geschaffen.

Landrat Dr. Karl Vogele bezeichnete die Fertigstellung des neuen Dorfzentrums als großen Tag des Ehrenamtes. Gerade bei der Verwirklichung derartig gewaltiger Vorhaben zeigten sich die Stärken der kleinen Dorfgemeinschaften.

Die Glückwünsche der Diözese Augsburg und der Bischöflichen Finanzkammer überbrachte Stefan Frühwald. Er wünschte sich für die Gesellschaft „mehr Grimoldsried und weniger Pessimismus!“ Kreisbrandrat Georg Anzenhofer freute sich mit der Grimoldsrieder Feuerwehr unter ihrem Kommandanten Werner Kugelmann, dass im neuen Bürgerhaus jetzt auch ein modernes Feuerwehrgerätehaus integriert wurde.

Von manch hartnäckiger Diskussion im Arbeitskreis wusste der Augsburger Architekt Stefan Weißbrod augenzwinkernd zu berichten. Die gefundenen Kompromisse könnten jedoch im Nachhinein von allen Beteiligten guten Gewissens mitgetragen werden.

Das Schlusswort blieb Walter Lämmermeyer vorbehalten. Wie ein Phoenix aus der Asche seien Bürgerhaus und Dorfplatz aus dem Schandfleck einer alten Brandruine entstanden. Bei der Verwirklichung des Projektes seien die Grimoldsrieder über sich hinaus gewachsen. „Ihr habt eindrucksvoll bewiesen, dass gemeinsam auch ein großes Projekt verwirklicht werden kann, wenn alle an einem Strang ziehen!“ ❐

Zukunftsplan für das Maintal

Ein gemeinsam abgestimmtes Gesamtkonzept für den Talraum des schiffbaren Mains von Bamberg, Hallstadt über Bischberg, Oberhaid, Viereth-Trunstadt, Stettfeld bis nach Eltmann und Ebelsbach ist Ziel des Raumordnerischen Entwicklungskonzeptes (ROEK) „Zukunftsplan Maintal“. Die Auftaktveranstaltung hierzu fand vor geladenen Vertretern der beteiligten Kommunen, Fachbehörden, Verbänden und Vereinen aus den Landkreisen Haßberge und Bamberg im Bamberger Ziegelbau statt.

Der noch auszuarbeitende Zukunftsplan soll zur besseren Koordinierung der unterschiedlichen Nutzungsansprüche führen, aber auch für eine gezielte Darstellung und Vermarktung der gesamten Region im Tourismus sorgen.

„Ich kann mich nicht erinnern, dass es in der Vergangenheit jemals gelungen ist, so viele unterschiedliche Interessengruppen zur Entwicklung eines Zukunftsplans für einen so großen Bereich des Maintals zusammen zu führen“, freute sich Oberbürgermeister Herbert Lauer. Das ehrgeizige Projekt ist eingebunden in das übergeordnete Thema Flussparadies Franken.

Fast die Hälfte der Kosten wird aus EU-Mitteln finanziert, die restlichen rund 56 Prozent tragen die Städte und Gemeinden. Beauftragt mit der Konzepterstellung wurden Gutachter der Kling Consult GmbH.

In den kommenden Monaten werden die Beteiligten zunächst eine umfangreiche Bestandsaufnahme der aktuellen Rahmenbedingungen und Potenziale erarbeiten. Anschließend will das Gutachter-Team in Gesprächsrunden und Workshops einen gemeinsamen Plan entwickeln, um die vielfältigen und teilweise konkurrierenden Nutzungsansprüche entlang des Flussraumes in sinnvolle Konzepte umzuwandeln. „Die Potenziale dieses Raums werden somit besser ausgeschöpft“, bestätigte auch Wirtschaftsminister Otto Wiesheu.

Wie Lauer deutlich machte, bestehe die realistische Chance, eine „Win-win-Situation“ für alle zu schaffen. Zumindest in Bamberg „war und ist das Wasser seit jeher für die Siedlungsentwicklung ein sehr bestimmender Faktor“, so der Oberbürgermeister. Bei traditionsreichen Veranstaltungen wie Sandkirchweih und Fischerstechen, aber auch für den Tourismus und Freizeitaktivitäten wie Kanufahren spiele das feuchte Element eine wichtige Rolle. **DK**

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Florian Hahn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Scherieble (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Peter Müller
Franz Och
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 39 vom 01.01.2005
Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Einzelhandelsverflechtungsstudie zeigt:

Traunstein mit herausragender Position

Der Geschäftsführer der Stadtmarketing Traunstein GmbH, Jürgen Pieperhoff, stellte im Auftrag des Oberbürgermeisters den Stadträten, Amtsleitern sowie Vorsitzenden von Werbegemeinschaft und Einzelhandelsverband die Ergebnisse der kürzlich fertig gestellten Einzelhandelsverflechtungsstudie (kurz SABE-V) vor. Diese Studie zieht erstmals einen Vergleich der Städte und größeren Gemeinden in den Landkreisen Berchtesgadener Land, Landkreis Traunstein und Land Salzburg.

Nach der vorliegenden Studie hat die Stadt Traunstein eine herausragende Position in Sachen Einzelhandel und schafft es trotz schwieriger Wirtschaftslage, die Leistungsdaten wie Kaufkraft, Zentralitätsziffer und Kundenbindungsquote zu verbessern. So stieg die Kaufkraft der Traunsteiner Einwohner weiter an und liegt jetzt bei 115,5 % - immerhin 15,5 % über dem Bundesdurchschnitt.

Auch bei den gesamten Einzelhandelsumsätzen konnte die Stadt auf nunmehr 242,1 Mio. Euro zulegen (1999: 230,29 Mio. Euro). Zum Vergleich: Bad Reichenhall weist hier einen Wert von 109 Mio. Euro auf. Hervorzuheben ist die stark sinkende Bedeutung von Rosenheim und München für den Konsumenten aus Traunstein. Der Umsatz, der an diese Städte abgegeben wurde, sank von 8,13 Mio. Euro auf 3,49 Mio. Euro (Rosenheim) und in München gar von 4,91 Mio. Euro auf 880.000 Euro in den letzten fünf zurückliegenden Jahren. Allerdings ist der Einfluss der Stadt Salzburg deutlich stärker spürbar (Umsatzsteigerung über 400 % in der letzten 5 Jahren) und auch das Internet und der Versandhandel konnten in den vergangenen 5 Jahren zulegen.

Spitzenwerte

Traunsteins ohnehin schon sehr hohe Einzelhandelszentralität erhöhte sich weiter. Sie veränderte sich im Vergleich zu 1999 von 214 auf 228 %. Das heißt, Traunstein erzielt fast zwei Drittel seines Umsatzes mit Kunden aus den Städten und Gemeinden des Umlandes. Pieperhof verwies in seinem Vortrag darauf, dass Traunstein hier einen Spitzenwert einnimmt, der nur von ganz wenigen Städten in Bayern erreicht wird. Aber auch Traunreut hat, so Pieperhoff, hier eine sehr positive Entwicklung vorzuweisen und an Bedeutung im Einzelhandel deutlich gewonnen.

Die örtliche Kaufkraftbindung weist für Traunstein einen Spitzenwert auf. Traunstein schafft es zu 79 %, dass seine Einwohner ihr Geld auch dort ausgeben. Zum Vergleich: Die Stadt Reichenhall liegt bei 62 %, Trostberg bei 60 % Eigenbindung, so die Studie.

Entwicklungspotenziale hat die Geschäftswelt Traunsteins bei den einheitlichen Ladenöffnungszeiten, der besseren Nutzung des Tourismus, der Verbesserung der Warenpräsentation. Der Stadt empfiehlt das Gutachten, an der weiteren Sanierung der Altstadt weiter zu arbeiten.

Alles in allem - so der Geschäftsführer des Stadtmarketing Traunstein - kann die Kommune auf das Geleistete sehr stolz sein, darf aber in ihrer Entwicklung nicht stehen bleiben, denn auch einige andere Städte haben sich sehr zum positiven weiter entwickelt. Ein Signal, das Oberbürgermeister Fritz Stahl sogleich aufnahm und ankündigte, in Arbeitsgruppen die anstehenden „Hausaufgaben“ abzuarbeiten, denn Traunstein will seine bedeutende Position als Handelsmetropole im Chiemgau natürlich behalten. ❐

Streit ums Büchergeld:

Solidarität in Gefahr

Burghausen und Passau übernehmen Schülerbeitrag

Innerhalb der Kommunen ist ein Streit über das in diesem Schuljahr erstmals erhobene Büchergeld entbrannt. Der Vorstoß der ostbayerischen Städte Passau und Burghausen, für ihre Schüler den Beitrag zu übernehmen, wurde vom Bayerischen Gemeindetag heftig kritisiert.

In der jüngsten Stadtratssitzung wurde einstimmig beschlossen, dass die Stadt Burghausen in den Grund- und Hauptschulen heuer auf die Erhebung des sog. Büchergeldes verzichtet. Möglicherweise geht die Stadt sogar noch einen Schritt weiter und ersetzt auch Burghauser Realschülern und Gymnasiasten das Büchergeld, das diese an den Landkreis entrichten müssen. Eine Entscheidung darüber soll in der nächsten Sitzung im Oktober fallen. Diese Entscheidung gilt vorerst nur für das jetzige Schuljahr; von der Befreiung sind nicht nur Burghauser Schüler betroffen, sondern alle, die in Burghausen eine Grund- oder Hauptschule besuchen, also auch viele Haiminger und Mehringer Kinder.

Allgemeines Kopfschütteln

Der Sprecher des Bayerischen Gemeindetages, Wilfried Schober, sagte, mit der Rückzahlungs-Aktion werde die Solidarität zwischen den Kommunen aufgekündigt. Beim Gemeindetag hätten die Pläne „allgemeines Kopfschütteln“ verursacht. Die bayerische Regierung könne daraus schließen, dass es den Kommunen gar nicht so schlecht gehe und diese nicht so viel Geld vom Staat bräuchten.

Rechtfertigung

Dagegen rechtfertigte Burghausens Bürgermeister Hans Steindl (SPD) die Pläne: „Die Familien werden finanziell ohnehin schon stark gefordert.“ Zudem sei der Verwaltungsaufwand für das Einsammeln des Büchergeldes zu groß. Der Staat beschließe ein Gesetz und die Kommunen müssten dann sehen, wie die Organisation ablaufe, kritisierte Steindl. Burghausen könne die Kosten von rund 25.000 Euro für die rund 800 Schüler über nehmen.

In Passau hat der Stadtrat die Übernahme der Kosten bereits einstimmig beschlossen. Im Haushalt für 2005 seien dafür 64.000 Euro eingeplant, bemerkte Stadtsprecher Walter Simader. Damit könnten insgesamt 2600 Schüler in Passau von den Kosten befreit werden. Die Stadt wartet derzeit aber noch auf grünes Licht aus dem bayerischen Kultusministerium. Ein entsprechender Antrag sei noch nicht beantwortet worden, betonte Simader.

Schaidingers Warnung

Bislang seien dem Bayerischen Städtetag keine ähnlichen Pläne aus anderen Kommunen bekannt, sagte Pressesprecher Werner Natter. Der Regensburger Oberbürgermeister und Städtetags-Präsident Hans Schaidinger (CSU) meinte: „Ich habe Verständnis, wenn eine Stadt diesen Bürokratismus nicht mitmachen will.“ Abgesehen von der Tatsache, dass die meisten Städte aus finanziellen Gründen gar nicht in der Lage sind, das Büchergeld zu übernehmen, warnt Schaidinger davor, dass die Kommunen künftig die Einsparungen des Freistaats Bayern aus eigener Tasche kompensieren: „Wenn das Schule macht, dann wird der Freistaat Bayern noch mehr seine Leistungen zurückfahren in der Hoffnung, die Städte werden es schon richten.“

„Gespensterdiskussion“

Wenig Verständnis hat der Städtetagsvorsitzende auch für die Aussage des CSU-Fraktionschefs Joachim Herrmann, die Kommunen würden wegen des Verwaltungsaufwands beim Büchergeld eine „abwegige Gespensterdiskussion“ führen. Nach Berechnungen der Städte müssen sie für den Einzug des Büchergelds mindestens 8,2 Millionen Euro pro Jahr an Personal- und Sachkosten aufwenden.

Undankbare Aufgabe

Auf die Städte komme, so Schaidinger, nämlich die undankbare Aufgabe zu, das Büchergeld in einem aufwändigen Verfahren inklusive Mahnung und Vollstreckung beitreiben zu müssen. Sie müssten Anträge auf Befreiung bearbeiten, Vollstreckungshindernisse überprüfen und sich notfalls mit Widerspruchsverfahren und Klagen vor Gericht herumschlagen. Selbst das Kultusministerium rechne mit rund 300.000 Befreiungsanträgen pro Jahr. Wenig hilfreich sei vor diesem Hintergrund der Hinweis Herrmanns, die Kommunen würden „jedem Strafzettel über 15 Euro bis zum letzten Cent hinterher rennen“. Der Fraktionschef, so Schaidinger, verkenne, „dass die Kommunen an Recht und Gesetz gebunden sind und nicht nach eigenem Gutdünken Strafzettel oder säumige Büchergeldzahler von der Zahlung befreien dürfen“.

Androhung einer Klage

Der kommunale Spitzenverband sieht neben der Erhebung des Büchergeldes auch die Einführung des achtjährigen Gymnasiums als Problem. Der Städtetag drohte dem Freistaat erneut mit Klagen, falls die Kosten für die Einführung des G8 nicht komplett ersetzt werden. Nach dem Konnexitätsprinzip müsse der Staat für alles, was er bei den Kommunen in Auftrag gebe, die Kosten erstatten, stellte Pressesprecher Natter fest. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

Distanziertes Verhältnis zur Bildung überdenken!

„Mit vollen Hosen ist's gut stinken. Wir könnten uns das nicht erlauben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schüttelte den Kopf angesichts von Zeitungsberichten, wonach Städte das neuerdings fällige Büchergeld an Schulen für die Eltern übernehmen wollen.

Lange und ausführlich kann man über das Für und Wider eines Elternbeitrags für die Ausstattung mit Schulbüchern diskutieren. Und dass bei der Erarbeitung der Regelungen für den Einzug des Geldes der Entbürokratisierungsbeauftragte der Staatsregierung wahrscheinlich nicht das letzte Wort hatte, steht auch auf einem anderen Blatt Papier. Aber wenn hier mit einer Geste des „Pfui-Deifi-mirhams-ja“ die kommunale Familie gespalten wird in solche Kommunen, die patriarchalisch ihren Bürgern mal eben so 20 oder 40 Euro zustecken und solche, die sich das nicht leisten können, dann ist das schon bedenklich.

Ausführlich ist deshalb die Kritik an den Geber-Städten, allen voran die Befürchtung, die selber klammen Finanzminister an Spree und Isar könnten auf den Gedanken kommen, dass die Kommunen doch noch irgendwo eiserne Reserven horten müssten, wenn einige so spendabel sind. Und wahrscheinlich wird es auch manche Eltern geben, die bei der Frage stutzen, warum noch vor einem Jahr so wenig Geld für die Anschaffung von Schulbüchern da war, das erst jetzt für die Übernahme des Büchergeldes gefunden wurde.

Für mich liegt das Problem aber eigentlich tiefer: Wie können wir den Menschen klar machen, dass die Zeiten der Rundum-Sorglos-Vollversorgung der Bürger durch den Staat endgültig vorbei sind, wenn verantwortliche Politiker selbst so bescheidene Beiträge der Eigenleistung wie die in Rede stehenden 20 oder 40 Euro pro Jahr den Menschen nicht zumuten wollen?

Gerade im Bereich der Bildung fehlt es uns in Deutschland doch wahrlich an dem Bewusstsein, dass es eine ungeheure Chance ist, zur Schule gehen und sich bilden zu können. Bildung als die Basis des Wohlstands kommt in Sonntagsreden und volkswirtschaftlichen Analysen vor, aber unsere Sprache verrät etwas anderes: Wir sagen, ein Kind muss zur Schule gehen, anstatt es darf. Und Bildung soll um Gottes Willen nichts kosten! Eltern finanzieren 11-Jährigen das Handy, schreiben dann aber Leserbriefe, dass das Büchergeld die Familienkasse überstrapaziere. Eltern kaufen ihrem Kind zum Abitur ein Auto, mit dem dieses dann zur Demo gegen Studiengebühren fährt. Als wäre das Studium eine Belastung statt eines Privilegs.

Natürlich wäre es schöner, wenn alles auf der Welt kostenlos wäre. Aber wie wir bei den Zuzahlungen für Medikamente und Arztbesuche lernen mussten, dass die Gesundheit nicht nur die Kassen, sondern uns ganz persönlich angeht, werden wir auch unser distanziertes Verhältnis zur Bildung unserer Kinder überdenken müssen. Auch die muss uns - in jedem Sinne des Wortes - etwas Wert sein.

Mein Chef, der Bürgermeister, gibt mir Recht: Keiner will, dass in Deutschland - wie in anderen Ländern - gute Bildung nur auf private Schulen und Universitäten möglich ist. Keiner will, dass wie in Japan oder Korea die Familien bis zu 40 Prozent ihres Einkommens für die Bildung der Kinder ausgeben müssen. Aber Bildung ist nun mal ein Investment zweier Seiten: Die Gesellschaft investiert in die Köpfe junger Menschen, damit der Wohlstand erhalten wird und die Eltern müssen darin investieren, damit sich das Kind später Wohlstand schaffen kann. Auf dem heutigen Kalenderblatt hat das John F. Kennedy sehr prägnant zum Ausdruck gebracht: „Nur eines ist auf die Dauer teurer als Bildung - keine Bildung“.

Ihre Sabrina

Wechsel an der Spitze der Regierung von Oberbayern:

Auf Böhm folgt Hillenbrand

„Als klugen, besonnenen, allseits beliebten Behördenleiter, der die Innere Verwaltung in vorbildlicher Weise repräsentiert hat“, würdigte Innenminister Dr. Günther Beckstein am 12. September 2005 den mit Erreichen der Altersgrenze zum 1. September 2005 aus dem Amt geschiedenen Regierungspräsidenten von Oberbayern, Werner-Hans Böhm. Zugleich führte Beckstein als Nachfolger Christoph Hillenbrand ins Amt ein.

Werner-Hans Böhm habe, so der Innenminister, während seiner elfjährigen Amtszeit als Regierungspräsident von Oberbayern in dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten Regierungsbezirk Bayerns enorm viel bewegt und ins Werk gesetzt. Beckstein nannte Raumordnungsverfahren für bedeutsame Projekte wie den Transrapid, die Allianz Arena, das Factory Outlet Center in Ingolstadt, die Spielbank in Bad Wiessee oder Infinion in Neubiberg sowie zahlreiche Planfeststellungen wie für den Ausbau der A 9 zur Anbindung des neuen Fußballstadions in Fröttmaning oder den sechsstreifigen Ausbau der A 8 und den Bau des Terminals 2 beim Münchner Großflughafen.

Gewichtige Stimme

Beckstein: „Der langjährige Regierungspräsident Werner-Hans Böhm hat seine Stimme aber auch mit großem Gewicht bei den Reformüberlegungen der Bayerischen Staatsregierung eingebracht. Mit besonderem Geschick und seiner angenehmen, ausgleichenden Art hat er zudem die Rechts- und Fachaufsicht über die Landkreise, Städte und Gemeinden geleitet und dabei so manche Auseinandersetzung geräuschlos zu einem guten Ende geführt.“

Christoph Hillenbrand wurde am 31.08.1957 in Augsburg geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft begann er seine Laufbahn im öffentlichen Dienst 1983 bei der Oberfinanzdirektion München. Ein dreiviertel Jahr später wechselte er in den Geschäftsbereich des bayerischen Innenministeriums. Nach kurzer Tätigkeit am Landratsamt Dachau wurde er im Jahr 1991 Persönlicher Referent des damaligen Ministerpräsidenten Streibl in der Bayerischen Staatskanzlei. 1993 kehrte er als Pressesprecher ins Innenministerium zurück. Dieses Amt hatte er mehr als zehn Jahre inne, bevor im Juli 2004 zum Leiter der Abteilung Richtlinien der Politik der Staatskanzlei bestellt wurde. Mit der Ernennung zum Regierungspräsidenten kehrte er am 1. September 2005 in die Innere Verwaltung zurück. ❐

Leserbrief an die GZ

Der Kunde ist König!

Zum Artikel „Fränkischer Tourismus auf dem Prüfstand“ GZ 17/2005

Dr. Jürgen Walchshöfer hat ganz Recht, wenn er die Qualität des Services und der Beherbergungsbetriebe allgemein kritisiert. Das liege beispielsweise an der „stark unterentwickelten Bereitschaft“, sich fortzubilden, meint der Vorsitzende des Tourismusverbands Romantisches Franken. Gerade dieses Defizit, so meine ich, versucht man mit den in der Gastronomie kaum beachteten Normen zur Qualität zu beseitigen. Kundenorientierung ist der Kernpunkt dieser Normen.

Aber eines ist natürlich auch klar: Sobald von Regelungen, Normen oder Vorschriften die Rede ist, hat der deutsche Gastronom schon abgeschaltet. Und doch sollte er es bei so ergiebigen und vollkommen flexibel auszulegenden Normen zum Qualitätsmanagement nicht tun. Das hat Wirte-Präsident und Wiesn-Wirt Wiggerl Hagn mit der Zertifizierung des Löwenbräu-Zeltes im letzten Jahr bewiesen. Das Zelt ist zwar auch in diesem Jahr mit Sicherheit bis zum Rande voll, aber Hagn weiss auch, was die Kunden wollen. Die regelmäßige Befragung steht wieder an, denn der Kunde ist König und seine Meinung ist ein wichtiger Bestandteil der Qualitätsorientierung.

Würden unsere Gastronomen mehr über ihre Kunden wissen, dann hätten sie auch mehr Gäste. Ich habe bei meiner Tätigkeit der Klassifizierung in diesem Jahr zur Hochsaison mehrere halbleere Gaststätten und Beherbergungsbetriebe gesehen. Das kann mit gezielter Kundenorientierung besser werden. Der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband e. V. (BHG) hilft dabei.

Prof. Dr. Klaus Jamin
München

V.l.: Dieter Rathsam, kaufmännischer Geschäftsführer, Kindermoderator und Schirmherr Willi Weitzel sowie ESB-Geschäftsführer Werner Bähre. ❐

„Schulsponsoring zum Nachmachen“

Start des 2. Grundschulwettbewerbs der ESB
Motto: „Ein Klassenzimmer für Kopf, Herz und Hand“

Nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr lädt die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) auch 2005 zu einen Wettbewerb unter den rund 230 Grundschulen in ihrem Versorgungsgebiet in Südbayern ein. Kinder können ihre Träume verwirklichen und aktiv bei der Umgestaltung ihrer Lernräume mitmachen - dieses Jahr ist die Neugestaltung von Lernräumen nach pädagogischen Gesichtspunkten das Thema. Erneut können 14 Schulen je 10.000 Euro gewinnen. Kindermoderator und Träger des Bayerischen Fernsehpreises Willi Weitzel ist Schirmherr der Initiative, die unter dem Motto „Ein Klassenzimmer für Kopf, Herz und Hand“ läuft.

„Bei unserem letztjährigen Grundschulwettbewerb ‘Pausenhof macht Spaß’ haben wir gesehen, wie wichtig privatwirtschaftliche Initiativen für die Schulen in Zeiten knapper öffentlicher Mittel sind“, sagte ESB-Geschäftsführer Werner Bähre. „Soziales Engagement in der Region ist für die Erdgas Südbayern schon lange selbstverständlich. Kinder und ihre Bildung sind der Schlüssel für unsere Zukunft - deshalb sind wir gerne bei ihrer Entwicklung engagiert.“

Hohe Beteiligung erwartet

Bähre erwartet nach der positiven Resonanz des vergangenen Jahres auch 2005 eine hohe Beteiligung: „85 Schulen haben letztes Jahr Entwürfe zur Neugestaltung ihres Pausenhofs vorgelegt. Wir hoffen, dass dieses Jahr noch mehr Schulen die Chance ergreifen, 10.000 Euro zu gewinnen - dieses Mal für die Neugestaltung eines Klassenzimmers.“

Mitmachen können Schulen aus allen von der ESB direkt mit Erdgas versorgten Gemeinden, deren Bürgermeister einer Teilnahme zugestimmt haben. Die ESB-Geschäftsführung hat keinen Zweifel, dass viele Gemeinden im ESB-Versorgungsgebiet diese Chance für ihre Schulen nutzen. „Der Hauptpreis für die 14 Gewinner-Schulen beträgt je 10.000 Euro, zudem erhalten alle teilnehmenden Schulen, die nicht gewinnen, ein hochwertiges Spielepaket im Wert von 500 Euro“, kündigte Bähre an.

Eigeninitiative fördern

Mit dem ESB-Grundschulwettbewerb sollen insbesondere Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein gefördert werden und das Zusammenspiel von Kindern, Lehrern und Eltern unterstützt werden. Die Ausschreibung startet am 4. Oktober 2005. Nach Abschluss der Anmeldephase am 28. Oktober 2005 haben die Schulen bis 24. Februar 2006 Zeit, ihre Projekte bei der ESB einzureichen. Bis Ende März wird die Jury die Gewinner auswählen.

Der ESB-Grundschulwettbewerb ist als Initiative des südbayerischen Erdgasunternehmens für soziales Engagement in der Region gedacht und soll auch andere Unternehmen anregen, in diesem Bereich aktiv zu werden. ❐

Aktionsstart mit Dutzenden von Luftballons. ❐

Wirtschaftsbeirat der Union und Mittelstandsunion München:

Frühschoppen mit Hans Spitzner

Zum sechsten gemeinsamen politischen Frühschoppen hatten der Wirtschaftbeirat der Union zusammen mit dem Bezirksverband der Mittelstandsunion München ihre Mitglieder in die Gaststätte ‘Beim Sedlmayr’ eingeladen. Die Vorsitzenden der beiden Verbände, Konsul Hans Hammer und Stadtrat Thomas Schmatz, konnten ein volles Haus mit rund 150 Gästen begrüßen.

Als hochkarätiger politischer Ansprechpartner hatte wieder - um Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner (MdL) seine Teilnahme zugesagt. In seiner Rede legte er insbesondere dar, dass der wirtschaftliche Aufschwung angesichts einer völlig verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung nach wie vor auf sich warten lässt. In Bayern führe dies in zunehmenden Maße dazu, dass auch mittelständische Unternehmer aus der Zulieferbranche Arbeitsplätze verstärkt in den Osten verlagern.

Dabei belegte Hans Spitzner mit Zahlen und Fakten die Tatsache, dass der Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet. Bayern habe nicht zuletzt deshalb immer noch die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. ␣

Vorschau auf GZ 19

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 19, die am 6. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunale Baupolitik**
- **Dorferneuerung · Stadtsanierung**
- **Garten- und Landschaftsbau**
- **Kommunalfahrzeuge**
- **Kommunale Repräsentation**

Wettbewerb „Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“:

Auszeichnung für Stadt Schweinfurt

Projekte der Stadt Schweinfurt nehmen weiterhin bundesweit eine Spitzenstellung ein. Im Namen der Stadt Schweinfurt hat Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser einen Preis für die besten Ideen zur Beschäftigung älterer Langzeitarbeitsloser erhalten. Bundeswirtschafts- und -arbeitsminister Wolfgang Clement überreichte die Auszeichnung in seinem Ministerium in Berlin.

Der prämierte Wettbewerbsbeitrag, der gezielt die Wiedereingliederung von über 50-jährigen Arbeitssuchenden in den 1. Arbeitsmarkt anstrebt, wurde von der städtischen Stabsstelle „Beschäftigung und Grundsicherung“ zusammen mit dem bfz Schweinfurt entwickelt.

Wege der Integration

Das Besondere an diesem Projekt ist das Zusammenwirken aller am Arbeitsmarkt Beteiligten, wie Bildungsträger, Unternehmen, Agentur für Arbeit, Kammern, etc. Mit dieser Maßnahme werden alle an „einen Tisch“ gebracht, um gemeinsam neue Wege der Integration zu finden und umzusetzen. Hierdurch sollen gerade Entscheidungsträger in Firmen zum Umdenken bewegt werden, Ältere als Bereicherung für ihr Unternehmen zu sehen.

Insgesamt hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit gemeinsam mit einer 12-köpfigen unabhängigen Jury aus Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Bundesagentur für Arbeit bundesweit 54 Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsagenturen und kommunale Träger für ihre guten und innovativen Ideen ausgezeichnet. Insgesamt wurden 276 Anträge eingereicht.

Jedes Ideenkonzept wird nach seiner Weiterentwicklung im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit über einen Zeitraum von insgesamt zwei Jahren mit bis zu 5 Mio. Euro gefördert, das Schweinfurter Projekt voraussichtlich mit 3,5 Mio. Euro. **DK**